



dokumente*

VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION

www.spdfraktion.de

Nr. 02/12

* Parlamentarische Positionen zu Europa

Reden und Texte von Reichstags- und Bundestagsabgeordneten der SPD. Ergänzt durch Basisinformationen und programmatische Beschlüsse.

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN: FRAKTION DER SPD IM DEUTSCHEN BUNDESTAG
PETRA ERNSTBERGER MDB, PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN

REDAKTION: FABIAN SCHULZ, ROBERT ERNECKER
GESTALTUNG: ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

TELEFON: (030) 227-57133
TELEFAX: (030) 227-56800

WWW.SPDFRAKTION.DE

ERSCHIENEN IM JANUAR 2012

DIESE VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DIENT AUSSCHLISSLICH DER INFORMATION.
SIE DARF WÄHREND EINES WAHLKAMPFES NICHT ALS WAHLWERBUNG VERWENDET WERDEN.

Inhaltsverzeichnis

05	Geleitwort Frank-Walter Steinmeier Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
06	Einführung Axel Schäfer Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
	Dokumentation
12	1866 - 1918 ... als Anfang eines solidarischen europäischen Staates
12	Dokument 1 1866 Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein (ADAV) zur Reichstagswahl
12	Dokument 2 1879 August Bebel
13	Dokument 3 1910 Philipp Scheidemann
14	Dokument 4 1916 Karl Kautsky
15	Dokument 5 1917 Eduard Bernstein
16	1918 - 1933 ... für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa
16	Dokument 6 1925 Heidelberger Programm
16	Dokument 7 1925 Otto Wels, SPD-Parteivorsitzender
17	Dokument 8 1927 Rudolf Hilferding
18	Dokument 9 1930 Rudolf Breitscheid, Vorsitzender der SPD-Reichstagsfraktion
20	1933 - 1945 ... das Ziel einer europäischen Staatengemeinschaft
20	Dokument 10 1940 Rudolf Hilferding
21	Dokument 11 1943 Union der Deutschen Sozialisten in Großbritannien
23	Dokument 12 1944 Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP)

25	1945 - 1989	
	... innerhalb der Europäischen Gemeinschaft	
25	Dokument 13	1945 Buchenwalder Manifest
25	Dokument 14	1946 Hannoveraner Parteitag
26	Dokument 15	1947 Kurt Schumacher, SPD-Parteivorsitzender
27	Dokument 16	1950 Paul Löbe
28	Dokument 17	1953 Erich Ollenhauer, SPD-Parteivorsitzender
30	Dokument 18	1957 Wilhelm Mellies
31	Dokument 19	1959 Godesberger Grundsatzprogramm
32	Dokument 20	1960 Herbert Wehner
33	Dokument 21	1969 Willy Brandt, Bundeskanzler
36	Dokument 22	1975 Orientierungsrahmen „85“
36	Dokument 23	1978 Helmut Schmidt, Bundeskanzler
37	Dokument 24	1978 Programm für die Direktwahl des Europäischen Parlaments
39	Dokument 25	1986 Hans-Jochen Vogel, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
42	1989 - heute	
	... die Europäische Union und die Zukunft	
42	Dokument 26	1989 Berliner Grundsatzprogramm
44	Dokument 27	1990 Leipziger Grundsatzprogramm der SPD in der DDR
45	Dokument 28	1992 Heidemarie Wiecek-Zeul
46	Dokument 29	2003 Jürgen Meyer, Vertreter des Deutschen Bundestages im EU-Verfassungskonvent
48	Dokument 30	2005 Gerhard Schröder, Bundeskanzler
50	Dokument 31	2007 Hamburger Grundsatzprogramm
52	Dokument 32	2008 Kurt Beck, Ministerpräsident und SPD-Parteivorsitzender
55	Dokument 33	2010 Sigmar Gabriel, SPD-Parteivorsitzender
58	Dokument 34	2011 Helmut Schmidt, Bundeskanzler a.D.
62	Dokument 35	2011 Frank-Walter Steinmeier, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion
71	Dokument 36	2011 Ein Bündnis zur Erneuerung Europas

Geleitwort

Frank-Walter Steinmeier Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion



Krisen hat es in der europäischen Staatengemeinschaft seit Beginn der 1950er Jahre immer wieder gegeben. Oftmals wurde ihre gemeinsame Lösung als Chance begriffen, die Gemeinschaft fortzuentwickeln und weitere Integrationschritte zu vollziehen. Was wir jedoch zur Zeit in Europa erleben ist eine Eruption, deren Folgen ähnlich gravierend sind wie die Umwälzungen nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Zusammenbruch des Ostblocks 1989. Gleichzeitig werden die derzeitigen Veränderungen ganz anders wahrgenommen: Sie sind weniger spektakulär, lautloser, schleichender und zugleich bedrohlicher.

Der deutschen Sozialdemokratie kommt bei der Überwindung der aktuellen Krise eine besondere Rolle zu. Von unseren Freunden und europäischen Nachbarn hören wir immer wieder, dass Europa ein starkes und vor allem europäisches Deutschland braucht. Wir brauchen eine politische Kraft in Deutschland, die vorangeht, die einem verunsicherten Europa wieder Hoffnung und Richtung gibt. Die schwarz-gelbe Bundes-

regierung zeigt immer wieder, dass sie diese Kraft nicht ist.

Die SPD hat hingegen in ihrer fast 150-jährigen Geschichte gezeigt, dass sie auch in schwierigen Zeiten bereit ist, Verantwortung zu übernehmen. Dieser Verantwortung, die uns die Präambel des Grundgesetzes auferlegt, stellen wir uns auch heute. Es war stets unser Anspruch, „als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“.

Die vorliegende Dokumentation zeigt, wie Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten unserem Kontinent immer wieder neue Impulse gegeben und für die europäische Idee gekämpft haben. Wir können mit Stolz sagen: In der Tradition von August Bebel, Philipp Scheidemann und Otto Wels bis Willy Brandt, Helmut Schmidt und Gerhard Schröder haben wir uns als die deutsche Europapartei erwiesen. Es gehört zum Selbstverständnis unserer Partei, dass das wichtigste deutsche Interesse die europäische Einigung ist. Auch in Zeiten schwerer Krisen und als größte Oppositionsfraktion geben wir diese Grundüberzeugung nicht auf.

Frank-Walter Steinmeier

Einführung

Axel Schäfer
Stellvertretender Vorsitzender der
SPD-Bundestagsfraktion



Die deutsche Sozialdemokratie ist seit ihren Anfängen ein wichtiger Teil der europäischen Arbeiterbewegung. „National in der Form – international im Inhalt“, so hatten Karl Marx und Friedrich Engels deren Rolle beschrieben. Schon die frühen Sozialisten sahen sich vor die komplexe Aufgabe gestellt, den demokratischen und sozialen Rechtsstaat zu erkämpfen sowie länderübergreifend zu einem gemeinsamen Handeln zu gelangen.

Die „Vereinigung freier Völker“ Europas war eine verbindende Forderung in den revolutionären Erhebungen des Jahres 1848, ebenso der Aufruf: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“. Dieser wurde im 19. Jahrhundert wegweisend für eine universelle, gesellschaftsverändernde Bewegung.

Im Kaiserreich von 1866 - 1918

Seit Beginn ihres organisatorischen Bestehens gehörte die Sozialdemokratie der Internationalen Arbeiter-Assoziation (IAA) an, in deren gleichnamigen Lied es heißt: „L'internationale, sera le genre humain.“ Schon auf ihrem Kongress 1867 beriet die IAA (1864-1872) den Vorschlag der deutschen Sektion zur „Herstellung eines europäischen Freistaaten-Bundes“ und forderte schließlich einen „Bund der Völker“. In dieser Tradition standen die späteren Beschlüsse der II. Internationale (1889-1923) zu Abrüstung und internationalen Schiedsgerichten.

Innenpolitisch war die Forderung nach „deutscher Einheit (...) als einen Anfang des solidarischen europäischen Staates“ im Wahlprogramm des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) von 1866 lange Zeit einzigartig im Parteienspektrum. August Bebel's Vision vom „vereinte(n) Bund der Völker Europas, ja aller Culturvölker der Erde“ in seinem Buch „Die Frau und der Sozialismus“ gehörte zu den Grundüberzeugungen einer ganzen Generation von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten des Kaiserreichs. Wahr ist aber auch: Im Alltag der Partei bestimmten drängende soziale Probleme und fehlende demokratische Rechte die Tagesordnung. Außenpolitik spielte vor dem Ersten Weltkrieg kaum eine Rolle. Die Äußerungen auf diesem Gebiet blieben oft unbestimmt und dienten vor allem zur Abgrenzung gegenüber einer bürgerlich-konservativen „Politik der nationalen Stärke“.

Dann das Jahr 1914: Die SPD stand zwischen Massenprotesten für den Frieden einerseits und dem Wunsch nach nationaler Integration im Angesicht eines möglichen Krieges andererseits. Kaiser, Reichsregierung und militärische Führung wollten eine europäische Konfliktlösung mit Waffen und wussten dabei ihre Weltmachtabsichten geschickt zu verschleiern. Die Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten begründete ihr Vorsitzender Hugo Haase im Reichstag mit den Worten: „Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Vaterland nicht im Stich.“ Die Internationale zerbrach, und in Deutschland spaltete sich die Partei in Befürworter (MSPD) und Gegner (USPD) der „Burgfriedenspolitik“. Obwohl beide offiziell am traditionellen Internationalismus festhielten, war die MSPD als Preis für innenpolitische Reformen bereit, gemäßigte Kriegszielforderungen zu tolerieren. Die Gegensätze zwischen Mehrheit und Opposition spiegelten sich auch in den unterschiedlichen Auffassungen zur „Mitteleuropa-Idee“ wider. Faktisch war es der rechte Flügel der USPD um Eduard Bernstein, Karl Kautsky, Rudolf Breitscheid und Rudolf Hilferding, der bereits während des Weltkriegs die außen- bzw. europapolitischen Konzepte der Partei für die Zwischenkriegszeit entwickelte.

Die Weimarer Republik von 1918 - 1933

Nach Niederlage, Revolution und Friedensschluss 1918/19 avancierte die SPD, die sich 1922 mit den Resten der USPD wiedervereinigte, in der krisengeschüttelten Weimarer Republik zur tragenden politischen Kraft. Als wichtigstes Instrument zum Erhalt des Friedens und zur wirtschaftlichen Integration Europas galt ihr – trotz nationaler Vorbehalte – der 1919 gegründete und überwiegend europäisch geprägte Völkerbund. Dessen Stärkung und Demokratisierung war auch ein Hauptanliegen der Sozialistischen Arbeiterinternationalen (SAI) (1923-1939). Auf dem Heidelberger Parteitag 1925 nahm die SPD als erste deutsche Partei die „Bildung der Vereinigten Staaten von Europa“ in ihr Programm auf. Sie war darüber hinaus immer wieder bereit, konkrete verständigungspolitische Maßnahmen, wie 1925 die Verträge von Locarno und 1929/30 den Briand-Plan, zu unterstützen – auch unter Zurückstellung parteitaktischer Erwägungen.

Während die bürgerlichen Parteien noch weitgehend in nationalstaatlichen Denktraditionen verhaftet blieben, entwickelte die SPD in den 20er Jahren bereits wesentliche theoretische Grundlagen ihrer späteren Europapolitik. Diese basierte auf der Analyse der internationalen Arbeitsteilung als Wesensmerkmal des Kapitalismus und der sich daraus ergebenden Notwendigkeit zur politischen Gestaltung in Gemeinschaft mit anderen Staaten. Kernpunkte waren eine auf Kriegsverhinderung und Verständigung mit den Nachbarländern ausgerichtete Friedenspolitik, was Forderungen nach einer Teilrevision des Versailler Vertrages durchaus mit einschloss.

Konkrete Vorschläge wie die Schaffung einer Zollunion und Koordinierung in den Bereichen Handel, Verkehr und Zuwanderung aus dem Jahre 1926 erwiesen sich als äußerst weitsichtig. Erst lange nach dem Zweiten Weltkrieg konnte dies im Rahmen der EGKS-, EWG- und EU-Verträge umgesetzt werden.

Politische Mehrheiten gegen nationalistische Vorstellungen gab es in der Weimarer Republik aber nie dauerhaft und der Faschismus kam 1933 mit Hilfe aller bürgerlichen Parteien an die Macht.

Gegen Faschismus und Krieg von 1933 - 1945

Die Nazis zerstörten zuerst die Demokratie und verwüsteten dann Europa in deutschem Namen. Nach dem SPD-Verbot im Dritten Reich leisteten viele Parteimitglieder Widerstand oder flohen ins Exil. Die 30er und frühen 40er Jahre waren aber auch die Zeit, in der verschiedene Gruppen innerhalb der Sozialdemokratie ihre Konzepte für einen Neuanfang in Europa entwickelten. Der Exilvorstand der SOPADE blieb den Vorstellungen der Weimarer Republik verhaftet und hielt einen wiederbelebten und gestärkten Völkerbund auch weiterhin für das wichtigste Element einer zukünftigen Friedensordnung auf dem Kontinent. Nur durch ihn könnten auch Großbritannien und die USA an einem europäischen Sicherheitssystem beteiligt werden. Dagegen verfochten vor allem die linkssozialistischen Oppositionsgruppen wie Internationaler Sozialistischer Kampfbund (ISK), Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) und „Neu Beginnen“ entschieden die Europaidee. Erst im Laufe des Krieges näherten sich die unterschiedlichen europapolitischen Vorstellungen an. SOPADE und ISK beschloss 1943 in der „Union der Deutschen Sozialisten in Großbritannien“ – als Kompromiss ihrer jeweiligen Konzepte – die „Richtlinien für die internationale Politik“. Schon damals stand die Bedeutung einer „deutsch-französischen und deutsch-polnischen Verständigung und Zusammenarbeit“ in einem künftigen europäischen Gemeinwesen im Vordergrund. Für die demokratischen Länder Europas gehörte die SPD zu den führenden Repräsentanten des anderen Deutschlands, mit denen eine gemeinsame Zukunft gestaltet werden konnte.

In der Bundesrepublik Deutschland von 1945 - 1989

Die Verwirklichung der Vereinigten Staaten von Europa unter sozialistischen Vorzeichen war in der 1945 wiedergegründeten Sozialdemokratie unumstritten, auch um deutsche Interessen gegenüber alliierten Plänen zu verteidigen. Die SPD erkannte grundsätzlich das Sicherheitsbedürfnis der Nachbarstaaten an und war zum Verzicht auf staatliche Souveränitätsrechte bereit. Allerdings setzte sich der charismatische, vom Widerstand gegen die Nazi-Diktatur geprägte Vorsitzende Kurt Schumacher innerparteilich mit seiner Auffassung durch, ein vereinigtes Gesamteuropa könne nur auf der Grundlage eines wiedervereinigten, gleichberechtigten, selbstbestimmten und sozialistischen Deutschlands entstehen.

Auf dieser Basis lehnte die SPD, die 1947 den „Marshall-Plan“ noch begrüßt hatte, wegen der Nichterfüllung ihrer deutschlandpolitischen Vorbehalte 1950 den Beitritt zum Europarat, 1951 zur EGKS – „kapitalistisch, konservativ, klerikal und kartellistisch“, so Schumacher – und 1953 zur EVG, zunächst ab. Die Partei blieb damit innerhalb der internationalen sozialistischen Bewegung (1948 wurde das Mouvement Socialiste pour les Etats-Unis d'Europe – MSEUE – gegründet, 1951 die SI) in der Minderheit. Gleichwohl arbeiteten die SPD-Vertreter wie Carlo Schmid von Anfang an konstruktiv in den Gremien der europäischen Institutionen – Beratende Versammlung des Europarats und der EGKS sowie der Ad-hoc-Versammlung – mit.

Nach dem Scheitern der EVG in der französischen Nationalversammlung 1954 öffnete sich die SPD Schritt für Schritt dem existierenden (west-)europäischen Integrationsprozess: Von der Zustimmung zu den EWG- und EURATOM-Verträgen 1957 und dem Godesberger Programm 1959, der außenpolitischen Grundsatzrede Herbert Wehners 1960 bis zur Nominierung von Willy Brandt als

Kanzlerkandidat für die Bundestagswahl 1961 führte der Weg zu einem weitgehenden europapolitischen Grundkonsens in Deutschland.

Seit Anfang der 60er Jahre ist die SPD gemeinsam mit ihren Schwesterparteien in den anderen Mitgliedstaaten eine prägende Kraft im Prozess des europäischen Zusammenschlusses. Genannt werden muss hier besonders die Arbeitsgemeinschaft der sozialdemokratischen Parteien der EGKS-Staaten und der Bund der sozialdemokratischen Parteien in der EG.

Am Ende der Ära de Gaulle, der als französischer Präsident mit seiner „Politik des leeren Stuhls“ die Gemeinschaft blockiert hatte, und zu Beginn der Ära von Willy Brandt und Helmut Schmidt stand die EG auf dem Gipfeltreffen in Den Haag 1969 vor der Entscheidung „zwischen einem mutigen Schritt nach vorn und einer gefährlichen Krise zu wählen“. Die EG entschied sich für ersteres: Eine Wirtschafts- und Währungsunion, die Intensivierung der politischen Zusammenarbeit und die Erweiterung sollten in den 70er Jahren in Angriff genommen werden.

Realisiert wurden die Beitritte von Großbritannien, Irland und Dänemark 1973, die Errichtung des EWS 1978 und die erste Direktwahl des Europäischen Parlaments 1979. Weitere Schritte blieben aus, da vor allem die Ölkrise und der Verfall des Dollars den gemeinsamen Willen erlahmen ließen. So entstand der Begriff „Eurosklrose“ als Synonym für die Krise der EG bis zur Mitte der 80er Jahre. Erst auf Initiative des Europäischen Parlaments und des neuen, sozialistischen Kommissionspräsidenten Jacques Delors überwand man die Stagnation. Mit der Einheitlichen Europäischen Akte 1986 begann eine Dynamik von Vertragsänderungen zeitgleich mit mehreren Beitrittsrunden. Doch nach dem Fall der Mauer eröffnet sich dann 1989 ein völlig neuer Ausgangspunkt des europäischen Zusammenschlusses: West und Ost, eine kontinentale Dimension.

Das wiedervereinigte Deutschland von 1989 bis heute

An der Schnittstelle dieses Epochenwandels konnte sich die SPD aber europäisch nicht neu positionieren. Das Berliner Programm 1989, ergänzt durch die unterschiedlichen Lebenserfahrungen der ostdeutschen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, war schon zum Zeitpunkt seiner Beschlussfassung von der Geschichte überholt. Der EU gelang es jetzt, in immer kürzeren Zeiträumen neue Regierungskonferenzen zur Vertiefung und Erweiterung durchzuführen – Maastricht 1992, Amsterdam 1997, Nizza 2001. Die ökonomische Integration durch Vollendung des Binnenmarktes und die Realisierung der gemeinsamen Währung Euro (1. Januar 2002) waren Meilensteine auf dem Weg zu einem Europa als Bundesstaat *sui generis*.

Die SPD trug auch in Oppositionszeiten die jeweiligen Vertragswerke – trotz Kritik in Einzelpunkten – aus europäischer Verantwortung mit. Sie pochte aber erfolgreich auf mehr Rechte für das Europäische Parlament und die Stärkung der gemeinschaftlichen Politikbereiche. Vertiefung stand dabei mit Erweiterung im Gleichklang: 1995 erfolgte die Aufnahme von Finnland, Schweden und Österreich, 2004 von Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Malta und Zypern sowie 2007 von Bulgarien und Rumänien. Dadurch hat die Gemeinschaft eine andere Gestalt erhalten. Zeitweise konnte eine Mehrheit von sozialdemokratischen Staats- und Regierungschefs das Gesicht Europas prägen: Tony Blair, Lionel Jospin, Viktor Klima, Wim Kok, Alexander Kwasniewski, Paavo Lipponen, Göran Persson, Jorge Sampaio, Konstantinos Simitis.

In diese Phase fielen auch ganz neue Herausforderungen wie die Beteiligung am Kosovo-Krieg und der erstmalige Rücktritt einer Kommission sowie eine mutige Innovation: die Einberufung eines Konvents zur Grundrechtecharta und darauf folgend zum Vertrag über eine Verfassung für Europa.

All dies wurde maßgeblich geprägt vom sozialdemokratischen Bundeskanzler Gerhard Schröder, besonders in seinem Amt als EU-Ratsvorsitzender 1999. In der sich anschließenden Phase christdemokratisch-konservativer Regierungsdominanz geriet Europa konstitutionell in schwere Stürme: Nach der Ablehnung des EU-Verfassungsvertrages durch die Bürger Frankreichs und der Niederlande bei gleichzeitiger Ratifizierung in 18 von 27 Mitgliedstaaten musste die deutsche Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 gangbare Wege in und aus der Krise aufzeigen. Zugleich wurde innerhalb der EU erstmals grundsätzlich über die Finalität der Integration beraten – wohin und mit wem in Europa? Das nach langen Geburtswehen mit ständig wechselnden Parteivorsitzenden schließlich von Kurt Beck verantwortete Hamburger Grundsatzprogramm brachte die SPD auch europapolitisch entscheidend voran – zumindest in ihrer Beschlussfassung.

Die Entwicklung zum Entwurf eines Verfassungsvertrages und – nach dessen Scheitern bei Referenden in Frankreich und den Niederlanden – mit dem Vertrag von Lissabon, der am 1. Dezember 2009 in Kraft trat, wurden die wichtigsten konstitutionellen Änderungen in der fast sechzigjährigen europäischen Einigungsgeschichte abgeschlossen. Weil der Weg immer auch das Ziel ist, zeigte sich in den innerstaatlichen Diskussionsprozessen um eine Weiterentwicklung der EU auch die Fragilität des gesamten Prozesses. Auch wenn mit dieser institutionellen Reform nach Meinung vieler die grundlegenden Vertragsänderungen zu einem vorläufigen Abschluss gekommen waren, so betonte die SPD weiterhin ihre Forderung nach einer europäischen Verfassung. Die Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht und die Rechtsprechung in Karlsruhe ermöglichten und beschränkten zugleich den weiteren Einigungsprozess unter Beteiligung Deutschlands.

Heute befindet sich die EU in der größten Krise ihrer Geschichte. Sie wurde ausgelöst von Finanzmarktspekulationen und privater sowie staatlicher Verschuldung. Getragen ist sie von mangelndem Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger sowie mangelnden Fähigkeiten der EU-Regierungen, die zu mehr als drei Vierteln von christdemokratischen bzw. rechtsliberalen Staats- und Regierungschefs geführt werden – bei gleichzeitiger Schwäche der Sozialdemokratie. Die existenzbedrohenden Auswirkungen der Krise in Griechenland und die Gefahr von Staatsinsolvenzen bis hin zum Zusammenbruch der Eurozone sind nicht endgültig gebannt. Mit Rettungsschirmen, die mehrere hundert Milliarden Garantien und Wirkungsmöglichkeiten in den Billionenbereich erzielen sollen, hat die EU mit einer beispiellosen Kraftanstrengung versucht, Stabilität herzustellen, Neuverschuldung zu begrenzen und gegen Spekulation eines aus den Fugen geratenen „Raubtierkapitalismus“ zu wirken. Die SPD hat ihr Profil als deutsche Europapartei auf dem Bundesparteitag 2011 in Berlin eindrucksvoll geschärft. Neben einem klaren Bekenntnis zu Europa hat sie sich inhaltlich weiterentwickelt und sich auch durch länderübergreifende Initiativen positioniert (gemeinsamer Antrag in Deutschem Bundestag und französischer Assemblée Nationale zur Finanztransaktionssteuer).

Selbstbehauptung Europas heißt dabei immer auch politische Gestaltung der Globalisierung: Als Friedensmacht, Solidargemeinschaft, Wirtschaftskraft – auch durch Interessensausgleich beispielhaft für andere Regionen der Welt.



1866 - 1918

... als Anfang eines solidarischen europäischen Staates

Dokument 1

1866 Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein (ADAV) zur Reichstagswahl; Programmentwurf, Leipzig

„Die Arbeiterpartei, oder die Partei des vierten Standes, bekennt sich zu dem Grundsatz, daß die Unterdrückten aller europäischen Länder ohne Unterschied des Glaubens, des Staates oder der Abstammung auf gegenseitigen Beistand und auf Vereinigung durch ihre Interessen angewiesen sind. (...)

Unter deutscher Einheit versteht die Arbeiterpartei den zentralisierten deutschen Volksstaat und erstrebt selbigen einfach als einen Anfang des solidarischen europäischen Staates.“

[Leipzig 1866; zit. n.: Programm der deutschen Sozialdemokratie, hrsg. v. Bundessekretariat der Jungsozialisten, Hannover 1963, S. 65ff.]

Dokument 2

1879 August Bebel Die Frau und der Sozialismus

„(...) Denn wenn Deutschland und West-Europa überhaupt, auch für die neue Menschheitsära einstens wahrscheinlich den Reigen eröffnen wird, die anderen Staaten dürften alsdann bald folgen. Denn alle Culturstaaten leiden unter denselben Uebeln, in allen Culturstaaten regen sich darum dieselben Gedanken und dieselben Ideen.

Ein Volk wird einstens dem andern die Hände reichen, eins das andere in seinen Bestrebungen und in seiner Organisation unterstützen und der vereinigte Bund der Völker Europas, ja aller Culturvölker der Erde, wird das schliessliche Resultat dieser grossen Anstrengung sein. Dann dürften Delegirte aller Nationen und Völker sich zu einem grossen Völkerparlamente vereinigen, um alle ihre Angelegenheiten in friedlicher, sich gegenseitig fördernder Weise zu ordnen. Die physischen und geistigen Produktivkräfte wie die Bodenfruchtbarkeit und Erzeugungsfähigkeit eines jeden Landes dürften dann nach neu aufzustellenden Grundsätzen gegenseitig abgewogen und auszugleichen versucht, Produktion und Austausch auf grosser internationaler Grundlage in einer die Menschheitsentwicklung unendlich fördernden Weise regulirt werden.

So dürften die Anfänge, welche heute bereits die bürgerliche Gesellschaft für die internationale Verständigung der Völker aufweist: Weltpostcongress, internationale wissenschaftliche Congresse, internationale Ausstellungen, internationale Handels- und Schifffahrtsverträge etc., sich allmählig in der neuen Gesellschaft zur höchsten und innigsten Völkerverbrüderung steigern. Ein neues grossartiges Entwicklungsmoment für die Menschheit dürfte einstens hinzukommen. (...)

Sobald einmal die Culturvölker in einer grossen Fö(r)deration [!] vereinigt sein werden, dürfte auch die Zeit gekommen sein, wo für immer »des Krieges Stürme schweigen«, wo selbst die Volkwehren überflüssig geworden sind und die letzten Waffen, wie so viele ihnen vorangegangene, in die Antiquitätensammlungen wandern, um zukünftigen Geschlechtern zu lehren, wie vergangene Generationen Jahrtausende lang wie wilde Thiere sich zerfleischten – bis endlich der Mensch über das Thier in sich triumphirte. (...)“

[Zürich-Hottingen 1879; zit. n.: Bebel, August: Ausgewählte Reden und Schriften, hrsg. v. Internationalen Institut für Sozialgeschichte Amsterdam, bearb. von Anneliese Beske und Eckhard Müller, Bd. 10/1, München u.a. 1996, S. 182 f.]

Dokument 3

1910 Philipp Scheidemann

Europa – „Freundschaftsbund“ statt „Räuberhöhle“

„(...) Meine Herren, wir wollen uns auch nicht streiten über die Frage, ob Rußland gegenüber unter allen Umständen auf eine Brustwehr verzichtet werden könnte. Aber selbst wenn zuzugeben wäre, daß wir Rußland, diesem zaristisch-absolutistischen, unberechenbaren Lande gegenüber, eine gewisse Brustwehr brauchten, dann können wir doch unter keinen Umständen zugeben, daß irgend welche ernstliche Gefahr für uns zurzeit bestände. Ich betone aber mit um so größerer Schärfe, daß wir weder im Westen noch jenseits der Nordsee einen möglichen Feind sehen. Wir in Deutschland und unsere Freunde in Frankreich und England sind fest entschlossen, eine Katastrophe, wie sie ein Krieg im Innern Europas für die ganze Kulturwelt bedeuten würde, zu verhindern. (...)“

Wir werden aber auch nicht unterlassen, unserer festen Überzeugung auch fernerhin dahin Ausdruck zu geben, daß gerade unser Regierungskurs die Hauptschuld trägt, wenn der Freundschaftsbund, (...), bisher noch keine Wirklichkeit hat werden können. (...) Daß Europa eine Art Räuberhöhle ist, in der man nicht unbewaffnet schlafen kann, in der man jeden Tag auf Treubrücke und Überfälle gerüstet sein muß, das ist die große Lebenslüge, die Sie nicht lassen können, wenn Sie nicht ihr ganzes System elendiglich zusammenbrechen sehen wollen. Deutschland kann Europa den Frieden geben, wenn es will. Deutschland kann die Lasten der Rüstung nicht nur für sich, sondern auch für alle Großmächte Europas wesentlich herabdrücken. Die wirtschaftlichen Vorteile, die aus einem derartigen Zustande hervorgehen würden, sind bedeutend größer als alle Vorteile, die jemals von irgend einem Staat aus einem blutigen Kriege erwartet werden könnten.

Meine Herren, so schwer der Kampf ist, den wir auf diesem Gebiet zu führen haben, – dem deutsch-französisch-englischen Völkerbunde gehört die Zukunft doch, und wir setzen unsere Ehre drein, dieser Zukunft vorzuarbeiten. (...)“

[Reichstagsrede vom 9. Dezember 1910; Verhandlungen des Reichstags. 12. Legislaturperiode. 2. Session. Stenographische Berichte, Bd. 262. Berlin 1911, S. 3528-3539, hier S. 3530f.]

Dokument 4

1916 Karl Kautsky

Die Vereinigten Staaten Mitteleuropas

„(...) Welche Stellung hat nun die Sozialdemokratie zu den mitteleuropäischen Plänen zu nehmen? Damit, daß keine Aussicht besteht, jenes neue Staatsgebilde in absehbarer Zeit zu schaffen, ist die Frage noch nicht erledigt. (...)“

Unser Charakter als internationale und demokratische Partei weist uns bereits unseren Weg. Wir müssen jede Niederlegung von Schranken zwischen Völkern und Staaten freudig begrüßen und unterstützen, wenn sie ohne Verletzung der Demokratie und nicht zu dem Zwecke vor sich geht, den Aufbau anderer Schranken zwischen Völkern und Staaten herbeizuführen. (...)

Die Herstellung Mitteleuropas wäre ein sehr zweifelhafter Fortschritt, wenn sie zu dem Zwecke geschähe, den Gegensatz der Zentralmächte zu ihren Nachbarn nach dem Kriege aufrechtzuhalten oder gar zu verschärfen. (...)

Indes, wie verkehrt auch das imperialistische Streben der Intellektuellen sein mag, es ist ökonomisch tief begründet und daher sehr stark, eine der »Realitäten« der Politik, die man in Rechnung zu ziehen hat.

Ganz und gar nicht im Sinne der Intellektuellen ist dagegen das Streben nach Herstellung eines europäischen »Freistaatenbundes«, einer »Eidgenossenschaft der Völker«, das aus der Arbeiterdemokratie entsprang. (...)

Der »übernationale« Staat, den sie wollen, ist der imperialistische, den wieder das Proletariat ablehnen muß – wo es auf eigenen Füßen steht. (...)

Der übernationale Militärstaat, die Schützengrabengemeinschaft, durch Gräben, Stacheldrähte und Maschinengewehre abgeschlossen nach Ost und West – das sind die Vereinigten Staaten Europas, die heute von unseren Intellektuellen geträumt werden. (...)

In einer sozialistischen Gesellschaft müßten aber die nationalen und internationalen Probleme eine ganz neue Gestaltung annehmen. (...) Ist die privilegierte Stellung der Kapitalisten und der Spracharbeiter verschwunden, so hören damit die nationalen Gegensätze auf, denn in dem Bedürfnis nach nationaler Selbstverwaltung, das übrigbleibt, liegt nichts, das eine Nation in Gegensatz zur anderen bringen könnte. Die aus der modernen Weltwirtschaft hervorgehenden Notwendigkeiten internationalen Zusammenarbeitens in geistiger und materieller Produktion können dann völlig ungehindert auf immer engere Verbindung der Nationen hinwirken.

Der Bund der Völker und damit der ewige Friede wird so nicht nur möglich, sondern auch auf eine völlig sichere Basis gestellt. (...)

[Karl Kautsky, Die Vereinigten Staaten Mitteleuropas, Stuttgart 1916, S. 11, 42ff. und 48f.]

Dokument 5

1917 Eduard Bernstein

Sozialdemokratische Völkerpolitik – Sozialdemokratie und die Frage Europa

„(...) Nur noch als geographischer Begriff und kriegerisches Schlachtfeld existiert Europa gegenwärtig fort, und das kommende Europa droht zunächst auch nur ein geographischer Begriff zu sein. Das Gefühl einer Gemeinsamkeit von Interessen ist ertötet, der Güterverkehr und der Personenverkehr zwischen den Hauptländern droht eine Einbuße zu erleiden, die ihn vielleicht auf das Drittel des Umfangs herabbringt, den er vor dem Kriege hatte, kalt und mißtrauisch werden sich seine großen Nationen gegenüberstehen. Eine Aussicht, vor der der sachlich erwägende Volkswirt und Politiker nicht minder sorgenvoll zurückweicht, als der dem Gedanken der Völkergemeinschaft aus idealistischen Gründen ergebene Sozialist und Pazifist. Wohl fehlt es nicht an Kräften, die für eine Selbstheilung arbeiten werden. Gewisse Fäden des Handelsverkehrs werden sich leichter wieder anknüpfen lassen, als es beim größten Teil der Fall sein wird. Gelehrte, die im Kriege das seelische Gleichgewicht bewahrt haben, werden nach ihm wieder die internationale Zusammenarbeit der Wissenschaft pflegen. Und Aehnliches mehr. Aber solange die Heilung auf das Walten von Antrieben angewiesen ist, die bloß Individuen oder kleine Gruppen von Ideologen erfassen, wird der Selbstheilungsprozeß ein überaus langsamer und stets der Gefahr ausgesetzt sein, durch Gegenströmungen, an denen es nicht fehlen wird, zurückgeworfen zu werden. Nur durch die systematische Arbeit umfassender Organisationen wird ein durchgreifender Heilungsprozeß in Bälde erwirkt werden können und diejenige Kraft erhalten, die ihn widerstandsfähig macht gegen alle ihm entgegenwirkenden Agitationen. Und keine Verbindung ist so sehr dazu berufen, sich an die Spitze dieser Bewegung zu stellen, als die Partei der Arbeiter, deren große Theoretiker unter anderen Fichte zu ihren geistigen Vorfahren zählten.

Die Sozialdemokratie hat den Krieg nicht verhindert, der Europa zerrissen hat, bis jetzt auch nichts für seine Verkürzung ausgerichtet. Um so mehr erwächst ihr die Pflicht, am Neubau des kommenden Europa ihre ganze Kraft einzusetzen. (...)“

[Eduard Bernstein, *Sozialdemokratische Völkerpolitik : Die Sozialdemokratie und die Frage Europa* Leipzig 1917, S. 204ff.]

1918 – 1933

.. für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa

Dokument 6

1925 Heidelberger Programm

Internationale Politik

„Als Mitglied der Sozialistischen Arbeiter-Internationale kämpft die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in gemeinsamen Aktionen mit den Arbeitern aller Länder gegen imperialistische und faschistische Vorstöße und für die Verwirklichung des Sozialismus. Sie tritt mit aller Kraft jeder Verschärfung der Gegensätze zwischen den Völkern und jeder Gefährdung des Friedens entgegen.

Sie fordert die friedliche Lösung internationaler Konflikte und ihre Austragung vor obligatorischen Schiedsgerichten. Sie tritt ein für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und für das Recht der Minderheiten auf demokratische und nationale Selbstverwaltung. Sie widersetzt sich der Ausbeutung der Kolonialvölker, der gewaltsamen Zerstörung ihrer Wirtschaftsformen und Kultur. Sie verlangt internationale Abrüstung.

Sie tritt ein für die aus wirtschaftlichen Ursachen zwingend gewordene Schaffung der europäischen Wirtschaftseinheit, für die Bildung der Vereinigten Staaten von Europa, um damit zur Interessensolidarität der Völker aller Kontinente zu gelangen.

Sie fordert die Demokratisierung des Völkerbundes und seine Ausgestaltung zu einem wirksamen Instrument der Friedenspolitik.“

[Beschlossen auf dem Parteitag in Heidelberg 1925, zit. n.: Programmatische Dokumente der Deutschen Sozialdemokratie, hrsg. und eingel. v. Dieter Dowe und Kurt Klotzbach, 3. überarb. und aktualisierte Aufl., hrsg. v. Dieter Dowe, Bonn 1990, Dok. 16, S. 211-220, hier S. 219f.]

Dokument 7

1925 Otto Wels, SPD-Parteivorsitzender

Locarno als Ausgangspunkt der Vereinigung Europas

„(...) Meine Damen und Herren! Das Deutschland der Wilhelme, der Tirpitze und der Ludendorffe ist tot, ein neues muß in unserem Vaterlande, in unserem Weltteil erstehen. Wer das nicht begreift, der ist dazu verurteilt, wie Sie, meine Herren da drüben, als Gespenst unter den Lebenden in eine neue Zeit zu gehen oder als Blinder unter den Sehenden zu wandeln. Wer das nicht begreift, ist zu politischer Unfruchtbarkeit verurteilt. Am Ausgang des Krieges sehen wir zwei große Ereignisse: auf der einen Seite den Übergang Deutschlands zur Demokratie, den wir heute bei uns noch heiß umkämpfen, und auf der anderen Seite die politische Entdeckung Europas. Die politische Entdeckung Europas als Staatensystem ist die Rückwirkung der geographischen Entdeckung Amerikas vor mehr als 400 Jahren. Jenseits des Ozeans haben die jungen Völker eines neuen Kontinents eine Schicksalsgemeinschaft, eine Schicksalsverbundenheit erkannt und durchgeführt. Ungeheure Gebiete von unerschlossenen Naturschätzen, in denen der Verkehr durch keine Zoll-

schranken gehemmt ist, bieten dort drüben die Möglichkeiten eines ungeahnten Aufstiegs. Wir aber in Europa sind eingesperrt in enge Zollkäfige, in Haß und in Mißtrauen gegeneinander gestellt und voneinander getrennt. Durch blutige Erinnerungen gehen wir dem sicheren Untergang entgegen, wenn wir nicht die Kraft finden, uns von den Fesseln der Vergangenheit zu befreien.

Der Weg zur Befreiung wird in den Verträgen von Locarno und dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund beschritten. Er ist noch weit, aber der erste Schritt wird damit getan. Es ist derselbe Schritt, den die führenden Geister des internationalen Sozialismus schon vor dem Kriege gewiesen haben. 10 Millionen Menschen haben es mit ihrem Leben bezahlen müssen, daß die Völker 1914 noch nicht reif genug waren für die Gedanken eines Jean Jaurès und eines August Bebel.

Jetzt erst beginnt sich das Verständnis dafür zu regen, daß wir alle, die wir auf diesem Erdteil leben, durch Schicksalsgemeinschaft miteinander verbunden sind, daß unsere inneren Händel und Streitigkeiten Erbärmlichkeiten sind und daß wir gute Europäer sein müssen, wenn wir gute Deutsche, gute Franzosen sein wollen.

Meine Damen und Herren! Der Krieg ist die furchtbarste Geißel der Menschheit, und die ganze Welt von ihm zu befreien ist unser unverrückbares Ziel. Aber unseren eigenen Herd vor ihm zu schützen, das ist die vornehmste deutsche Aufgabe.

Von solchen Auffassungen geleitet, werden wir Sozialdemokraten unter Zurückstellung aller taktischen Gesichtspunkte, den Blick nur auf das eine große Ziel gerichtet, dessen Erreichung unsere Besten nicht mehr erleben durften, für den vorliegenden Gesetzentwurf [zur Ratifizierung der Verträge von Locarno und dem Beitritt Deutschlands zum Völkerbund] stimmen. Nicht ihnen zuliebe, meine Damen und Herren, sondern uns und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale zuliebe, der wir damit geben, was sie von uns fordern kann.

Wir nehmen den Gesetzentwurf an als die Erfüllung unserer eigenen Forderung. Wir nehmen ihn an als den Beginn eines Weges, an dessen Ende ein unter den siegreichen Fahnen des Sozialismus einiges Europa stehen wird.“

[Reichstagsrede vom 24. November 1925; Verhandlungen des Reichstags. 3. Wahlperiode. Stenographische Berichte, Bd. 388, Berlin 1926, S. 4485-4493, hier S. 4492f.]

Dokument 8

1927 Rudolf Hilferding

Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik

„(...) Eine dritte charakteristische Tatsache ist die Internationalisierung der kapitalistischen Industrie, das Bestreben, die nationalen Monopole, Kartelle und Truste international zusammenzufassen. Wer mit kapitalistischen Wirtschaftskreisen in Berührung kommt – und das ist sehr nützlich, weil es darauf ankommt, die Psychologie des Gegners zu erkennen –, ist erstaunt, mit welchem Eifer diese Kreise, die vor dem Kriege in ihrer Wirtschaftseinstellung national abgeschlossen wa-

ren, heute internationale Verbindungen suchen, die Beziehungen mit dem Ausland pflegen, und wie sehr der Drang nach internationaler Organisation lebendig wird. Während die Organisation der Arbeiterklasse sich zuerst entwickelte, die Gewerkschaften das erste organisierte Wirtschaftselement im Kapitalismus gewesen sind, haben die Unternehmer infolge ihres größeren Klassenbewußtseins und ihrer geringeren Zahl unsere Organisation eingeholt. Wir werden acht geben müssen, daß das auf internationalem Gebiete nicht ebenfalls eintritt. (...)

Unser Kampf geht dahin, nicht zu warten, bis der Krieg ausbricht, sondern eine Politik zu führen, die den Krieg unmöglich macht. Das ist das Problem, und das bestimmt auch unsere Stellung zum Völkerbund. Der Völkerbund kann ein ganz ausgezeichnetes Mittel der Kriegsverhütung werden. Das hängt wieder davon ab, daß wir in den einzelnen Ländern an Macht zunehmen und die internationale Politik immer mehr beeinflussen können. Die Aufgabe sozialistischer Außenpolitik läßt sich kurz dahin zusammenfassen: Schiedsgerichte, Abrüstung und internationale Vereinbarungen durch den Völkerbund, Aufrichtung eines internationalen Rechts, das die Souveränität der einzelnen Glieder der Staatenfamilie einschränkt. (...)"

[Referat, gehalten auf dem Parteitag in Kiel 1927; Sozialdemokratischer Parteitag 1927 in Kiel. Protokoll mit dem Bericht der Frauenkonferenz, Kiel 1927 (Reprint 1974), S. 165-184, hier S. 167 u. 183]

Dokument 9

1930 Rudolf Breitscheid, Vorsitzender der SPD-Reichstagsfraktion

Zum Europa-Plan des französischen Außenministers Aristide Briand

„(...) Der Herr Außenminister [Curtius] hat das Briandsche Memorandum nur kurz gestreift, (...). Ich darf vielleicht ein paar Sätze mehr sagen.

Sie können nur damit beginnen, daß meine Freunde den Grundsatz Briands, jenen Grundsatz, der genährt worden ist an den Verhandlungen in Genf, an denen Deutschland beteiligt war, dem Grundsatz, daß eine stärkere Annäherung der europäischen Staaten, eine bessere Organisation der europäischen Staaten eine Notwendigkeit ist, durchaus begrüßen und für durchaus berechtigt halten.

Wir haben im einzelnen an dem Memorandum, wie es uns vorliegt, allerei Ausstellungen zu machen, nicht zuletzt deswegen, weil in dieser Denkschrift die wirtschaftlichen Fragen in einer Weise in den Hintergrund gedrängt sind, die ihrer Bedeutung nicht zu entsprechen scheint und weiter, weil die Regelung der wirtschaftlichen Fragen auch in diesem Memorandum wieder abhängig gemacht wird von einer vorherigen Regelung der Sicherheitsfrage. Wir sind sehr skeptisch, wenn wir von jener Seite das Wort »Sicherheit« hören. Was aber die Wirtschaftsreg(e)lung [!] mit der Sicherheit zu tun haben kann, ist uns fürs erste nicht verständlich.

Weiter: es muß verhindert werden, daß durch die Aufziehung einer europäischen Organisation die Gesamtorganisation des Völkerbundes geschwächt oder geschädigt wird. (...) Aber es muß verhindert werden, daß ein Konkurrenzverband die Bedeutung dieser weltumfassenden Organisation einschränkt und dadurch das Interesse der außereuropäischen Staaten an dem Genfer Verband außerordentlich mindert.

Weiter. Herr Briand spricht in seinem Memorandum von der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der absoluten Souveränität der Einzelstaaten. Ja, wie kann man einen derartigen Verband gründen wollen und gleichzeitig die Souveränität der Einzelstaaten aufrechterhalten? Ich glaube, es ist an der Zeit, mit dem Begriff der außenpolitischen Souveränität im alten Sinne zu brechen. Jeder Vertrag, der abgeschlossen wird, ist eine Einschränkung der Souveränität des einzelnen Staates, wenn anders dieser Staat den ehrlichen Willen hat, den Vertrag zu halten. (...)

Man kann kein einiges Europa schaffen und gleichzeitig von der Souveränität sprechen. Und nun werde ich etwas sagen, was selbst Ihnen (nach rechts) vielleicht recht ist: daß, wenn von der Souveränität gesprochen wird, Deutschland im Verhältnis zu anderen Staaten diese Souveränität ja aus verschiedenen Gründen nicht mehr besitzt. (...)

Weil wir der Meinung sind, daß dieser Begriff der Souveränität überhaupt nicht mehr angewendet werden soll, möchten wir an seine Stelle gesetzt sehen den Begriff der Gleichberechtigung unter den Staaten. (...)

Und sogleich haben wir die Tatsache festzustellen, daß diese Gleichberechtigung zwischen Deutschland und den Siegerstaaten ebenfalls heute noch nicht besteht, (...). Das ist, glaube ich, eine der wesentlichen Forderungen, die die deutsche Regierung zu stellen hat, wenn Sie an die Verhandlungen mit Briand und mit den anderen Mächten herantritt, um über die Möglichkeit eines europäischen Paktes zu sprechen. (...)

Wenn jene Herren (nach rechts) immer sagen: Friedenspolitik ist die Politik der Feigheit, dann sagen wir: o nein, (...). Ich sage: es mag mehr bürgerlicher Mut dazu gehören, Friedenspolitik zu verkünden, als zur Gewalt aufzurufen; aber diese Friedenspolitik ist vor und nach der Räumung der Rheinlande die einzige, die im Interesse Deutschlands und – ich füge hinzu – im Interesse Europas gelegen ist.“

[Reichstagsrede am 25. Juni 1930: Verhandlungen des Reichstags. 4. Wahlperiode. Stenographische Berichte, Bd. 428. Berlin 1930, S. 5819-5826, hier S. 5825 f.]

1933 – 1945

.. das Ziel einer europäischen Staatengemeinschaft

Dokument 10

1940 Rudolf Hilferding

Über die Frage der Kriegsziele und das Problem der Vereinigten Staaten von Europa

„Man spricht viel von den Vereinigten Staaten von Europa oder von dem föderierten Europa. Man muß sich aber zunächst einmal über diese Begriffe klar werden. Eine Föderation kann ganz anderen Zielen dienen, wenn sie sich auf ein Land erstreckt, als wenn sie sich auf Europa erstrecken soll. So würde z.B. die Umwandlung des heutigen Deutschland in einen Föderativstaat die Schwächung der jetzigen Zentralgewalt des Reiches bedeuten. Der Aufbau eines föderierten Europa dagegen setzt voraus, daß zunächst überhaupt erst eine Zentralgewalt geschaffen wird, die bis heute nicht da ist. Diese Zentralgewalt muß die Militär-, die auswärtige und die Wirtschaftspolitik umfassen. Sie muß konstituiert werden, wenn eine Föderation leben soll. Auch in der Schweiz verfügt der Bundesrat über die Gewalt auf diesen drei Gebieten.

Schon diese Überlegung zeigt die Summe von Schwierigkeiten, die der Konstituierung eines föderativen Europa entgegensteht und die nicht zu überwinden ist.

(...) Man kann bei dieser Diskussion, wenn sie fruchtbar sein soll, auch nicht abstrahieren von den realen Interessen dieses Krieges. Weder England noch Frankreich können sich als Siegermächte darauf einlassen, ihre Verfügungsgewalt über ihre auswärtige, Militär- und Wirtschaftspolitik einengen zu lassen. Ohne diese Machtmittel kann aber die Zentralgewalt eines föderierten Europa nicht wirksam werden. Beantwortet man aber die Frage nach der Zentralgewalt nicht, ist keine Zentralgewalt vorhanden, dann hat auch das ganze Reden von einem Föderativsystem Europas wenig Sinn.

Eine andere Frage ist, was geschehen kann, um den Zustand der Desorganisation Europas zu überwinden. Die Antwort auf diese Frage ist wichtig, weil nur so bestimmte Ziele, die verwirklicht werden könnten, verfolgt werden können. Es gibt auf diese Frage heute auch nur die eine Antwort, die bereits 1918 gegeben wurde: Schaffung eines Völkerbundes.

Es ist in den letzten Jahren viel von dem Versagen des Völkerbundes die Rede gewesen. Ich möchte betonen, daß nicht der Völkerbund versagt hat, sondern die Anwendung des Völkerbündspaktes. Versagt haben die Regierungen, vor allem freilich die englische Regierung. Aber der Völkerbund war eine sehr brauchbare Institution. Das hat schließlich auch trotz ihres unrühmlichen Ausgangs die Korfu-Angelegenheit [Korfu-Krise 1923] bewiesen.

Auch der Völkerbund ist keine absolute Garantie für die Erhaltung des Friedens. Aber es gibt keine absoluten Garantien. Es gibt in der Politik keinen Mechanismus, der imstande wäre, bestimmte Wirkungen zu garantieren und andere auszuschließen. Denn die Politik wird von Menschen gemacht. Daß der Völkerbund praktisch außer Kraft gesetzt wurde, war die Folge der Regierungspolitik der verschiedenen Länder. Eine Änderung des Zustandes ist nur möglich, wenn die Regierungen ihre Politik ändern. Das schließt nicht aus, daß der Völkerbund auch ein wirksameres Statut bekommt (Genfer Protokoll). Wir haben jedenfalls das größte Interesse daran, daß die Institution des Völkerbundes wieder aufgerichtet wird.

Gegen die Vorstellung von einem Völkerbund nur für Europa spricht zweierlei:

1. daß England keine ausschließliche europäische Macht ist und
2. daß es das Ziel jeder auswärtigen Politik bleiben muß, die Vereinigten Staaten von Nordamerika zu Mitarbeit heranzuziehen.

Die wesentliche Aufgabe der neuen Völkerbundpolitik muß eine gewisse Koordination der auswärtigen Politik sein. Sie bedeutet zugleich eine gewisse Einschränkung der Souveränität der einzelnen Staaten. Es ist denkbar, dieses Ziel nach diesem Krieg zu erreichen, wenn der Sieg der Alliierten groß genug ist."

[Referat gehalten vor dem Exilvorstand der SOPADE am 29. Januar 1940; zit. n.: Lipgens, Walter (Hrsg.), Documents on the History of European Integration, Vol. 1, Continental Plans for European Union 1939-1945, Berlin/New York 1985, Mikrofilmbeilage, Dok. 209]

Dokument 11

1943 Union der Deutschen Sozialisten in Großbritannien; Richtlinien für die internationale Politik

„Die »Union deutscher sozialistischer Organisationen in Grossbritannien« hat folgende Erklärung über die internationale Politik deutscher Sozialisten beschlossen:

1.) Als internationale Sozialisten erstreben wir eine internationale Ordnung, die die Ursachen kriegerischer Konflikte beseitigt. Wir sehen in der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung und in den anderen demokratischen Bewegungen, vor allem der Bauern und der Intellektuellen, die entscheidenden Kräfte für die Erreichung dieses Zieles. Wie erstreben die engste Zusammenarbeit der organisierten Arbeiterschaft aller Länder in einer neuen internationalen Organisation, die eine gemeinsame Politik der sozialistischen Arbeiterbewegung erarbeitet und verwirklicht.

2.) Wir setzen uns ein für eine Föderation aller europäischen Völker, da die volle national-staatliche Souveränität nicht länger mit den wirtschaftlichen und politischen Existenzbedingungen in Europa vereinbar ist. Es ist ein Lebensinteresse der deutschen und europäischen Demokraten und Sozialisten, dass der Frieden Europas durch die Zusammenarbeit der Britischen Völkergemeinschaft, der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika eine stabile Grundlage erhält. Nur in der freundschaftlichen Zusammenarbeit mit allen diesen Mächten, nicht in Anlehnung nur an eine oder die andere Seite, kann sich ein einiges und freiheitliches Europa entwickeln.

In der Schaffung von Föderationen, die nur Gruppen von Völkern umfassen, sehen wir nur dann eine Friedenssicherung, wenn sie sich einer internationalen Organisation ein- und unterordnen.

3.) Die Aussenpolitik deutscher Sozialisten nach dem Krieg muss in erster Linie der Eingliederung eines demokratischen Deutschlands in eine solche internationale Ordnung dienen. Für den Erfolg einer solchen Politik ist es wesentlich, dass die Grundsätze der Atlantic-Charter [1941 zwischen den

USA und Großbritannien geschlossenes Abkommen] in vollem Umfang auch auf ein demokratisches Deutschland Anwendung finden.

Wir deutschen Sozialisten erkennen die realen Sicherheitsbedürfnisse der jetzt von den nationalsozialistischen und faschistischen Angreifern überfallenen und unterdrückten Völker an. Wir sind dabei überzeugt, dass alle technischen Friedenssicherungen nur dann auf die Dauer wirksam sein können, wenn sie eingebaut werden in ein wahrhaft internationales Sicherheitssystem. Dieses System muss eine starke Exekutivgewalt zur Niederhaltung von Angreifern mit weitgehenden Schiedsvollmachten zur friedlichen Beilegung von Konflikten vereinigen. Ein solches System der kollektiven Sicherheit wird auch den Frieden und die Sicherheit eines demokratischen Deutschlands gewährleisten.

Der erste Beitrag eines demokratischen Deutschlands zu diesem System wird die sofortige militärische Abrüstung Deutschlands sein. Wir sind überzeugt, dass die Vernichtung des deutschen Militärapparates nicht genügt. Wir sind entschlossen, die gesellschaftlichen Machtpositionen der wirtschaftlichen und politischen Träger des deutschen Militarismus durch die Enteignung der deutschen Kriegsindustrie und des Grossgrundbesitzes und durch den demokratischen Neuaufbau des Verwaltungsapparates von Grund auf zu beseitigen.

Wir betrachten es als eine Ehrenpflicht des kommenden freien Deutschlands, an der Wiedergutmachung des Unrechts, das Hitlerdeutschland den Völkern zugefügt hat, und am Wiederaufbau Europas mit allen Kräften mitzuhelfen.

Eine unserer wesentlichen Aufgaben wird es sein, durch eine tiefgreifende Reform des deutschen Erziehungswesens die geistigen und sittlichen Voraussetzungen für die Durchführung einer konsequenten Verständigungs- und Friedenspolitik der neuen deutschen Demokratie zu schaffen.

Die Gewinnung des deutschen Volkes für eine solche Politik hängt in hohem Masse [!] davon ab, dass dem deutschen Volk Gelegenheit gegeben wird in der Gestaltung seiner inneren politischen, sozialen und kulturellen Angelegenheiten seiner eigenen Initiative zu folgen. Vor allem müsste die Auferlegung von Bedingungen, die langandauernde Massenarbeitslosigkeit hervorrufen und eine wirksame Politik der sozialen Sicherheit unmöglich machen würde, verhängnisvolle Folgen für die innere Entwicklung Deutschlands haben.

4.) Wir werden den innerpolitischen Kampf für eine solche Aussenpolitik auch nach dem Sturz der Hitlerdiktatur gegen starke reaktionäre Kräfte zu führen haben. Wir hoffen, dass wir in diesem Kampf das Vertrauen und die aktive Unterstützung der Kräfte der internationalen Arbeiterbewegung, des Fortschritts und des Friedens in allen Völkern finden werden."

[Entschließung der Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien vom 23. Oktober 1943: Zur Politik deutscher Sozialisten. Politische Kundgebungen und programmatische Richtlinien der Union deutscher Sozialistischer Organisationen in Großbritannien, hrsg. v.d. Union deutscher sozialistischer Organisationen in Großbritannien, 1 London 1945, S. 16f.]

Dokument 12

1944 Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAP)

Willy Brandt u. a.: Zur Nachkriegspolitik deutscher Sozialisten

„Europäische Föderation und neuer Völkerbund

Es ist ein erklärtes Ziel der Vereinten Nationen [die Alliierten], nach diesem Kriege eine internationale Organisation zur Sicherung des Friedens zu schaffen. Dieses Ziel deckt sich völlig mit dem der deutschen Demokraten. (...)

Vieles spricht dafür, dass ein neuer Völkerbund auf Grund vorhandener Interessengegensätze zwischen den Grossmächten nicht so eng und effektiv gestaltet werden kann, wie es den objektiven Notwendigkeiten entspräche. Teilfragen werden wahrscheinlich weitgehend durch Institutionen, die auf einem funktionellen Prinzip basieren, in Angriff genommen werden. Dagegen ist vom demokratischen Standpunkt aus nichts einzuwenden. Zugleich wird jedoch das Problem der regionalen wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit viel stärkere Aufmerksamkeit erheischen als wie es Illusionisten in Bezug auf die Möglichkeiten der baldigen Schaffung einer Weltunion wahr haben wollen.

Uns interessiert hierbei vor allem die Frage der europäischen Zusammenarbeit. Wir betrachten sie nicht als gegensätzlich zum Problem der Schaffung eines weltumfassenden kollektiven Sicherheitssystems, sondern als eine wesentliche Teillösung.

Tatsache ist, dass Europa bis in die Gegenwart Hauptherd kriegerischer Verwicklungen geblieben ist. Tatsache ist weiter, dass die wirtschaftliche Entwicklung durch die Zerstückelung des europäischen Kontinents gehemmt und gestört wird. Historische nationale Gegensätze und der Egoismus der bislang herrschenden Klassen haben einem wirtschaftlichen Zusammenschluss Europas entgegengestanden.

Zu diesen Widerständen ist nun ein neuer gekommen. Hitlers Gangsterpolitik des „neuen Europas“ hat den Gedanken einer gesamteuropäischen Lösung schwer kompromittiert: Der Hass gegen alles Deutsche steht der Einordnung Deutschlands in ein wirklich neues Europa im Wege.

Ohne Deutschland ist aber keine gesamteuropäische Lösung denkbar. Wir halten jedoch die erwähnten Gegenkräfte für so ernst, dass wir unmittelbar nach dem Kriege wahrscheinlich nicht mit einer Verwirklichung eines europäischen Föderationsprogramms rechnen können. Nichtsdestoweniger ist dieses Programm richtig. Es ist darum notwendig, dass die neue deutsche Regierung zielbewusst für seine Durchsetzung eintritt. Vor allem muss auch immer wieder betont werden, dass die Gefahr einer deutschen Vormachtstellung gegenüber den Nachbarvölkern in einer europäischen Föderation nicht grösser, sondern im Gegenteil viel geringer ist als in einem zersplitterten Europa.

Regionale Teillösungen brauchen kein Hindernis für die Erreichung des höheren Zieles einer gesamteuropäischen Föderation zu sein. Die bisherigen Erfahrungen besagen jedoch, dass die Schwierigkeiten bei der Schaffung von Teilföderationen ebenso groß sind wie bei der Inangriff-

nahme des Gesamtproblems. Völlige Klarheit muss darüber herrschen, dass eine europäische Föderation weder in Frontstellung gegen die Sowjetunion noch gegen England geschaffen werden kann. (...)

Wir meinen, dass durch die überwiegende Tendenz einer radikaldemokratischen Entwicklung mit mehr oder minder starken sozialistischen Tendenzen erheblich günstigere Voraussetzungen für eine Entwicklung zu europäischen Föderation geschaffen werden als wie sie im Vorkriegseuropa vorhanden waren. Der Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland messen wir ausschlaggebende Bedeutung bei. Für die Erweiterung dieser Zusammenarbeit auf Italien dürften auch relativ günstige Voraussetzungen bestehen. In wirtschaftlicher Beziehung ist es entscheidend, ob es gelingt, Südosteuropa in den Rahmen der europäischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit einzubeziehen. Diese Frage ist vor allem davon abhängig, welche Haltung die Sowjetunion gegenüber der Entwicklung zu einer europäischen Föderation einnehmen wird. (...)

Weder die Sowjetunion noch Grossbritannien sind ausschliesslich europäische Mächte. Wir betrachten es jedoch als eine Selbstverständlichkeit, dass eine gesamteuropäische Lösung ohne Russland und England nicht möglich ist. (...)

[Quelle: Zur Nachkriegspolitik der deutschen Sozialisten, Sozialistische Schriftenreihe, Stockholm 1944, S. 35-38]

1945 – 1989

... innerhalb der europäischen Gemeinschaft

Dokument 13

1945 Buchenwalder Manifest

„Friede und Recht

Wir wollen nie wieder Krieg. Wir werden alles tun, um einen neuen Krieg unmöglich zu machen.

Wir wünschen baldigst in die Weltorganisation des Friedens und der Sicherheit aufgenommen zu werden und besonders als Richter und Partei in der internationalen Gerichtsbarkeit einen Beitrag zu leisten, der von anderen Völkern als wertvoll anerkannt werden soll. Auch in der verzweifeltsten Lage werden wir deshalb nicht auf eine eigene sozialistische Außenpolitik verzichten. Die deutsche Außenpolitik muß im engsten Einvernehmen mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken geführt werden.

Unser oberstes Ziel ist, in Zusammenarbeit mit allen sozialistisch geführten Staaten zu einer europäischen Staatsgemeinschaft zu kommen, die unseren schwergeprüften Kontinent durch eine europäische Gemeinschaft Ordnung und Wohlstand verbürgt.

Diese soll uns als Mittel dienen, Europas kulturelle Mission in der Welt auf der gesellschaftlichen Stufe des Sozialismus zu erneuern. Die erste Voraussetzung dafür sehen wir in der deutsch-französischen und deutschpolnischen Verständigung und Zusammenarbeit, die zweite im Eintritt Deutschlands in den angelsächsischen Kulturkreis. So wollen wir ein europäisches Gesamtbewußtsein schaffen, das allein den Frieden der Völker tragen kann.“

[13. April 1945; zit. n.: Lipgens, Walter (Hrsg.): Documents on the History of European Integration, Vol. 1, Continental Plans for European Union, Berlin/New York 1985, Mikrofichebeilage Dok. 146]

Dokument 14

1946 Hannoveraner Parteitag

Politische Leitsätze

„Internationalisierung Europas:

So wie die Sozialisten aller Länder für die Unabhängigkeit ihres Landes eintreten, so tut es auch die deutsche Sozialdemokratie. Aber sie weiß, dass die Periode der uneingeschränkten Souveränität der Einzelstaaten vorüber ist. Nicht Teile von Deutschland dürfen internationalisiert werden, sondern ganz Europa muss internationalisiert werden.

Die deutsche Sozialdemokratie erstrebt die Vereinigten Staaten von Europa, eine demokratische und sozialistische Föderation europäischer Staaten. Sie will ein sozialistisches Deutschland in einem sozialistischen Europa. Nur so kann Europa zur Solidarität mit den Völkern aller Kontinente gelangen.

Die Sozialdemokratie steht in dem gemeinsamen Kampf der Sozialisten aller Länder gegen jede Form der Ausbeutung, des Imperialismus, und des Faschismus, der Reaktion und des hegemonialen Nationalismus, die grosse geschichtsbildende Kraft, die Frieden und Freiheit für alle Völker sichern kann."

[Beschlissen auf dem Parteitag der SPD in Hannover am 11 Mai 1946, zit. n.: Ossip K. Flechtheim (Hrsg.): Dokumente zur parteipolitischen Entwicklung in Deutschland seit 1945, Bd. 3, Berlin 1963, Dok. 166, S. 17-23, hier S. 22f.]

Dokument 15

1947 Kurt Schumacher, SPD-Parteivorsitzender Deutschland und Europa

„Das Ja zum Marshall-Plan

Nun proklamieren die Vereinigten Staaten von Amerika, Europa durch wirtschaftliche Kredite gesund zu machen. (...) Es ist besser, eine große Krise zu vermeiden, als sie herbeizuführen und dann politisch auszuschlachten zu versuchen. Wir haben ja in Deutschland eine ganz spezielle Erfahrung darin, wohin Verelendungskuren führen, und wir sollten uns da von jeder Revolutionsromantik der Verelendung freihalten. Die Amerikaner haben erkannt, daß man, wenn man die Folgen nicht will, die Bedingungen ändern muß, aus denen solche Folgen entstehen, und die Verantwortung für die Millionen Hungernder schreibt uns vor, diese große Initiative nicht zu entmutigen. Die Pflicht aller demokratischen Sozialisten in jedem europäischen Lande ist unserer Ansicht nach diese Hilfe mit guten und stichhaltigen Argumenten zu begrüßen und zu dieser Hilfe zu sagen, wie sie sich auf das Europäertum und auf die spezielle Situation jedes europäischen Landes erstrecken sollte.

Diese amerikanische Hilfe zwingt die Völker Europas, sich untereinander anzunähern. Von großer Bedeutung wird dabei die Annäherung der Franzosen und der Deutschen sein. Kulturell und ökonomisch kann keines dieser beiden Länder auf die Dauer die Schwächung des anderen Landes ertragen, und das Verhältnis Frankreich-Deutschland ist nach der geschichtlichen Erfahrung der lebendige Gradmesser für das Leben der Ideen der Freiheit und der Menschlichkeit auf diesem Kontinent.

Nun hat General Marshall [der amerikanische Außenminister] erklärt, daß er nicht die Länder als Einzelobjekte mit orthodoxen und missionarischen Methoden des besonderen amerikanischen Kapitalismus finanzieren will. Nach Marshall soll Europa selbst mit amerikanischem Rat ein Aufbauprogramm unter Zustimmung möglichst vieler Staaten entwerfen. Auf lange Sicht gesehen ist dieser amerikanische Gedanke gut, denn er erzwingt die Aktivierung der europäischen Selbsthilfe. Aber als Hilfsaktion für den Augenblick ist es sehr schwer, erst die europäischen Möglichkeiten auszudiskutieren. Man wird sich da wohl mit der Findung einiger grundlegender Möglichkeiten begnügen müssen. Wir können ja nicht erst den Aufbau Europas vollenden, sondern wir müssen

jetzt sagen können, wo in Europa, in welchem Umfange die amerikanische Hilfe eingesetzt werden soll. (...)

Man darf auch nicht vergessen, daß bei den Pariser Besprechungen in diesen Tagen an dem runden Tisch ein leerer Stuhl steht. Deutschland ist bei diesen Besprechungen noch nicht vertreten, und gerade darum ist es vielleicht gut, wenn die deutschen Sozialdemokraten diesen Parteitag benutzen, um Europa und der Welt zu sagen: Wir haben keine Veranlassung, zudringlich zu sein. Wir haben keine Veranlassung, unser Schicksal vor das Schicksal anderer Völker zu stellen, aber wir haben nicht nur aus deutschem, sondern auch aus europäischem und weltbürgerlichem Verantwortungsbewußtsein die Verpflichtung, jetzt auf das Chaos in diesem Lande und die Notwendigkeit seiner Behebung hinzuweisen. Dieser Aufgabe soll dieser Parteitag dienen. (...)

[Referat gehalten auf dem Nürnberger Parteitag am 29. Juni 1947; zit. n.: Albrecht, Willy (Hrsg.): Kurt Schumacher. Reden-Schriften-Korrespondenzen 1945-1952, Berlin/Bonn 1985, S. 486-517, hier S. 488ff.]

Dokument 16

1950 Paul Löbe

Hamburger Parteitag: Die Diskussion über den Beitritt zum Europarat

„Genossinnen und Genossen! Die eindringlichen, tiefgründigen Ausführungen des Genossen Schumacher, die wohl jeder einzelne von uns als eine bewundernswerte geistige und körperliche Leistung empfunden hat - haben meine sachlichen Zweifel nicht erschüttern können.

Ich bin der Meinung, daß die deutsche Sozialdemokratie einen anderen Weg gehen muß, als ihn Schumacher uns empfahl. Ich will die Straße nach den Vereinigten Staaten von Europa gehen, auch durch den Rat von Straßburg.

Warum? Ich stimme der Kritik, die Genosse Schumacher an dem Rat geübt hat, in allem zu - ich fühle, daß die Siegermächte, die Franzosen, oder ein Teil von ihnen, etwas in das Projekt hineingeworfen haben von dem, an dem wir die alte Konstellation Sieger gegen Besiegte erkennen, statt eine europäische Gemeinschaft. Ich kenne die Mängel der Satzungen des Rates von Straßburg, und ich weiß, daß wir nur als assoziiertes, nicht als alliiertes Mitglied zunächst dort beitreten müssen. Trotzdem kann ich dem Schluß nicht zustimmen, den unser Freund Schumacher daran geknüpft hat. Wir werden diese Mängel, wir(d) [!] werden unsere Ausstellungen, unsere Beschwerden und unsere Forderungen mit ganz anderer Aussicht auf Erfolg anbringen können, wenn wir in der Korporation sitzen und sie nicht von draußen angehen, ohne drinnen mitsprechen zu können. (...) Die Vereinigten Staaten von Europa sind ein so hohes, so großes, sie sind das wichtigste Ziel der Gegenwart, daß wir uns auch durch Kinderkrankheiten, durch Geburtswehen, durch Fehler von Adenauer usw. nicht abhalten lassen wollen, diesem großen Ziel all unsere Kräfte zu weihen. (...)

Ich kann es aus all diesen Gründen nicht als ein Glück für die Partei ansehen, wenn wir diesen Weg beschreiten. (...) Und übersehen Sie eins nicht: Alle unsere Genossen in Europa stehen bittend vor uns: Kommt zu uns! Wir verstehen euch nicht. (...)

Das sind nur einige Argumente, die mich bewegen, Ihnen einen anderen Rat zu geben. Ich weiß, Kurt wird uns im Schlußwort ordentlich zerzausen; er wird uns für primitiv und mich vielleicht für leicht senil halten, aber, werter Genossen, ich habe zusammen mit Coudenhove, der trotz aller Fehler, die er später gemacht hat, doch der Pionier des Gedanken von dem vereinten Europa war, ein Jahrzehnt die deutsche Gruppe dieser Europavereinigung geführt. Ich bin nicht fähig, heute zu sagen: Solange es Propaganda war, solange es Theorie war, hast du an der Stelle gestanden. Ich möchte, (...), daß es keinen deutschen Wähler mehr gibt, der bezweifeln könnte, daß wir diesem Gedanken nicht nur theoretisch gedient haben, sondern daß wir unsere praktische Mitwirkung gezeigt haben bei der Schaffung einer besseren Zukunft Europas. (...)

[Protokoll der Verhandlungen des Parteitags der SPD vom 21. bis 25. Mai 1950 in Hamburg, o.o., o.J.]

Dokument 17

1953 Erich Ollenhauer, SPD-Parteivorsitzender Begründung der Ablehnung von EVG- und General- vertrag

„(...) Wir werden im Geiste von Kurt Schumacher handeln, wenn wir uns heute nicht nur die Etikette der Verträge, sondern noch einmal sehr gründlich den Inhalt der Verträge ansehen. Denn wir sind eben der Meinung – und ich möchte Ihnen das hier gerne in dieser letzten Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion zu den Verträgen entwickeln –, daß die Voraussetzungen, von denen die Sozialdemokratische Partei in dieser Diskussion seit Jahren und vor allem auch Dr. Kurt Schumacher immer wieder gesprochen hat, in den vorliegenden Verträgen nicht erfüllt sind und daß deshalb die Bundesrepublik dieses Vertragssystem nicht annehmen sollte. (...)

Die erste und entscheidende Frage ist nach unserer Auffassung die nach der Vereinbarkeit der Verträge mit der Aufgabe der Bundesrepublik, die Wiederherstellung der deutschen Einheit in Freiheit als das vordringlichste Ziel ihrer Politik zu betrachten.

Die Bundesrepublik hat nach unserer Meinung nicht das Recht, internationale vertragliche Verpflichtungen einzugehen, die die Wiederherstellung der deutschen Einheit erschweren oder verhindern. Niemand kann alle Folgen voraussehen, die die Annahme der Verträge durch die Bundesrepublik auslösen wird. Eines aber ist sicher: die Eingliederung der Bundesrepublik in das militärische Verteidigungssystem des Westens, wie sie durch den EVG-Vertrag erfolgt, kann nur zu einer Vertiefung der Spaltung Deutschlands führen. (...)

Die Mitarbeit der Bundesrepublik in einer solchen europäischen Sicherheitsorganisation, deren Verhältnis zur Atlantischen Verteidigungsgemeinschaft noch bestimmt werden kann, erscheint uns Sozialdemokraten unter folgenden Voraussetzungen möglich:

Unsere Situation als Bundesrepublik ist gegenüber allen freien europäischen Völkern einmalig. Unser Land ist gespalten. Die Wiedervereinigung Deutschlands ist die vornehmste nationalpolitische Aufgabe, und wir müssen immer wieder maximale Anstrengungen machen und von den Besatzungsmächten verlangen, die Voraussetzungen für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands durch ein Übereinkommen zu schaffen. Die vierte Besatzungsmacht Deutschlands ist die Sowjetunion. Wir können darum vertragliche Bindungen mit dem freien Westen nur bis zu der Grenze eingehen, die uns die Freiheit läßt, in der Frage der deutschen Einheit immer wieder und immer dann, wenn wir selbst es für notwendig halten, aktiv zu werden. In der Frage der deutschen Einheit können wir nicht Objekt der Politik der Vertragspartner sein.

Wir sind bereit zur Teilnahme an einem europäischen Sicherheitssystem auf der gleichen Basis der Souveränität und der Gleichberechtigung, die allen anderen Partnern zugebilligt wird. Das neue Europa wird entweder ein Europa der Freien und Gleichen sein, oder es wird nicht sein.

Die Einbeziehung der Bundesrepublik in ein europäisches Sicherheitssystem bedingt eine Strategie, die der Bundesrepublik Deutschland dasselbe Maß von Sicherheit gibt, das irgend ein anderer Partner der Gemeinschaft für sich beansprucht. Das bedeutet, daß die Sicherung der Grenzen der Bundesrepublik und die Sicherung von Berlin die gemeinsame anerkannte Aufgabe alle Vertragspartner sein muß.

Das europäische Sicherheitssystem muß auf der breitesten Basis zustande kommen, das heißt, es muß Großbritannien und Dänemark und Norwegen einschließen. Es muß eine Form der Zusammenarbeit gefunden werden, die auch Großbritannien akzeptieren kann. Der Effekt der gemeinsamen europäischen Verteidigung ist entscheidend, nicht die Form. Wir ziehen die Zusammenarbeit der europäischen Regierung dem supranationalen Prinzip der EVG vor, weil diese Zusammenarbeit größere reale Möglichkeiten schafft.

Schließlich, meine Damen und Herren, muß eine solche Verteidigungsgemeinschaft das besondere Problem der sozialen Sicherung der Bundesrepublik in Betracht ziehen. In der Bundesrepublik ist angesichts der Kriegsfolgen die soziale Sicherung der Demokratie gleichwertig im Verhältnis zu der militärischen Seite der Verteidigung. Nur ein sozial gesichertes Volk in der Bundesrepublik garantiert die notwendige moralische Verteidigungskraft, ohne die militärische Kraft nicht wirksam werden kann. (...)

Der Kampf geht weiter. Wir Sozialdemokraten werden ihn führen mit dem Ziel, an die Stelle der nach unserer Auffassung verfehlten Außenpolitik der Bundesregierung eine Politik der effektiven Sicherheit zu setzen, eine Politik der Rechtssicherheit, der sozialen Sicherheit im Innern und eine Außenpolitik, die unserem Volke in Gemeinschaft mit den anderen europäischen Völkern eine effektive Sicherheit gibt, ohne die Chancen für eine friedliche Wiedervereinigung Deutschlands zu zerstören. In diesem Geiste lehnt die sozialdemokratische Bundestagsfraktion die vorliegenden Verträge ab."

[Bundestagsrede anlässlich der dritten Beratung des EVG- und des Generalvertrags am 19. März 1953; Deutscher Bundestag, Stenographische Berichte, 255. Sitzung, 19. März 1953, S. 12317-12328, Auszüge]

Dokument 18

1957 Wilhelm Mellies

Erklärung der SPD-Bundestagsfraktion zur Begründung ihrer Zustimmung zu den Römischen Verträgen

„(...) Europäische Zusammenarbeit und Überwindung des politischen und wirtschaftlichen Nationalismus sind alte Grundgedanken sozialdemokratischer Politik. In den vergangenen Jahren haben wir jedoch oft feststellen müssen, daß nicht alles europäisch ist, was als europäisch angepriesen wird. Das eklatanteste Beispiel war die geplante Europäisierung der deutschen Saar. Wir haben auch immer prüfen müssen, wie sich vorgeschlagene Integrationsmaßnahmen der Bundesrepublik mit ihren westlichen Nachbarn für die Integration unseres geteilten Vaterlandes auswirken müßten. Den Versuchen militärischer und politisch-verfassungsrechtlicher Integration sind wir immer in der Überzeugung entgegengetreten, daß sie die Wiedervereinigung erschweren würden. Wir waren dabei weiter der Überzeugung, daß man auf Sand baue, wenn man eine größere europäische Einheit über die militärische und staatsrechtliche Konstruktion zu erreichen versuche. Wir sahen im Wirtschaftlichen, Sozialen und Kulturellen das weite und fruchtversprechendere Feld europäischer Politik.

Nachdem die Europäische Verteidigungsgemeinschaft und mit ihr die geplante politische Gemeinschaft gescheitert waren, haben in Messina die Regierungen der Montanunion-Staaten das Steuer herumgelegt. Man nahm Kurs auf gemeinsame und friedliche Nutzung der Atomenergie, man wandte sich ab von militärisch-politischen Projekten und hin zur Schaffung eines gemeinsamen Marktes. (...)

In dem Vertrag über die Europäische Atomgemeinschaft begrüßt die sozialdemokratische Fraktion das Bemühen, den Rückstand in der Entwicklung der Nutzbarmachung der Atomenergie unserer Länder durch gemeinsame Anstrengungen, durch gemeinsame Forschung und Investitionen aufzuholen. Das ausschließliche Eigentum der Gemeinschaft an dem spaltbaren Material erleichtert nach unserer Überzeugung die Kontrolle über den gefährlichen Brennstoff. (...)

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft darf nicht nur dem Abbau der Handelshemmnisse zwischen den sechs Staaten dienen. Sie muß auch eine aktive Wirtschaftspolitik zur Stabilisierung der Währungen, zur Ausweitung der Produktion, zur krisenfesten Vollbeschäftigung und stetigen Steigerung des Lebensstandards treiben. Dazu enthält der Vertrag Ansätze, die kräftig entwickelt werden müssen.

Die Aufnahme neuer Mitglieder und die Assoziierung anderer muß durch tätiges Handeln herbeigeführt werden. Die Erreichung der Ziele des Vertrags erscheint gefährdet, wenn die geplante Freihandelszone nicht zustande käme. Die gleiche Gefahr bestünde, wenn die Außenzölle der Gemeinschaft nach den protektionistischen Wünschen bestimmter Kreise in der Gemeinschaft entwickelt würden.

Wir Sozialdemokraten haben als erste in diesem Bundestag Wirtschaftshilfe für die Entwicklungsländer gefordert. Die Einbeziehung der überseeischen Gebiete der Mitgliedstaaten in den gemeinsamen Markt erweckte jedoch die Befürchtung, wir könnten mitverantwortlich werden oder scheinen für die Fortführung einer geschichtlich überholten Kolonialpolitik. (...)

Die Regierung eines wiedervereinigten Deutschlands soll gegenüber diesen Verträgen die Entscheidungsfreiheit haben. Wir bedauern jedoch, daß die Bundesregierung diesen Grundsatz nicht in den Vertragstext selbst aufnehmen wollen oder können. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion wird immer allen Tendenzen entgegentreten, eine engere Einheit mit unseren westlichen Nachbarn als einen Ersatz für die Befreiung der 17 Millionen Menschen in Mitteldeutschland durch die Wiedervereinigung in Freiheit anzusehen. Wichtige Gesetzgebungsbefugnisse des Parlaments gehen durch diese Verträge nicht etwa auf die Europäische Versammlung, sondern auf den Rat der Minister über. Es ist in der Ausschlußberatung gelungen, im Ratifikationsgesetz den Deutschen Bundestag und den Bundesrat in die Entwicklung der Politik einzuschalten, die die deutschen Vertreter im Rat befolgen sollen. Es bleibt aber eine der dringendsten Aufgaben für die Entwicklung dieser Verträge, der Europäischen Versammlung jene Kontrolle und Gesetzgebungsrechte zu sichern, deren sich die nationalen Parlamente der sechs Staaten jetzt begeben. [!]

Mit diesen Vorbehalten betrachten wir die Verträge als eine Grundlage, auf der weiter gebaut werden kann und muß. Wir können diese Verträge annehmen, weil ihr Inhalt trotz der schweren Mängel, die bei den Verhandlungen, zum Teil durch die Schuld der Bundesregierung, in die Verträge Eingang fanden, doch in entscheidenden Punkten unseren Zielen entspricht. Die Sozialdemokratische Partei wird mit ihren Bruderparteien daran arbeiten, daß dieses schwierige und für Europas Zukunft bedeutsame Werk mit friedlichem, mit sozialem und demokratischem Geist erfüllt wird. Mit dieser Zielsetzung geben wir dem Ratifikationsgesetz unsere Zustimmung.“

[Erklärung im Namen der SPD-Bundestagsfraktion anlässlich der zweiten und dritten Beratung des Gesetzes zu den Verträgen vom 25. März 1957 zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft im Deutschen Bundestag am 05. Juli 1957; Deutscher Bundestag, Stenographische Berichte, 224. Sitzung, 05.07.1957, S. 13347ff.]

Dokument 19

1959 Godesberger Grundsatzprogramm

„Internationale Gemeinschaft

Die größte und dringendste Aufgabe ist es, den Frieden zu bewahren und die Freiheit zu sichern.

Der demokratische Sozialismus ist immer von dem Gedanken der internationalen Zusammenarbeit und Solidarität erfüllt gewesen. In einer Zeit internationaler Verflechtungen aller Interessen und Beziehungen kann kein Volk mehr für sich allein seine politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Probleme lösen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands läßt sich von der Erkenntnis leiten, daß die kulturellen, wirtschaftlichen, rechtlichen und militärischen Aufgaben der deutschen Politik in enger Verbindung mit den anderen Völkern gelöst werden müssen. (...)

Die Vereinten Nationen müssen die allgemeine Weltorganisation werden, die sie ihrer Idee nach sein sollen. Ihre Grundsätze sollen allgemeinverbindlich sein. (...) Als Schritte auf dem Wege zu einer allgemeinen Abrüstung und zur Entspannung internationaler Beziehungen sind regionale Sicherheitssysteme im Rahmen der Vereinten Nationen aufzubauen. Das wiedervereinigte Deutschland soll mit allen Rechten und Pflichten Mitglied eines europäischen Sicherheitssystems werden.

Die wirtschaftliche Entwicklung drängt zur Zusammenarbeit der europäischen Staaten. Die Sozialdemokratische Partei bejaht diese Zusammenarbeit, die insbesondere dem wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt dienen muß. Regional begrenzte übernationale Gemeinschaften dürfen nicht zur Abschließung gegenüber der Außenwelt führen.

Die gleichberechtigte Zusammenarbeit und ein für alle Nationen offener Welthandel sind Voraussetzungen für das friedliche Zusammenleben. (...)”

[Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen auf dem außerordentlichen Parteitag in Bad Godesberg 1959; zit. n. Programmatische Dokumente der Deutschen Sozialdemokratie, hrsg. und eingel. von Dieter Dowe und Kurt Klotzbach, 3. überarb. und aktualisierte Aufl., hrsg. von Dieter Dowe, Bonn 1990, Dok. 23, S. 349-370, hier S. 367f.]

Dokument 20

1960 Herbert Wehner

Bekanntnis der SPD zur Westintegration

„(...) Der Regierende Bürgermeister von Berlin Willy Brandt hat vor einigen Tagen auf Berührungspunkte der Auffassungen der demokratischen Parteien hingewiesen, über die, wie er sich ausdrückte – und auch ich bin dieser Meinung –, es eigentlich keine Auseinandersetzungen bei uns in der Bundesrepublik zu geben brauchte. Ich nehme an, diese Berührungspunkte könnten, wenn man sich’s genau überlegt, als Aktivposten bei der außenpolitischen Bestandsaufnahme von allen Seiten eingebracht werden; (...). Das sind:

Erstens: Berlin muß beim Bund bleiben. Aus einer Zweiteilung Deutschlands darf keine Dreiteilung werden.

Zweitens: Das deutsche Volk und die Bundesrepublik haben sich gegen jede Diktatur und für die westliche Gemeinschaft entschieden, d.h. für eine enge Zusammenarbeit mit den westlichen Nachbarn und der freien Welt.

Drittens: Die verantwortungsbewußten Kräfte Deutschlands haben sich gegen jede Form des Kommunismus und gegen die sowjetische Deutschlandpolitik entschieden.

Viertens: Es muß alles getan werden, um das Leben und das Los der 17 Millionen Landsleute im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands zu erleichtern. Wir dürfen den Willen zur Selbstbestim-

mung in unserem Volk nicht erlahmen lassen und müssen uns ständig um neue Ansätze zur Lösung der deutschen Frage bemühen.

Fünftens: Nachdem Europa schon durch die Kommunisten gespalten ist, darf nicht dazu beigetragen werden, Europa noch einmal zu spalten. Vielmehr muß, soweit wir dazu etwas tun können, alles in die Wege geleitet werden, damit es in einer breiten Gemeinschaft zusammenarbeiten kann.

Sechstens: Bei aller Notwendigkeit, den Fragen der militärischen Sicherheit gerecht zu werden, muß die Bundesrepublik jede Anstrengung machen, um zur Sicherung des Friedens in der Welt beizutragen. (...)"

[Bundestagsrede anlässlich der außenpolitischen Debatte am 30.06.1960; Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 3. Wahlperiode, Stenographische Berichte, Bd. 46, Bonn 1960, S. 7052-7061, hier: S. 7055f.]

Dokument 21

1969 Willy Brandt, Bundeskanzler

Erklärung der EWG-Gipfelkonferenz in Den Haag

„I.

Wenn es gut stünde um Europa, hätten wir uns heute hier nicht getroffen. Wenn unsere Gemeinschaft bereits mit einer Stimme zu sprechen hätte, dann wäre unser Hauptthema die Außenpolitik: die Frage einer europäischen Friedensordnung, die Verhandlungen mit den Staaten Osteuropas, unsere Interessen angesichts des Konflikts im Nahen Osten.

Statt dessen wird Erfolg oder Mißerfolg unserer Konferenz mit Recht daran abgelesen werden, ob wir das Schiff der Europäischen Gemeinschaft wieder in ein freies Fahrwasser bringen. Konzentriert auf unsere engeren Probleme werden wir den notwendigen Entscheidungen nicht ausweichen können, damit unsere Mitbürger wieder verstehen, daß Europa mehr ist als eine Frage von Marktordnungen. Und damit die Jugend sieht, daß Europa mehr ist als die Erinnerung an eine düster-gloriose Vergangenheit. (...)

Die Verbindung, die wir miteinander eingegangen sind, soll unauflöslich sein und immer enger werden. Wenn wir die notwendige Harmonisierung erreichen wollen, müssen wir uns gegenseitig stützen, d. h. wir müssen praktisch Solidarität üben. Für die deutsche Bundesregierung erkläre ich, daß wir dazu bereit sind. Diese Bereitschaft wird von der Zustimmung unserer öffentlichen Meinung getragen. (...)

II.

Deshalb sage ich in allem Freimut: Der Deutsche Bundestag und die öffentliche Meinung meines Landes erwarten, daß ich von dieser Konferenz nicht ohne konkrete Vereinbarungen in der Frage der Erweiterung der Gemeinschaft zurückkehre. (...)

Erstens hat die Erfahrung gezeigt, daß das Hinausschieben der Erweiterung die Gemeinschaft zu lähmen droht.

Zweitens entspricht es den gemeinsamen Interessen, wenn die Gemeinschaft sich zu einer Zeit erweitert, in der wir uns um ein engeres Zusammenwachsen zwischen West und Ost bemühen.

Drittens muß die Gemeinschaft über den Kreis der Sechs hinauswachsen, wenn sie sich wirtschaftlich und technologisch neben den Giganten behaupten und ihrer weltpolitischen Verantwortung nachkommen will.

Ich zögere nicht, ein viertes Argument hinzuzufügen: Wer befürchtet, daß sich das wirtschaftliche Gewicht der Bundesrepublik Deutschland zum Nachteil der Ausgewogenheit innerhalb der Gemeinschaft auswirken könnte, der sollte auch deswegen für die Erweiterung sein.

Jedenfalls sage ich: Ohne England und die anderen beitragsbereiten Staaten kann Europa nicht werden, was es sein soll und was es sein kann. (...)

Ich schlage deshalb vor, die beitragswilligen Länder wissen zu lassen, daß wir es für möglich halten, im Frühjahr 1970 mit den Verhandlungen zu beginnen. (...)

IV.

Auch wenn wir hier im wesentlichen mit anderen Aufgaben beschäftigt sein werden, halte ich es für erwünscht, daß wir uns für die außenpolitische Zusammenarbeit zu einem neuen Versuch entschließen. Dies müßte mehr bedeuten, als bloß den Meinungsaustausch innerhalb der WEU wieder aufzunehmen und weiterzuführen. (...)

Ich schlage vor, daß wir die Außenminister beauftragen, einen Vereinbarungsentwurf für eine schrittweise Entwicklung der politischen Zusammenarbeit unter den Mitgliedstaaten unserer Gemeinschaft auszuarbeiten, und zwar in der Hypothese ihrer Erweiterung. (...)

V.

Die zunehmende Verflechtung der sechs Volkswirtschaften hat zugleich eine wachsende Abhängigkeit in der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung unserer Länder mit sich gebracht. Ökonomische Ungleichgewichte zwischen ihnen wirken sich heute unmittelbar und ohne größere Verzögerung auf die Gesamtentwicklung der Gemeinschaft aus. Inflationäre Tendenzen in einem Lande bedrohen rasch die Stabilität im anderen und das Gleichgewicht innerhalb der Gemeinschaft. Dies führt zu Verzerrungen und Beschränkungen im Güter-, Leistungs- und Kapitalverkehr; der Gemeinsame Agrarmarkt wird gefährdet. Durch diese Entwicklung kann die Gemeinschaft insgesamt Schaden leiden. Diese Gefahr ist nur abzuwenden, wenn wir auf dem Wege zu einer Gemeinschaft des Wachstums und der Stabilität rascher vorankommen. (...)

Wir sollten im übrigen versuchen, uns ein zeitliches Ziel zu setzen für die Errichtung der Wirtschafts- und Währungsunion im Sinne einer weltoffenen Stabilitätsgemeinschaft. Ich schlage vor, daß sich der Rat dieser wichtigen Frage annimmt und gebeten wird, in enger Zusammenarbeit mit der Kommission die Stufen eines derartigen Planes im einzelnen auszuarbeiten und diesen Stufenplan im Laufe des Jahres 1970 zu verabschieden. (...)

VII.

Wenn vom Ausbau der Gemeinschaften die Rede ist, muß ich auch ein Wort über die Institutionen sagen. Auf ihr vertragsgemäßes Funktionieren sind wir angewiesen. Das wird sich in der Phase der Erweiterung erst recht zeigen. Ich schlage vor,

- die Arbeitsweise des Rats zu straffen,
- die exekutiven Aufgaben der Kommission sachbezogen auszubauen und
- die Befugnisse des Europäischen Parlaments, vor allem durch die Haushaltskontrolle, zu erweitern.

Die Struktur der Gemeinschaft muß mit den Grundsätzen der parlamentarischen Kontrolle in Einklang gebracht werden. Dabei darf man auch den im Vertrag festgelegten Grundsatz der unmittelbaren Wahl nicht aus dem Auge verlieren.

VIII.

Diesen Darlegungen zur Haltung meiner Regierung möchte ich nur noch hinzufügen, daß wir zwischen einem mutigen Schritt nach vorn und einer gefährlichen Krise zu wählen haben. Ich sage hier nichts anderes als bei mir zu Hause: Die Völker Europas warten und drängen darauf, daß die Staatsmänner der Logik der Geschichte den Willen zum Erfolg an die Seite stellen. Europa braucht unseren Erfolg. (...)

Weltpolitisch sollte unsere sich festigende und erweiternde Gemeinschaft ein doppeltes Ziel verfolgen: Durch Vereinigung seiner Ressourcen soll sie Europa instand setzen, sich wirtschaftlich, wissenschaftlich und technisch neben den Supermächten zu behaupten und dadurch seine Identität zu bewahren. Zugleich soll sie Europa befähigen, kraftvoll an der großen Aufgabe mitzuwirken, die den Industrieländern immer dringlicher gestellt wird: der Entwicklungspolitik. Wir können unseren Idealen – dem Frieden und der Menschlichkeit – keinen besseren Dienst leisten.”

[Erklärung vom 01.12.1969; zit. n. Bundeskanzler Brandt. Reden und Interviews (I), hrsg. v. Presse- und Informationsdienst der Bundesregierung, Meldungen 1971, S. 63-69, Auszüge]

Dokument 22

1975 Orientierungsrahmen „85“

„Weltpolitik und Weltwirtschaftspolitik, Europa

(...) Von diesem Ausgangspunkt her müssen wir für die Lösung national nicht mehr zu bewältigender Fragen systematischer und intensiver als bisher Instrumente der internationalen Kooperation und Koordination entwickeln. Vor allem aber müssen wir den Prozeß der politischen Einigung Europas mit Nachdruck und Ausdauer weiterführen. Die Notwendigkeit europäischer Lösungen besteht auch hinsichtlich der gerechteren Gestaltung der inneren Gesellschaftsordnung im Sinne des demokratischen Sozialismus.

Unsere Politik der Reformen muß daher auch auf Europa ausgerichtet sein. Dies setzt zugleich voraus, daß die Kräfte des demokratischen Sozialismus in Europa und ihre Verbündeten endlich eine gemeinsame Politik für Europa entwickeln. Die deutsche Sozialdemokratie hat dabei eine besondere Verpflichtung.”

[Peter von Oetzen/Horst Ehmke/Herbert Ehrenberg (Hrsg.); Orientierungsrahmen '85. Text und Diskussion, bearb. v. Heiner Lindner, Bonn-Bad Godesberg 1976, S. 16]

Dokument 23

1978 Helmut Schmidt, Bundeskanzler

Regierungserklärung zur Errichtung des Europäischen Währungssystems

„(...) Im Sommer hatten wir auf einer Sitzung des Europäischen Rates in Bremen die Grundzüge für ein System erörtert, das zu einer Zone der Währungsstabilität in Europa führen soll. Nach vielfältigen Arbeiten der letzten Wochen und Monate haben alle neun Mitgliedstaaten gestern in Brüssel gemeinsam beschlossen, dieses System zum 1. Januar 1979 einzuführen. Die Texte sind heute nacht veröffentlicht worden und werden alsbald auch dem Bundestag zur Verfügung stehen.

Dieses Europäische Währungssystem hat, wie ich schon sagte, das Ziel, ein höheres Maß an Währungsstabilität herbeizuführen, und dies sowohl zwischen den einzelnen Währungen als auch für jede einzelne Währung nach innen. Man kann sagen, es sei ein grundlegendes Element in einem umfassenderen Konzept, das auf nachhaltiges Wachstum in Preisstabilität, auf eine schrittweise Rückkehr zur Vollbeschäftigung und auf Verringerung regionaler Disparitäten gerichtet ist.

Dieses gemeinsame Währungssystem wird die wirtschaftspolitische Konvergenz innerhalb der Gemeinschaft erleichtern und dem Prozeß der Europäischen Union Impulse geben. Wir erwarten aber auch, daß dieses System eine stabilisierende Wirkung ausüben wird auf die internationalen über die Grenzen der Gemeinschaft hinaus gerichteten Wirtschafts- und Währungsbeziehungen.
(...)

Zur Bewertung will ich darauf hinweisen, daß sich, als vor 21 Jahren die Römischen Verträge geschlossen wurden, natürlich niemand der damals beteiligten verhandlungsführenden Personen noch eines der ratifizierenden Parlamente vorgestellt hat, daß sich die Währungen der sechs Staaten, die sich damals zu einem Gemeinsamen Markt zusammengeschlossen hatten, von Tag zu Tag würden gegeneinander verschieben können, sondern man ist bei Begründung des gemeinsamen Marktes von der selbstverständlichen Voraussetzung fester Wechselkurse innerhalb des Marktes ausgegangen (...). Das unvorhergesehene und bei der Konstruktion des Gemeinsamen Marktes nicht berücksichtigte Auseinanderfallen der Währungen hat eine Reihe von Gefährdungen ausgelöst. Wir haben mit dem – mit dem für den Nichthistoriker kaum noch verständlichen Wort »Schlange« bezeichneten – Währungsverbund versucht, dem entgegenzutreten. Das ist innerhalb einer kleineren Zahl von Gemeinschaftsländern auch möglich gewesen. Diejenigen, die an diesem Währungsverbund, »Schlange« genannt, nicht teilgenommen haben, sind dabei nicht nur glücklich gefahren.

Man kann die negativen Erfahrungen mit dem Auseinanderdriften der europäischen Währungen am besten belegen, wenn man sich die Statistik anschaut und sieht, wie seit den Währungsunruhen, die seit 1973/74 besonders kräftig geworden sind, der innergemeinschaftliche Wirtschaftsaustausch gegenüber dem außenwirtschaftlichen Austausch außerhalb der Gemeinschaft relativ zurückgeblieben ist. (...) Dadurch drückt sich eine quantitativ ins Gewicht fallende Desintegration auf Grund der Währungsverschiedenheiten aus. (...)

[Regierungserklärung im Deutschen Bundestag am 6. Dezember 1978; Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 8. Wahlperiode, Stenographische Berichte, Bonn 1978/79, S. 9485-9489, Auszüge]

Dokument 24

1978 Programm für die Direktwahl des Europäischen Parlaments

„Mehr Rechte für das Europäische Parlament

Der Einigungsprozeß und die Demokratisierung haben sich langsamer vollzogen, als bei der Gründung der Gemeinschaft erwartet wurde. Die SPD erstrebt den Ausbau des europäischen Einigungswerkes und die Demokratisierung seiner Institutionen, auch wenn die weitere Fortentwicklung der Europäischen Gemeinschaft nur unter Achtung der eigenständigen Positionen der Länder und Parteien möglich ist.

Ein stärkeres Europäisches Parlament ist die Voraussetzung für ein demokratisches Europa. Als erster Schritt zur Demokratisierung ist die Direktwahl des Europäischen Parlaments unabdingbar.

Mit dieser Direktwahl verbinden wir Sozialdemokraten die Forderung nach mehr Rechten für das Europäische Parlament:

Das Parlament muß insbesondere das Recht erhalten, die Ausführung aller Gemeinschaftsrechtsakte und die Politik der EG-Kommission zu kontrollieren. Ihm muß über das bestehende Recht, den Haushalt als ganzen abzulehnen, ein Abänderungsrecht für alle Einzelpositionen des Haushalts zuerkannt werden.

Das Parlament muß das Recht der Gesetzesinitiative und der Gesetzgebung erhalten; es muß die Mitglieder der Kommission auf Vorschlag des Rates einsetzen und ihnen das Mißtrauen aussprechen können.

Alle Vertragsweiterungen bedürfen der Zustimmung des Parlaments.

Wir Sozialdemokraten fordern, daß die Stellung des Parlaments gegenüber dem Rat gestärkt wird. Gleichzeitig soll der Rat zum vertraglich vorgesehenen Prinzip der Mehrheitsentscheidungen zurückkehren. Einzelheiten der Rechtsetzung, die nicht Grundsatzfragen darstellen, sollen an die Kommission zur Entscheidung delegiert werden.

Der Europäische Rechnungshof muß das Parlament bei der Kontrolle der Ausführung des EG-Haushalts unterstützen und hierüber berichten. Ihm obliegt die Prüfung der Haushaltsführung nach den Gesichtspunkten von Richtigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit.

Der Schutz der Bürger in der Gemeinschaft

Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit innerhalb der Europäischen Gemeinschaft erfordern die Schaffung eines Europäischen Rechtsraums. Der Gemeinschaftsbürger muß erwarten können, in den Fragen, die sein tägliches Leben berühren, überall gleiche oder doch wenigstens annähernd gleiche Rechte vorzufinden.

Dies gilt insbesondere für das *Arbeits- und Sozialrecht*. Europäische Regelungen zur Bekämpfung des Verbrechens, insbesondere des Terrorismus, sind ein wichtiger Schritt. Sie reichen jedoch nicht aus, um den Europäischen Rechtsraum auszufüllen, der den Bürgern der Gemeinschaft auf allen Gebieten mehr Rechtsgleichheit und Rechtssicherheit geben soll.

Besonders wichtig ist der Ausbau der *Rechte des Verbrauchers*. Hierzu gehört die Schaffung von Rechtsberatungsstellen, die Vereinfachung der Verfahren, die Zulassung von Kollektivklagen. Ein Hauptanliegen des Verbraucherschutzes ist der Ausbau der Produzentenhaftung. Sie muß eine vom Verschulden unabhängige Haftung für Personen- und Sachschäden einführen. Haftungsbeschränkungen sollen ausgeschlossen werden.

Datenschutz kann national nicht mehr garantiert werden. Deshalb fordern wir ein europäisches Datenschutzrecht, das den Gemeinschaftsbürger vor Datenmißbrauch schützt.

Der *Wirtschafts- und Sozialausschuß* wird so weiterentwickelt, daß er wirtschafts- und strukturpolitische Aufgaben übernehmen kann. Er muß sich paritätisch aus Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zusammensetzen. (...)“

[Beschlossen auf dem Europa-Parteitag in Köln am 10.12.1978; zit. n.: Lippens, Walther (Hrsg.): 45 Jahre Ringen um die Europäische Verfassung. Dokumente 1939-1984. Von den Schriften der Widerstandsbewegung bis zum Vertragsentwurf des Europäischen Parlaments, Bonn 1986, Dok. 131, S. 647ff.]

Dokument 25

1986 Hans-Jochen Vogel, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Zur Einheitlichen Europäischen Akte

„(...) Es gibt zahlreiche Felder, auf denen unsere politischen Positionen einander deutlich gegenüberstehen. Die Europapolitik ist eines der Felder, auf denen wir wenigstens in der Zielsetzung übereinstimmen, darin nämlich, daß der Prozeß der europäischen Einigung so lange voranschreiten muß, bis wir die Europäische Union tatsächlich verwirklicht haben. Trotz aller Fortschritte, die die Europäische Gemeinschaft seit Inkrafttreten der Römischen Verträge gemacht hat, sind wir von diesem Ziel noch immer weit entfernt.

Gewiß, die Gemeinschaft umfaßt heute zwölf Länder mit 320 Millionen Einwohnern; ihr Bruttonationalprodukt ist höher als das der Vereinigten Staaten von Amerika und bei weitem höher als das der Sowjetunion. Wäre die Gemeinschaft bereits eine wirkliche Union, stünde sie in der Staatengemeinschaft der Welt nach der Einwohnerzahl hinter China und Indien an der dritten Stelle der Weltrangliste und nach ihrer Wirtschaftskraft sogar an der ersten Stelle.

Ihr politisches Gewicht bleibt heute indes deutlich hinter dem zurück, was diese Zahlen als möglich erscheinen lassen. Nach wie vor sind wir von den Schwankungen des Dollarkurses abhängiger, als wir sein müßten, wenn wir schon eine einheitliche europäische Währung hätten.

Nach wie vor bleibt unser Einfluß auf die weltpolitische Entwicklung spürbar hinter dem zurück, den wir nehmen könnten, wenn wir wirklich mit einer Zunge sprächen. Nach wie vor verhandeln die Supermächte in Genf vor allem über unser Schicksal, ohne daß Europa mit am Tisch als Partner dieser Gespräche säße. Wir haben auch die Möglichkeiten noch nicht ausgeschöpft, die sich schon jetzt in der Gemeinschaft bieten. Der einheitliche Binnenmarkt besteht nur auf Teilgebieten. Die Mittel der Gemeinschaft werden im Übermaß, zu über 75%, für eine Agrarpolitik beansprucht, deren Ergebnisse von Jahr zu Jahr unsinniger erscheinen. Gemeinschaftliche Anstrengungen zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit in Europa kommen schon wegen der übermäßigen Konzentration der finanziellen Ressourcen auf die Agrarpolitik über bescheidene Anfänge nicht hinaus. (...)

Ähnliches, meine sehr verehrten Damen und Herren, gilt für die gemeinschaftlichen Anstrengungen auf dem Gebiet der Sozialpolitik, der Regionalpolitik, der Technologiepolitik und des Umweltschutzes. Auch eine effiziente gemeinschaftliche Sicherheitspolitik existiert noch nicht in ausreichendem Maße, wenn auch erfreulicherweise in der Diskussion gewisse Fortschritte zu erkennen sind.

Vor allem entbehrt das Europäische Parlament nach wie vor der Mitwirkungs- und Entscheidungsrechte, die für nationale Parlamente ganz selbstverständlich sind. Dieses Europäische Parlament ähnelt – dies ist kein Wort der Kritik an den Mitgliedern des Parlaments – insoweit eher den konsultativen Körperschaften des Vormärz im letzten Jahrhundert als einer Volksvertretung modernen Zuschnitts. Die Völker der Gemeinschaft sind sich dieser Defizite durchaus bewußt. (...)

Das Europäische Parlament hat diese Gefahren erkannt. Der vom Parlament vorgelegte Entwurf eines Vertrages zur Schaffung einer Europäischen Union, der sogenannte Spinelli-Entwurf, ist ein kühner Versuch, die Verkrustungen zu durchbrechen. Wir sind bereit, an seiner Verwirklichung mitzuarbeiten. Deshalb haben wir Sozialdemokraten – wenn ich richtig sehe, als erste Fraktion in diesem Hause – eine positive Stellungnahme zu diesem Entwurf abgegeben. (...)

Was er [Bundeskanzler Helmut Kohl] uns jetzt unter dem anspruchsvollen Titel Einheitliche Europäische Akte zur Ratifizierung vorlegt, bleibt weit hinter diesen Ankündigungen zurück. Es bewegt sich an der untersten Grenze des Akzeptablen. Das sind die Hauptmängel des Vertragswerkes: Erstens. Die vorgesehene Frist für die Schaffung des Binnenmarktes ohne Grenzen bis 1992 hat nur deklaratorische Bedeutung. Ihre Überschreitung bleibt rechtlich folgenlos. Für besonders wichtige Gebiete, nämlich den Abbau der Wettbewerbsverzerrungen und für die Steuerharmonisierung, gilt auch weiterhin das Einstimmigkeitsprinzip.

Zweitens. Die Währungsunion wird zwar als Ziel genannt. Die bestehenden nationalen Zuständigkeiten werden aber nicht angetastet und angepaßt, sondern ausdrücklich respektiert. Also auch die Zuständigkeit der Deutschen Bundesbank, die bekanntlich der Währungsunion von allen in Betracht kommenden Stellen am stärksten widerspricht. Also wird auch hier alles beim alten bleiben.

Drittens. Auf dem Gebiet der Forschung und der Technologie bleibt Eureka außerhalb der Europäischen Gemeinschaft. Im Bereich der Umweltpolitik wird das Einstimmigkeitsprinzip festgeschrieben. Außerdem wird die gemeinschaftliche Umweltpolitik ausdrücklich dahin eingeschränkt, daß sie sich nicht auf die einzelstaatliche Politik der Nutzung der Energieressourcen auswirken darf. Vor allem aber ist die Funktion des Europäischen Parlaments kaum gestärkt worden. An rechtssetzenden Entscheidungen, also an dem, was bei uns die Gesetze oder zustimmungsbedürftige Verordnungen sind, ist das Europäische Parlament so wie bisher nur geringfügig oder gar nicht beteiligt. Die Europäisierung einer Aufgabe, also ihre Überführung aus dem nationalen Bereich auf die europäische Ebene, bedeutet also gleichzeitig eine Entdemokratisierung, eine Entparlamentarisierung. Denn was der Bundestag und die nationalen Parlamente an Zuständigkeiten verlieren, geht nicht auf das Europäische Parlament, sondern auf den Ministerrat, also auf die Exekutive, über. Jede Überleitung ist also gleichzeitig eine Art Ermächtigungsgesetz, nicht im schlimmen Sinne der 30er Jahre, sondern im Sinne der Einschränkung der Rechte der Volksvertretung. Das ist ein undemokratischer und unparlamentarischer Vorgang. (...)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, meine Fraktion hat die Vor- und Nachteile des Vertragswerks sorgfältig abgewogen. Wir sind dabei zu dem Ergebnis gelangt, daß ein Nein das europapolitische Gewicht der Bundesrepublik schwächen und den Einigungsprozeß mehr behindern als fördern würde. Wir verkennen auch die – allerdings, wie wir meinen, geringen – Fortschritte nicht, die sich aus dem Vertragswerk bei richtiger Handhabung ergeben können. Deshalb stimmt meine Fraktion dem Ratifizierungsgesetz zu. (...)

Wir wollen – so wiederhole ich – als Sozialdemokraten keinen Stillstand in Europa. Wir wollen den europäischen Fortschritt. Denn wir sagen, daß dieses Europa noch immer eine weltumspannende Aufgabe hat. Europa kann auf die weltpolitische Entwicklung ausgleichend und mäßigend einwirken. Europa kann helfen, Hunger und Elend in der Welt zu überwinden. Europa kann auch Konfrontation mildern und Zusammenarbeit voranbringen. Europa hat mit den Vereinigten Staaten von Amerika die Überzeugung gemeinsam, wie eine Gesellschaft demokratisch und rechtsstaat-

lich verfasst sein soll und wo die Grenze staatlicher Macht gegenüber dem Individuum und seinen Rechten verlaufen sollte. Aber dieses Europa teilt mit der Sowjetunion und den Völkern Osteuropas die Erfahrung, was es bedeutet, wenn das eigene Land vom Krieg überzogen und verwüstet wird. (...)

Um diese Aufgabe, die ich hier umreiße, zu erfüllen, muß Europa nicht zur Supermacht werden. Es muß nur sein wirtschaftliches Gewicht, seine geistigen Traditionen und seine geschichtlichen Erfahrungen einbringen, Erfahrungen, die es im Laufe von mehr als 2000 Jahren auch aus Fehlern und aus blutigen Tragödien gewonnen hat. Zur Erreichung dieser Einheit müssen wir, wenn dieses Ratifizierungsgesetz verabschiedet ist, unverzüglich einen neuen und drängenden Anlauf nehmen. Ich danke Ihnen."

[Bundestagsrede anlässlich der zweiten Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Einheitlichen Europäischen Akte; Deutscher Bundestag, 10. Wahlperiode. Stenographische Berichte, 246. Sitzung, 5. 19719-19721, Auszüge]

1989 – heute .. die Europäische Union und die Zukunft

Dokument 26 1989 Berliner Grundsatzprogramm

„Europäische Gemeinschaft und europäische Friedensordnung

Die Vereinigten Staaten von Europa, von den Sozialdemokraten im Heidelberger Programm 1925 gefordert, bleiben unser Ziel. Die demokratischen Staaten müssen ihre Kräfte bündeln, um sich selbst zu behaupten, aber auch, um auf eine gesamteuropäische Friedensordnung hinzuwirken.

Die Europäische Gemeinschaft ist ein Baustein einer regional gegliederten Weltgesellschaft. Sie ist eine Chance für den Frieden und die soziale Demokratie. Ganz Europa muß eine Zone des Friedens werden. Die Europäische Gemeinschaft soll durch eine gemeinsame Außenpolitik dem Frieden dienen, ihren Völkern in den internationalen Beziehungen mehr Gewicht verleihen und der Konfrontation der Weltmächte entgegenwirken. Die historische Perspektive der EG liegt nicht darin, eine eigene Vormachtrolle zu übernehmen. Statt in militärischer Stärke findet sie ihre Identität als weltweit gefragter Partner für Handel und Industrie, für Technik und Wissenschaft, für eine intakte Umwelt und eine dauerhafte Entwicklung der Dritten Welt. Sie muß auch bereit sein, alle Demokratien Europas als Mitglied aufzunehmen und vielfältige Formen enger Kooperation mit allen Ländern Osteuropas anzubieten, um damit die Spaltung Europas zu überwinden.

Die Europäische Gemeinschaft muß durch partnerschaftliche Politik gegenüber dem Süden ein Stück historischer Schuld der europäischen Kolonialmächte und gegenwärtiger Schuld an ungeordneten Wirtschaftsbeziehungen abtragen. Sie muß daher Länder und Kräfte des Südens in ihrem Streben nach eigenständiger, selbstbestimmter Entwicklung unterstützen und auf eine gerechte Weltwirtschaftsordnung hinarbeiten.

Wir wollen die Europäische Gemeinschaft zu den Vereinigten Staaten von Europa weiterentwickeln, in denen die kulturelle Identität der Völker bewahrt, sprachlich-kulturelle Minderheiten respektiert und für alle Bürger gleiche Freiheiten und gleiche Entwicklungschancen gesichert werden. Dies verlangt volle Rechte für das Europäische Parlament, eine handlungsfähige, parlamentarisch verantwortliche Regierung, klar umrissene Zuständigkeiten und europäische Wirtschaftsdemokratie. Wir wollen eine sozialstaatliche Ordnung in ganz Europa.

Unser Ziel ist eine gesamteuropäische Friedensordnung auf der Grundlage gemeinsamer Sicherheit, der Unverletzlichkeit der Grenzen und der Achtung der Integrität und Souveränität aller Staaten in Europa. Alle europäischen Staaten haben sich vertraglich zu verpflichten, die Prinzipien der Schlußakte von Helsinki zu verwirklichen. (...)

Die Europäische Gemeinschaft als regionaler Zusammenschluß

Der Aufbau einer gerechten, demokratisch legitimierten Ordnung der Weltwirtschaft wird durch regionale Zusammenschlüsse gefördert. Wo Länder ihre Kräfte und Interessen bündeln und abstimmen, schaffen sie Bausteine für eine bessere Weltwirtschaftsordnung. Die Europäische Gemeinschaft eröffnet Handlungsspielräume. Sie bietet die Chance der Selbstbehauptung und Beeinflussung des Weltmarktes. Sie muß zu einem einheitlichen Wirtschafts-, Währungs- und Sozialraum zusammenwachsen.

Die Europäische Gemeinschaft soll

- die Wirtschaftspolitik ihrer Mitglieder harmonisieren, europäischen Binnenmarkt verwirklichen und eine europäische Währung schaffen;
- aktive Beschäftigungspolitik betreiben und regionale Ungleichgewichte abbauen;
- einen wirksamen Finanzausgleich zwischen reichen und armen Mitgliedsländern der Gemeinschaft leisten;
- der Sozialpolitik den gleichen Rang geben wie der Wirtschaftspolitik;
- beispielhafte soziale Errungenschaften einzelner Länder für die ganze Gemeinschaft nutzbar machen;
- die Mitbestimmung der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften durchsetzen;
- die europäische Wirtschaftsdemokratie verwirklichen, um ökonomischer Machtzusammenballung entgegenzuwirken;
- in Wissenschaft und Forschung die Kräfte aller Mitglieder zusammenfügen;
- eine wirksame Frauenförderung einleiten;
- ökologische Erneuerungen durch Steuern, Abgaben und strenge, verbindliche Normen zum Schutz der Umwelt fördern;
- durch Reform ihrer Agrarpolitik die natürlichen Lebensgrundlagen schützen, Verbraucherinteressen und die bäuerliche Landwirtschaft sichern;
- durch die Förderung regionaler und nationaler Kultur eine europäische Identität der Vielfalt sichern. (...)”

[Beschl. vom Programmparteitag in Berlin 1989, zit. n.: Programmatische Dokumente der Deutschen Sozialdemokratie, hrsg. und eingel. v. Dieter Dowe und Kurt Klotzbach, 3. überarb. und aktualisierte Aufl., hrsg. v. Dieter Dowe, Bonn 1990, Dok. 24, S. 371-445, hier S. 386f. und 421f.]

Dokument 27

1990 Leipziger Grundsatzprogramm der SPD in der DDR

„Für ein friedliches Zusammenleben in Deutschland, in Europa und in der ganzen Welt“

Europa ist im Umbruch. In dieser Situation müssen die Völker unseres Kontinents eine politische, wirtschaftliche und soziale Ordnung aufbauen, die ihnen ein friedliches und gleichberechtigtes Zusammenleben, ja das Überleben angesichts wachsender regionaler und globaler Umweltprobleme ermöglicht.

Die Deutschen haben, wie alle Völker, ein Recht auf Selbstbestimmung. Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen wollen, daß Deutschland in friedlicher und freiheitlicher Form neu vereinigt wird. Im Zusammenwirken mit unseren Nachbarn und den Alliierten soll ein föderativer deutscher Staat entstehen, der demokratisch verfaßt und den europäischen antifaschistischen Traditionen verpflichtet ist. Der deutsche Einigungsprozeß soll in den Prozeß der europäischen Integration eingeordnet sein und die Spaltung unseres Kontinents überwinden helfen.

Die für Deutschland als ganzes und für Berlin bestehenden Vorbehaltsrechte der Vier Mächte müssen abgelöst werden durch einen Friedensvertrag, der zugleich Baustein einer europäischen Friedensordnung ist. Ein in den gegenwärtigen Grenzen neuvereintes Deutschland, das die 1950 festgelegte Westgrenze Polens garantiert, soll in der europäischen Völkerfamilie Ausgleich und Verständigung fördern. Uns verbindet mit den Völkern Osteuropas eine gemeinsame historische Erfahrung. Deshalb treten wir dafür ein, daß die aus dem Demokratisierungsprozeß erneuert hervorgegangenen osteuropäischen Staaten bei entsprechendem Wunsch baldmöglichst wie wir Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft werden.

Mit der deutschen und der europäischen Einigung verbunden ist die Demilitarisierung und schließliche Auflösung der Blöcke. Durch radikale Abrüstung und militärische Umstrukturierung ist ein neues europäisches Sicherheitssystem zu schaffen, in dem die verbleibenden Streitkräfte nicht mehr angriffs-, sondern nur noch verteidigungsfähig sind. Die Prinzipien der Schlußakte von Helsinki, die KSZE und der Europarat liefern die Grundlage und den Rahmen für diesen Prozeß. Wir erstreben eine gesamteuropäische Friedensordnung auf der Basis gemeinsamer Sicherheit, der Unverletzlichkeit der Grenzen und der Achtung der Integrität und Souveränität aller Staaten in Europa. Diese Ordnung kann nur gemeinsam, in partnerschaftlichem Bemühen errichtet werden. In ihr wird das deutsche Volk einen gleichberechtigten Platz haben.

Ziel sozialdemokratischer Politik ist ein europäischer Staatenbund mit durchlässigen Grenzen, in dem Freiheit, Demokratie und soziale Gerechtigkeit verwirklicht sind. (...)“

[Beschlissen vom Parteitag der SPD in der DDR in Leipzig 25. Februar 1990, zit. n.: Programmatische Dokumente der Deutschen Sozialdemokratie, hrsg. und eingel. v. Dieter Dowe und Kurt Klotzbach, 3. überarb. und aktualisierte Aufl., hrsg. v. Dieter Dowe, Bonn 1990, Dok. 25, S. 447 - 490, hier S. 489f.]

Dokument 28

1992 Heidemarie Wieczorek-Zeul

Zum Vertrag von Maastricht

„(...) Am Beginn dieser Europadebatte steht unser Bekenntnis zu den Grundsätzen der Aufklärung, die für Europa Verpflichtung sind: der prinzipiellen Gleichheit und der Würde aller Menschen, gleich welcher Nationalität; steht unser Bekenntnis zu Freiheit, Gleichheit, Geschwisterlichkeit. (...)“

Deshalb richten wir uns gerade am Tag der Ratifizierung des Maastrichter Vertrages an die Menschen anderer Nationalität in Deutschland und an unsere europäischen Nachbarn und sagen ihnen mit den Worten Willy Brandts: »Wir wollen ein Volk der guten Nachbarn sein, im Innern und nach außen.« Wir schämen uns der feigen Mörder und Gewalttäter. Sie zerstören mit ihren schrecklichen Taten die Substanz und die Grundlage menschlichen Zusammenlebens und das Ansehen unseres Landes. (...)

Ob die stärkere Einbindung der Deutschen in Europa auf diesem gewalttätigen, primitiven Nationalismus nach innen Einfluß haben wird, weiß ich nicht. Aber ich weiß: Sollte die europäische Integration zurückfallen oder gar scheitern und Deutschland sich selbst überlassen bleiben, würde der alte Ungeist wieder im großen Umfang gesellschafts- und politikfähig werden. Die europäische Integration ist auch ein Anker für die politische Stabilität Deutschlands.

Dies ist der Hauptgrund, warum viele in meiner Fraktion, die Maastricht durchaus kritisch sehen, dem Vertrag und den notwendigen Verfassungsänderungen zustimmen werden. Unsere Fraktion macht mit der Ratifizierung des Maastricht-Vertrages deutlich: Deutschland ist ein verlässlicher Partner. Wir wollen klar und deutlich machen: Europa hat zur deutschen Einheit ja gesagt; wir sagen ja zur europäischen Einigung. (...)

Wenn wir heute den Maastricht-Vertrag ratifizieren, signalisieren wir nicht nur, daß wir uns einbinden wollen, sondern wir signalisieren – an die Adresse unserer dänischen und ebenfalls an die unserer englischen Nachbarn – auch: Wir wollen kein Kleineuropa und kein Europa der zwei Geschwindigkeiten. Das Votum des Deutschen Bundestages heute sollte in Dänemark und in Großbritannien so verstanden werden, daß wir wollen, daß sie mit zur Europäischen Union gehören. Wir möchten sie ermutigen, den Schritt mit uns gemeinsam zu tun und »Maastricht« zu ratifizieren.

Maastricht ist – die Präambel macht es deutlich – ein Zwischenschritt auf dem Weg zu einem vereinten Europa. Wenn wir dem Vertrag heute zustimmen, dann stimmen wir beidem zu: dem Vertrag, wie er vor uns liegt, aber auch dem Ziel einer immer engeren Integration. Dies machen wir (...) durch die Einfügung eines Europaartikels in unsere Verfassung deutlich.

Es muß deutlich werden, liebe Kolleginnen und Kollegen, daß nur ein stärker miteinander verbundenes Europa die weltwirtschaftlichen Herausforderungen der nächsten Jahre bestehen und seine eigenen sozialen Traditionen und die Ziele einer ökologischen Marktwirtschaft bewahren und entwickeln kann. Der zunehmende Wettbewerb und der wachsende Austausch mit anderen Wirt-

schaftsregionen in Amerika und Asien bleiben für Europa nicht ohne Folgen, das gilt auch für unsere sozialen Traditionen. (...)

Die Diskussion über Maastricht hat gezeigt: Die Menschen haben Angst vor dem Verlust ihrer eigenen kulturellen und sozialen Identität. Sie haben Angst, daß sich die Politik ihnen immer mehr entzieht und daß ihnen die demokratische Kontrolle entgleitet. Dabei wird Europa, wird der Binnenmarkt zu Unrecht für Probleme haftbar gemacht, die durch Weltmarktentwicklungen verursacht werden. Europa ist vielmehr notwendig, um Weltmarktentwicklungen gestalten zu können, damit dieser Prozeß nicht gegen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und gegen Bürger und Bürgerinnen läuft. (...)

Gemessen an diesen Zielen, liebe Kolleginnen und Kollegen, fehlt es dem Maastricht-Vertrag an der Verankerung des Ziels einer Sozialunion und einer Umweltunion. (...)

Vor allem aber, liebe Kolleginnen und Kollegen – da sind wir alle gefordert –, sind die europäischen Gesetzgebungsprozesse nicht ausreichend durchschaubar, sie geben dem Europäischen Parlament bisher noch nicht das letzte Wort in der Gesetzgebung. (...)

[Bundestagsrede anlässlich der zweiten Beratung und Schlussabstimmung über den Entwurf des Ratifikationsgesetzes zum Vertrag vom 7. Februar 1992 über die Europäische Union; Deutscher Bundestag. Stenographische Berichte, 1, 26. Sitzung, 02.12.1992, S. 10809-10817, Auszüge]

Dokument 29

2003 Jürgen Meyer, Vertreter des Deutschen Bundestages im EU-Verfassungskonvent

Rede im Europäischen Konvent

„Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen,

als Sprecher der sozialistischen Parteienfamilie und ihrer mehr als 30 Delegierten dieses Konvents darf ich mit großer Freude erklären: Wir stimmen dem heute vorgelegten Verfassungsentwurf zu! Und gestatten Sie mir bitte, eine persönliche Bemerkung hinzuzufügen: Dies ist für mich auch deshalb ein sehr bewegender Augenblick, weil ich zu der kleinen Gruppe von Delegierten gehöre, die seit Dezember 1999 auch dem ersten Konvent angehört haben. Wir haben damals in 9 Monaten unter dem Vorsitz von Roman Herzog die Grundrechte-Charta erarbeitet, die nun als Herzstück der neuen Verfassung rechtsverbindlich wird.

Als vor acht Jahren im Juni 1995 in einer Debatte des Deutschen Bundestages über den Amsterdamer Vertrag die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung aus nationalen Abgeordneten und Europaabgeordneten und die Ausarbeitung einer Grundrechtecharta vorgeschlagen und ein Entwurf der Charta vorgelegt wurde, galt das vielen als Träumerei. Heute wird ein Stück dieses Traumes wahr. Die Charta, die nun Verfassungstext ist, beweist: die Europäische Union ist

nicht nur eine Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft, sondern auch und vor allem eine Wertegemeinschaft. Wer zu ihr gehört, darf sich „Europäer“ nennen.

Liebe Europäerinnen und Europäer, zu unserer Werteordnung gehört neben der Unantastbarkeit der gleichen Würde eines jeden Menschen und dem Bekenntnis zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auch der Grundwert der Solidarität. Dieser findet sich nicht nur in den sozialen Grundrechten der Charta und in den vielfältigen Beistandspflichten in den Teilen I und III der Verfassung, sondern er begründet auch die Vision eines sozialen Europa, der wir heute einen Schritt näher kommen. Macht ist nur legitim, wenn sie sich auf Werte gründet und durch sie begrenzt wird. Auch diese Überzeugung gehört zu unserer europäischen Identität.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der heutige Tag ist auch ein Erfolgstag für die Konventsmethode. Unser Gremium mit je drei Delegierten aus jedem Mitglieds und Kandidatenland, ganz gleich, ob groß oder klein, hat 16 Monate lang öffentlich diskutiert und um Konsens gerungen. Wir haben das Gespräch mit der Zivilgesellschaft und dem europäischen und den nationalen Jugendkonventen gesucht. Und die Mehrheit der 72 Parlamentsvertreter unter den 105 Delegierten hat in den letzten Wochen manchen Konsens überhaupt erst ermöglicht, den eine Regierungskonferenz wohl nicht zustande gebracht hätte. Und dabei zeigte sich immer wieder, dass der Konvent nur lebendig und erfolgreich bleibt, wenn die Delegierten sich aufeinander zubewegen und Kompromisse schließen. In diesen vielen Monaten ist gegenseitiges Verständnis und Vertrauen gewachsen, ja auch manche Freundschaft entstanden.

Wir haben erkannt – und das ist ein kostbarer Gedanke –, dass es tatsächlich so etwas wie die gemeinsame Verfassungsüberlieferung unserer Länder gibt. Und wir haben, wie Willy Brandt es genannt hat, mehr Demokratie gewagt. (...) Und nun lassen Sie uns alle gemeinsam unseren Bürgerinnen und Bürgern sagen, dass und warum diese Verfassung ein großer Schritt zu mehr Demokratie, mehr Transparenz, zu mehr Handlungsfähigkeit und auch zu mehr Solidarität in einer erweiterten Europäischen Union ist.

Die Regierungsvertreter in diesem Konvent sind aufgefordert, der bevorstehenden Regierungskonferenz klarzumachen, dass dieser Entwurf ein Gesamtkunstwerk oder – prosaisch formuliert – ein Paket ist, das nicht aufgeschnürt werden darf, weil man es sonst nicht mehr zusammenbekommt. Ich schlage vor, dass die 25 Staats- und Regierungschefs ihre Unterschrift 8 Tage nach dem Beitritt der 10 neuen Mitgliedsländer am 9. Mai 2004, dem neuen Europatag, unter die Verfassung setzen.“

[Jürgen Meyer im Europäischen Konvent am 10. Juli 2003; Quelle: www.bundestag.de]

Dokument 30

2005 Gerhard Schröder, Bundeskanzler

Die Europäische Union steht vor ihrer größten Bewährungsprobe

„(...) Wir sind Zeugen wirtschaftlicher, technologischer und sozialer Entwicklungen, die – tektonischen Verschiebungen gleich – die Ordnung der Welt, wie sie uns vertraut ist, neu ausrichten werden. Die Wirklichkeit, in der unsere Kinder einmal leben werden, nimmt Gestalt an. Sie ist gekennzeichnet durch einen scharfen internationalen Wettbewerb um Märkte, Ressourcen und neue Technologien, der es den europäischen Hochlohnländern immer schwerer macht, die Finanzierung ihrer sozialen Sicherungssysteme zu gewährleisten. Dies gilt umso mehr angesichts der demografischen Entwicklung. Die europäischen Gesellschaften befinden sich in einem dramatischen Alterungs- und Schrumpfungsprozess. In weniger als einem Jahrzehnt werden zum Beispiel in ganz Skandinavien weniger Menschen leben als in Shanghai.

Europa braucht Wettbewerb – aber kein Sozialdumping

Diesen Umbrüchen müssen wir eine kluge Politik entgegensetzen. In Deutschland ist es mit der Agenda 2010 gelungen, die entscheidenden Reformen einzuleiten, die notwendig sind, um die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes zu sichern und unsere Systeme der sozialen Sicherung auf ein festes Fundament zu stellen, das auch in Zukunft trägt. Erste Erfolge sind unübersehbar. Wir müssen nun dafür sorgen, dass dieser Reformkurs, der wirtschaftliche Leistungsfähigkeit mit sozialem Ausgleich verbindet, unumkehrbar wird.

Das Entscheidende müssen wir in Deutschland aus eigener Kraft leisten. Trotzdem dürfen wir uns nicht der Illusion hingeben, es läge allein in unserer Hand. Angesichts der Dimension der auf uns zukommenden Umwälzungen müssen wir Europäer gemeinsam dazu beitragen, dass die globale Ordnung des 21. Jahrhunderts in den Prinzipien gründet, die sich seit Humanismus und Aufklärung mit unserem Kontinent verbinden: Respekt vor der Würde des einzelnen Menschen, Freiheit, Herrschaft des Rechts, Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Toleranz. Nur gemeinsam werden wir Europäer Bedingungen im Prozess der Globalisierung durchsetzen und garantieren können, die allen, Unternehmen wie Arbeitnehmern, eine auskömmliche Zukunftsperspektive sichern.

Wie erfolgreich wir dabei sein können, zeigen Beispiele wie Airbus oder unsere gemeinsame Interessenvertretung in der Welthandelsorganisation. Wir Europäer müssen gemeinsam über die zukünftige Rolle unseres Kontinents nachdenken und, wo erforderlich, unsere Politik neu ausrichten. Die Europäische Union, die die Erfolgsgeschichte eines halben Jahrhunderts repräsentiert, steht vor ihrer größten Bewährungsprobe. Für die kommende Woche hat der britische Premierminister Tony Blair im Namen der britischen Ratspräsidentschaft in der Europäischen Union zu einem informellen Treffen der Staats- und Regierungschefs nach Hampton Court bei London eingeladen.

Im Mittelpunkt der Debatte wird das europäische Sozialmodell stehen. Die Gesellschaften des europäischen Kontinents sind Konsensgesellschaften. Sie eint der Wunsch, die Anforderungen ökonomischer Effizienz mit einer Politik zu verbinden, die den sozialen Zusammenhalt zu garantieren vermag. Die Menschen sind veränderungsbereit, aber sie wollen diese Veränderungen mit Augenmaß und in sozialer Ausgewogenheit. Dies unterstreicht nicht zuletzt auch das Wahlergebnis in Deutschland vom 18. September. Nur wenn ökonomische Rationalität und solidarischer Gemeinsinn sich ergänzen, werden wir auf Dauer den sozialen Frieden bewahren können. Er ist die unverzichtbare Voraussetzung für erfolgreiches Wirtschaften, für Pluralität und tolerantes Miteinander in einer offenen Gesellschaft. (...)

Der erfolgreiche Abschluss der Finanzverhandlungen allein wird die Europäische Union aber nicht aus ihrer schwierigen Lage befreien. Es ist vielmehr an der Zeit, eine grundsätzliche Debatte über die Ziele und Aufgaben der europäischen Politik und ihrer sozialen Dimension zu rühren.

Wir müssen die Europäische Union nicht neu erfinden. Begründet wurde das europäische Projekt in den fünfziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts, um den Antagonismus der Nationen im Herzen Europas, besonders die Feindschaft zwischen Frankreich und Deutschland, dauerhaft zu überwinden. Daneben sollte die Union helfen, günstige Rahmenbedingungen für den wirtschaftlichen Wiederaufbau des von den Zerstörungen des Krieges geplagten Kontinents zu schaffen. Beides ist beispiellos erfolgreich gewesen. Mit dem Beitritt von zehn neuen Mitgliedstaaten im Mai 2004 ist es zudem gelungen, die Teilung des Kontinents endgültig zu überwinden. (...)

Mehr noch, hat ihr Entscheidungsgefüge überhaupt das Anwachsen der Mitgliederzahl auf 25 verkraftet? Erinnern wir uns: Ziel des Verfassungsvertrags ist es, die erweiterte Europäische Union regierungs- und handlungsfähig zu halten und ihr eine konstitutionelle Ordnung zu unterlegen, die europäische Entscheidungen demokratischer, transparenter und effizienter macht und dabei die nationalen Parlamente wirksamer beteiligt. (...)

Wir bekennen uns zu einer europäischen Politik, die in Europa Bedingungen zu schaffen sucht, unter denen unsere Gesellschaften trotz des zunehmenden globalen Wettbewerbs und angesichts der Alterung ihrer Bevölkerungen in Freiheit, Wohlstand und in sozialer Gerechtigkeit leben können. Das ist die Verantwortung, die wir vor der Gegenwart und der Zukunft haben und in der ich mich einig weiß mit der überwiegenden Mehrzahl der im Europäischen Rat versammelten Staats- und Regierungschefs. Nur wer diesen Maßstäben genügt, hat die Legitimation, Europa politisch voranzubringen.

Deutschland hat aufgrund seines wirtschaftlichen und politischen Gewichts eine besondere Verantwortung in Europa. Wir haben aber niemals einen Führungsanspruch erhoben. Wir setzen darauf, die Vertiefung des Integrationsprojekts in enger Abstimmung mit unseren Freunden und Partnern in der Europäischen Union zu leisten. Die Zusammenarbeit mit Frankreich hat hier eine Schlüsselrolle.

Wir wollen und brauchen ein starkes Europa, das die Herausforderungen und Umbrüche unserer Zeit zu bewältigen vermag. Unsere Voraussetzungen, dieses Ziel zu erreichen, sind gut. Ich wünsche mir, wenn in einer Generation junge Chinesen, Inder oder auch Amerikaner nach Europa kommen, dass sie einen Kontinent erleben, auf dem sich Freiheit, Demokratie, Wirtschaftskraft und sozialer Zusammenhalt zu einer Synthese verbinden, die Zukunft haben und ein Leitbild für andere Weltregionen sein wird.“

[Bundeskanzler Gerhard Schröder am 20. Oktober 2005; Quelle: www.bundestag.de]

Dokument 31

2007 Hamburger Grundsatzprogramm

„Das soziale und demokratische Europa

Schon 1925 setzte sich die Sozialdemokratie mit der Forderung nach den Vereinigten Staaten von Europa für die europäische Einheit ein. Was damals unerreichbar schien, ist heute Wirklichkeit: Die europäische Einigung nach zwei Weltkriegen hat die friedlichste Periode in der Geschichte unseres Kontinents ermöglicht. Krieg, Vertreibung und Hunger sind überwunden. Die Europäische Union ist vor allem ein Friedensprojekt, wir wollen sie zur handlungsfähigen Friedensmacht ausbauen. Europa ist aber auch eine demokratische und soziale Wertegemeinschaft. Das europäische Gesellschaftsmodell verbindet wirtschaftlichen Fortschritt, sozialen Ausgleich und individuelle Freiheit. Es setzt Maßstäbe für die Gleichstellung von Frauen und Männern und gewährleistet die Rechte der Minderheiten. Die Sozialdemokratie steht für ein tolerantes Europa, das seine unterschiedlichen Nationen und Regionen, Kulturen und Religionen als Reichtum versteht und pflegt. Wo der Nationalstaat den Märkten keinen sozialen und ökologischen Rahmen mehr setzen kann, muss dies die Europäische Union tun. Die Europäische Union muss unsere Antwort auf die Globalisierung werden.

Das demokratische Europa

Die Europäische Union hat heute Züge eigener Staatlichkeit gewonnen. Immer mehr Lebensbereiche werden von europäischen Entscheidungen berührt. Wir wollen das Europa der Bürger schaffen. Wir wollen mehr europäische Demokratie wagen. Unser Leitbild ist eine politische Union, die allen europäischen Bürgern demokratische Mitwirkungsrechte gibt. Das demokratische Europa braucht eine parlamentarisch verantwortliche Regierung auf der Basis einer europäischen Verfassung. Wir wollen ein föderales Europa, in dem neben dem Europäischen Parlament die Nationalstaaten an der europäischen Gesetzgebung beteiligt werden.

Was nur die Menschen vor Ort, in der Region, in einem Land betrifft, gehört in ihre politische Zuständigkeit, damit bürgernah entschieden werden kann. Dieses Prinzip darf durch europäische Regeln nicht ausgehebelt werden. Die Kompetenzen des Europäischen Parlaments müssen gestärkt werden. Nur so kann es gleichberechtigt mit den im Ministerrat zusammengeschlossenen nationalen Regierungen an der europäischen Rechtssetzung mitwirken.

Das Europäische Parlament braucht umfassende parlamentarische Kontrollrechte gegenüber der Europäischen Kommission sowie das Recht zu eigenen Gesetzesinitiativen. Der Präsident der Europäischen Kommission soll vom Europäischen Parlament gewählt werden. Europäische Demokratie braucht europäische Öffentlichkeit. Europäische Medien, zivilgesellschaftliche Organisationen, Sozialpartner, aber auch starke europäische Parteien sind dafür unabdingbar. Unser Ziel ist es, die Sozialdemokratische Partei Europas zu einer handlungsfähigen Mitglieder- und Programm- partei weiterzuentwickeln. Wir setzen uns für die Erarbeitung eines sozialdemokratischen Grund- satzprogramms für Europa ein und wollen bei den Wahlen zum Europäischen Parlament mit ein- em gesamteuropäischen Spitzenkandidaten antreten.

Die Weiterentwicklung der Europäischen Union zu einer echten Demokratie darf nicht am Unwil- len einzelner Staaten oder ihrer Regierungen scheitern. Sie kann deshalb die Form einer verstärk- ten Zusammenarbeit einiger Mitgliedstaaten annehmen. Diese Zusammenarbeit muss für alle Mitgliedstaaten offen bleiben.

Das soziale Europa

Europa hat den größten Binnenmarkt der Welt geschaffen und erfolgreich eine einheitliche Wäh- rung eingeführt. Dies war im Interesse der Bürger Europas. Aber weder in Deutschland noch in Europa werden wir hinnehmen, dass aus der Marktwirtschaft eine Marktgesellschaft hervorgeht. Nach der Vergemeinschaftung der Geld- und Währungspolitik plädieren wir für eine wachstums- und beschäftigungsorientierte Koordination der Wirtschafts-, Finanz- und Geldpolitik. Dazu wer- den verbindliche gesamtwirtschaftliche Vorgaben gebraucht. Neben die Wirtschafts- und Wäh- rungsunion muss die europäische Sozialunion mit gleichem Rang treten. Es gibt unterschiedliche nationale Ausprägungen und Traditionen des europäischen Sozialmodells. Gemeinsame Grundla- gen für alle Sozialstaaten in Europa sind aber ein leistungsfähiger Staat, Sozialsysteme zur Absi- cherung elementarer Lebensrisiken, ein hohes Bildungsniveau, öffentliche Daseinsvorsorge, gere- gelte Arbeitsbedingungen sowie Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmerin- nen und Arbeitnehmer.

Die europäische Sozialunion respektiert nationalstaatliche Traditionen, schafft aber gleichzeitig verbindliche europäische Regeln und Standards, die nicht unterschritten werden dürfen. Wir wol- len Sozialsysteme nicht vereinheitlichen, uns aber mit den anderen Mitgliedstaaten auf einen sozialen Stabilitätspakt verständigen. Für die Vereinbarung eines sozialen Stabilitätspakts zwis- chen den Mitgliedstaaten schlagen wir Ziele und Standards für die nationalen Sozial- und Bil- dungsausgaben vor, die sich an der jeweiligen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit orientieren. Wo wirtschaftliche Aktivität grenzüberschreitend ist, dürfen Arbeitnehmerrechte nicht an den Gren- zen Halt machen. Daher wollen wir in den europäischen Unternehmen die Mitbestimmung der Arbeitnehmer absichern und ausbauen. Um die Tarifautonomie auf europäischer Ebene zu stär- ken und durchzusetzen, setzen wir uns für eine europäische Rechtsgrundlage für grenzüberschrei- tende Tarifverhandlungen und Tarifverträge ein.

Damit der Wettlauf um die niedrigsten Unternehmersteuern die Nationalstaaten nicht ruiniert, wollen wir europaweit Mindestsätze und eine einheitliche Bemessungsgrundlage. Der freie Zu- gang zu hochwertigen öffentlichen Dienstleistungen gehört zum europäischen Gesellschaftsmo- dell. Jeder Mitgliedstaat sorgt dafür auf seine Weise, aber das Prinzip soll für die Europäische Uni- on verbindlich festgelegt werden.

Die Länder der Europäischen Union müssen um ihrer Zukunft willen mehr in Bildung, Forschung und Innovation investieren. Diese Schwerpunktsetzung muss sich auch im europäischen Haushalt widerspiegeln. Wir plädieren für weniger Zuweisungen aus den nationalen Haushalten und für den langfristigen Aufbau einer eigenen Einnahmequelle. Dies setzt allerdings eine transparente, effektive und demokratisch kontrollierte Haushaltspolitik der Europäischen Union voraus. Um Europa für junge Menschen erfahrbar zu machen und unsere gemeinsame europäische Identität zu stärken, setzen wir uns dafür ein, dass alle Jugendlichen die Möglichkeit bekommen, in Austauschprogrammen oder Jugendbegegnungen den Alltag in einem anderen europäischen Land kennen zu lernen.

Friedensmacht Europa

Unser Bestreben ist die Fortentwicklung der Europäischen Union zu einer handlungsfähigen Friedensmacht. Eigenständige europäische Friedenspolitik muss sich auf ihre Stärken konzentrieren: Diplomatie, Dialog und Unterstützung von Demokratie und Menschenrechten, auch durch Hilfen zur wirtschaftlichen Entwicklung in Konfliktregionen.

Europa hat übereinstimmende Sicherheitsinteressen. Wir streben eine gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik an. Dazu müssen auch die Armeen der Mitgliedstaaten enger zusammenwachsen. Langfristig wollen wir eine europäische Armee, deren Einsatz parlamentarisch legitimiert werden muss. Die Erweiterung der Union hat Frieden, Stabilität und Wohlstand geschaffen. Wir setzen uns dafür ein, die Zusagen gegenüber Ländern einzuhalten, die eine Beitrittsperspektive bekommen haben und die Kriterien erfüllen. Das gilt auch für die Türkei. Eine Türkei, die sich europäischen Werten verpflichtet fühlt, kann eine wichtige Brücke zu anderen islamischen Ländern werden. Dies liegt nicht zuletzt im Interesse Deutschlands und Europas. Gegenüber Staaten der Region, die auch mittelfristig nicht der Union beitreten können, entwickeln wir die europäische Nachbarschaftspolitik fort.“

[Quelle: <http://www.spd.de/Politik/grundsatzprogramm/>]

Dokument 32

2008 Kurt Beck, Ministerpräsident und SPD-Parteivorsitzender

Rede vor dem Deutschen Bundestag

„Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wer die Geschichte Europas kennt, wird feststellen: Die europäische Einigung ist eine Erfolgsgeschichte. Mit dem Lissabon-Vertrag, der heute vorliegt und der zum 1. Januar des kommenden Jahres in Kraft treten wird, haben wir einen vorläufigen Abschluss dieses Einigungsprozesses gefunden. Freilich, es war ein langer Weg. Ich darf daran erinnern, dass Sozialdemokraten bereits im Jahr 1925 in ihrem Heidelberger Programm beschlossen haben: Unser Ziel ist, die vereinigten Staaten von Europa zu erreichen.

Wenn einige dieser Gedanken Eingang in die Politik gefunden hätten, wäre uns vieles erspart geblieben. Wir sind uns sicher einig, dass es ein zäher Prozess ist, mit 27 Staaten Regelungen zu finden und Entscheidungen herbeizuführen, die die Interessen der großen Staaten wie Italien, Frankreich, Großbritannien und Deutschland genauso berücksichtigen wie die der kleinen und kleinsten Staaten Europas. Aber wer die Kraft zum Interessenausgleich nicht findet, wird den Kerngedanken dieses Europas, das aus eigenständigen Staaten zusammengesetzt ist und damit auch deren Geschichte und besondere Bedürfnisse berücksichtigen muss, verfehlen. Entscheidend ist deshalb Kompromissbereitschaft, die freilich auf dem Weg zu der jetzigen Entscheidung auch viele Rückschläge erlebt hat. Wir empfinden es als einen Rückschlag, dass die Arbeit des Konvents, eine europäische Verfassung nicht nur vorzulegen, sondern auch ratifiziert zu bekommen, letztendlich in dieser Form nicht erfolgreich war. (...)

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bleibt deshalb das Ziel, eine *europäische Verfassung* zu erreichen, eine große Vision, die wir auch weiter verfolgen werden.

Es ist zu Recht darauf hingewiesen worden, dass mit den Lissabonner Verträgen die groß gewordene Europäische Gemeinschaft handlungsfähig gemacht worden ist. (...) Diese Handlungsfähigkeit setzt teilweise sehr viel Insiderwissen voraus, wenn man die Mechanismen erkennen und durchschauen will. Dennoch gilt: Wir haben eine Straffung der Kommission und eine Stärkung der Parlamente erreicht – übrigens nicht nur des Europäischen Parlamentes, sondern auch des Deutschen Bundestages und der Landtage. (...)

Ich will auch den Ansatz hervorheben, dass europäische Bürgerinnen und Bürger, wenn ihre Zahl mindestens 1 Million beträgt, ihrerseits eine Initiative auf den Weg bringen können. Die Kommission wird sich dann mit ihrem Anliegen befassen. Ja, 1 Million ist sehr viel; die Hürden sind sehr hoch. Es ist aber ein neuer Gedanke, der die Idee der *europäischen Bürgerschaft* transportiert. (...)

Es war eine großartige Entscheidung, dass nach 1945 nicht das wieder getan worden ist, was 1871 und 1918 geschehen ist, nämlich dass man den jeweils Unterlegenen gedemütigt hat und damit eine neue Grundlage für Auseinandersetzungen und jeweils am Ende, wie wir wissen, auch für Krieg gelegt worden ist. Die großen Ideen von Jean Monnet und Robert Schuman haben gegriffen. Wir Deutsche haben unsererseits verstanden, dass wir ein gemeinsames Deutschland nur in einem gemeinsamen freien Europa erreichen können. Diese Idee ist dann – es werden bald 20 Jahre her sein – Gott sei Dank auch Wirklichkeit geworden. Diese Dimension nicht immer wieder neu zu sehen und sie uns nicht in Erinnerung zu rufen, würde bedeuten, eine Kernvoraussetzung für die Gemeinsamkeit auf diesem Kontinent zu vergessen, und das wäre sträflich.

Frieden und Freiheit sind ein Markenzeichen dieser Gemeinschaft, ein Markenzeichen, von dem wir uns wünschen, dass es auch ausstrahlt, dass deutlich wird, dass dieses Beispiel Europas auch in anderen Teilen der Welt nicht nur wahrgenommen werden sollte, sondern dass es sich lohnt, auch bei scheinbar noch so unüberwindbaren Konflikten den Weg zum Miteinander zu suchen. Denn weiter auseinander, als wir in Europa waren oder scheinbar waren, sind andere auf dieser Welt, die gegeneinanderstehen, auch nicht. Es lohnt sich, diesen Weg zu gehen und dafür auch Geduld und Kraft aufzuwenden.

Ich will auch auf die konkreten Erfolge dieses Europas eingehen. Zu Recht ist die *wirtschaftliche Bedeutung* dieser Europäischen Gemeinschaft genannt worden – von den Römischen Verträgen

im Europa der Sechs bis zur heutigen Situation. Nur wenige Zahlen unterstreichen in der Tat die besondere Interessenlage der Bundesrepublik Deutschland an diesem gemeinsamen Wirtschaftsraum. Der Anteil Europas am gesamten deutschen Außenhandel lag 2007 bei 75 Prozent. 65 Prozent davon entfielen auf die EU-Staaten. Auf die Länder der Eurozone entfielen davon über 40 Prozent. Der dynamische und sich auch weiter positiv entwickelnde Handel und die wirtschaftlichen Beziehungen mit den neuen Beitrittsstaaten haben die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika in ihrer Größenordnung schon übertroffen. Ökonomisch können wir gar keinen besseren Weg gehen, als diese offene Europäische Gemeinschaft für unsere exportorientierte Wirtschaft zu nutzen.

Vielleicht erinnern wir uns für einen kleinen Moment an die Bedenken bei der Einführung des Euro. Natürlich wissen wir um die Sorgen vieler Menschen, um Teuerungseffekte und Ähnliches mehr. Wir sollten uns aber auch in Erinnerung rufen, wie stabil diese Währung geworden ist und was diese Stabilität derzeit bedeutet. Das wird uns klar, wenn wir zum Beispiel an die Rohstoffkosten denken, die auf Dollarbasis abgerechnet werden. Die Einführung des Euro hat entscheidend dazu beigetragen, dass unsere Wirtschaft eben nicht aufgrund der Entwicklungen in jüngster Zeit in eine tiefe Rezessionsphase geriet.

Freilich fehlt für uns an diesem Europa immer noch ein ganz entscheidender Teil, nämlich das, was wir *soziales Europa* nennen.

Die Verträge von Lissabon bieten allerdings eine Chance, dieses zu erreichen. (...)

Wir wollen keinen einheitlich organisierten Sozialraum, aber einen Sozialraum, der von gleichen Ideen ausgeht: Die Arbeitsbedingungen müssen anständig sein, und die Menschen müssen die Chance haben, durch ihre eigene Arbeit und Anstrengung für sich und ihre Familien zu sorgen. Dann werden wir eine hohe Zustimmung zu diesem europäischen Prozess erlangen.

(...) Das, was in 22 Mitgliedstaaten Standard ist, muss auch in Deutschland Standard werden. Wir brauchen Regeln, um das Prinzip „Guter Lohn für gute Arbeit“ in ganz Europa durchzusetzen.

Das heißt unter diesem Gesichtspunkt: Wettbewerb ja. Aber es heißt auch, dass wir keinen Wettbewerb um die schnellere soziale Abwärtsspirale wollen, sondern einen Wettbewerb um die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger von Malta bis Schweden erreichen wollen. Das ist unsere Vorstellung von einem sozial gerechten Europa.

Meine Damen und Herren, dieses Europa hat den Menschen Chancen gebracht, und es wird an uns sein, den Bürgerinnen und Bürgern zu vermitteln und deutlich zu machen, dass Europa auch ihrer Unterstützung bedarf: durch Teilhabe an der Europawahl, aber auch durch Annahme der Entwicklungen auf dieser Ebene. Deshalb sagen wir Ja zu einem Europa, das sich Frieden und Freiheit und dem Gebot der Subsidiarität verpflichtet weiß. Wir sagen Ja zu einem Europa, das ökonomischen Erfolg mit ökologischer Gerechtigkeit und Vernunft, mit sozialem Ausgleich und mit sozialer Gerechtigkeit untrennbar verbindet.

Dieses Europa will in Frieden und Freiheit und in Fairness mit anderen Teilen dieser Welt zusammenleben und konkurrieren; ich glaube, das sollte unsere Zukunftsvision sein. Es sollte nicht der Versuchung erliegen, andere Kulturen und andere Kulturkreise zu kopieren. Vielmehr sollte dieses

Europa eine eigene Identität entwickeln, die durch die Vielfalt der Kulturen immer wieder lebendig gehalten und angetrieben wird, und auf diese Art und Weise zeigen, dass eine menschliche, soziale, ökologisch vernünftig handelnde, friedliche Gesellschaft erfolgreich mit anderen Teilen dieses Erdballs konkurrieren kann. Wenn es uns gelingt, daraus auch entlang konkreter Themen eine Vision zu entwickeln – das ist, wie ich glaube, unsere gemeinsame Hoffnung –, dann werden wir von Generation zu Generation die Zustimmung finden, die notwendig ist, um diese europäische Idee unumkehrbar zu machen. (...)

[Rede vor dem Deutschen Bundestag am 24. April 2008, BT-Drucksache 16/459]

Dokument 33

2010 Sigmar Gabriel, SPD-Parteivorsitzender Rede bei der Veranstaltung "Die Ostverträge – Ein Meilenstein auf dem Weg zu einem freien Europa"

„Ich freue mich, Sie heute bei dieser ganz besonderen Veranstaltung im Willy-Brandt-Haus begrüßen zu können. Der Anlass für unser Treffen ist ein historisches Datum. Es liegt morgen genau 40 Jahre zurück, dass Willy Brandt mit einer schlichten Geste Geschichte geschrieben hat. Am 7. Dezember 1970 besucht Bundeskanzler Willy Brandt das Denkmal der Helden des Ghettos, ein Ehrenmal für die Opfer des Aufstands im jüdischen Ghetto von 1943. Nachdem Brandt dort einen Kranz niedergelegt hat, kniet er, überraschend für alle Anwesenden, aber auch für sein engstes Umfeld, auf dem nassen Boden vor dem Mahnmal nieder. Das Bild eines knieenden deutschen Kanzlers, der selbst als junger Sozialdemokrat vor der Nazi-Barbarei fliehen musste, hat sich für immer in das kollektive Gedächtnis Deutschlands fest eingegraben. Es ist zu einer politischen Ikone des 20. Jahrhunderts geworden. (...)

Deshalb symbolisiert kein anderes Zeichen so sehr den Aufbruch zu Entspannung, Abrüstung und Frieden mit Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion, wie der Kniefall Willy Brandts vor dem Denkmal der Helden des Warschauer Ghettos. Diese Geste hat im Übrigen die Herzen der Menschen in Polen erreicht, gar nicht so sehr die der Machthaber. Sie hat damit die Tür nach Mittel- und Osteuropa einen Spalt geöffnet. 1989 und 1990 haben Menschen überall in Europa diese Tür dann ganz weit auf gestoßen. Diese Geste war darum der erste Schritt zur Erweiterung der Europäischen Union nach Mittel- und Osteuropa. Willy Brandt ist für seine Politik mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden. (...)

Von heute aus betrachtet kann ich auch sagen: Es war die Annäherung, die den Wandel in Gang gesetzt hat! Keines der Länder, mit denen die Bundesrepublik in den frühen 70er Jahren erste Verträge abschloss, ist heute mehr eine Diktatur. Deutschland wurde 1990 in Freiheit vereinigt, friedlich und in Freundschaft mit allen seinen Nachbarn. Wann hat es das in der deutschen Geschichte zuvor gegeben?

Und dass die deutsche Einheit so friedlich verlief, hat auch mit dem Kniefall und der darin zum Ausdruck kommenden Haltung eines neuen Deutschland zu tun. Auch die Menschen im Osten

Deutschlands haben Brandt dafür geschätzt, ja sogar geliebt. Man erinnere sich nur an die Szenen bei Willy Brandts erstem Besuch in Erfurt!

Wir Sozialdemokraten wissen: Es war Willy Brandts Entspannungspolitik – als Berliner Bürgermeister, als Außenminister und schließlich als Kanzler der Ostpolitik –, welche die Blockkonfrontation schrittweise aufgeweicht hat und damit auch den Weg zur deutschen Einheit vorbereitet hat. Es war diese Entspannungspolitik, die auch in Osteuropa und der damaligen Sowjetunion das Vertrauen in ein friedfertiges und demokratisches Deutschland wachsen ließ. Es war so, wie Willy Brandt das in seiner ersten Regierungserklärung angekündigt hat: Deutschland wurde durch die Entspannungspolitik der SPD „ein Volk der guten Nachbarn“. (...)

Neue Entspannungspolitik

Aber es geht nicht darum, bei Erinnerungstagen wie heute nur feierlich zu verharren. Selbstverständlich brauchen wir heute genauso wie damals eine Politik der ausgestreckten Hand, eine Politik der Aussöhnung, des Wandels durch Annäherung. Und genauso wie damals, ist eine solche emphatische Politik, die dem Fortschritt verpflichtet ist, umstritten.

Europa hat in den letzten 60 Jahren die richtigen Lehren daraus gezogen, dass der eigene Kontinent durch deutsche Raserei verwüstet war. Diese Lehren, die deutsch-französische Aussöhnung, die europäische Einigung und schließlich die Wiedervereinigung des Kontinents durch den Fall der Mauer, können Beispiel geben für das 21. Jahrhundert:

Wir müssen insbesondere Russland, die Ukraine und die ehemaligen Sowjetrepubliken partnerschaftlich einbeziehen.

Und wie sehr sich die Welt seit 1970 verändert hat kann man auch daran erkennen, dass der Weg zu einem besseren Verhältnis zu Moskau und ganz Osteuropa heute über Warschau führt. War der Motor der europäischen Einigung über Jahrzehnte das Verhältnis von Deutschland und Frankreich, so ist europäischer Fortschritt nur mit Polen zu erreichen. Das Verhältnis dieser drei Länder zueinander und die Frage, ob sie ein gemeinsames Verständnis von Europa entwickeln können, wird über die Zukunft der EU entscheiden.

Und wir müssen mit den neuen „Großen“, China, Indien, Brasilien und Südafrika ein enges Kooperationsnetz aufbauen.

Um für all das die Fähigkeiten zu haben, müssen wir der Europäischen Idee, wie sie die Sozialdemokraten seit 1925 vertreten und Willy Brandt sie in den Mittelpunkt seiner Politik gestellt hat, neuen Fortschritt verleihen.

Denn Europa durchlebt gerade eine Phase der Re-Nationalisierung: Jeder scheint nur noch an den Erhalt seiner Privilegien zu denken: GB an seine Börse, Frankreich an wirtschaftlichen Protektionismus und Deutschland an seinen Außenhandelsüberschuss. Und statt gemeinsam die Ursachen der aktuellen Finanz- und Währungskrise in den unverantwortlichen Entwicklungen europäischer Banken anzugehen, zwingt vor allem Deutschland die europäischen Mitgliedsstaaten in einen Sparwettbewerb gegen seine eigenen Bürgerinnen und Bürger.

Die Wahrheit ist, dass wir nur die Wahl haben zwischen einer weit stärkeren politischen Union, in der wir mehr tun als nur einen Währungsraum aufrechtzuerhalten, oder keiner Europäischen Union. Auf Dauer jedenfalls ist ein Währungsraum ohne gemeinsame Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht überlebensfähig.

Gerade Irland zeigt, wohin es führt, wenn wir in Europa den Dumpingwettbewerb um niedrige Steuern und niedrige Sozialausgaben weiter führen. Und es zeigt gemeinsam mit Spanien und Portugal auch, wie wenig das Kriterium Staatsverschuldung alleine dazu taugt, eine Qualitätssiegel für die ökonomische Kraft eines Landes zu sein. Denn alle drei Länder haben in der Vergangenheit weit geringere Schuldenstandsquoten aufgewiesen als Deutschland.

Europa und damit auch Deutschland muss sich zum Ziel der Annäherung der Lebensverhältnisse in Europa bekennen. Jede Investition – auch finanzielle – in diese Annäherung der Lebensbedingungen nutzt am Ende vor allem auch unserem Land, denn mehr als alle anderen Mitgliedsstaaten hängt unser Wohlstand von der Fähigkeit aller anderen ab, unsere Produkte zu kaufen.

Die aktuellen Rettungsschirme sollten dafür dienen, akzeptable Bedingungen für die Mitgliedsstaaten des Euroraums an den Finanzmärkten zu sichern. Sie dürfen aber nicht länger dazu dienen, marode Bankbilanzen immer wieder aufs Neue abzudecken. Europa hat nur noch die Auswahl zwischen dem Biss in einen der verschiedenen sauren Äpfel. Wir werden die Abwicklung einzelner europäischer Banken mit allen Folgen für ihre Geldgeber aktiv angehen müssen, um eine dauerhafte Zerstörung des Währungsraums zu verhindern.

Die berühmten „Haircuts“ – also die Beteiligung der Gläubiger – sind keine Lösung für Staatsanleihen, denn sie verteuern die Kredite dieser Staaten nur – und damit auch die Kosten für die europäischen und deutschen Steuerzahler. Haircuts bei den Gläubigern von Banken, die verantwortungslos spekuliert haben, aber sind dringend nötig.

Wenn es eine Lehre aus der Wirtschafts- und Finanzkrise gibt, dann sicher die, dass der Vorschlag einer europäischen Wirtschaftsregierung mehr denn je Not tut.“

[Rede des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Sigmar Gabriel bei der Veranstaltung: „Die Ostverträge - Ein Meilenstein auf dem Weg zu einem freien Europa“ am Montag, dem 6. Dezember 2010, im Willy-Brandt-Haus, Berlin.]

Dokument 34

2011 Helmut Schmidt, Bundeskanzler a.D.

Rede: Deutschland in und mit Europa

„(...) Seit Maastricht 1991/92 hat sich (...) die Welt gewaltig verändert. Wir haben die Befreiung der Nationen im Osten Europas und die Implosion der Sowjetunion erlebt. Wir erleben den phänomenalen Aufstieg Chinas, Indiens, Brasiliens und anderer „Schwellenländer“, die man früher pauschal „Dritte Welt“ genannt hat. Gleichzeitig haben sich die realen Volkswirtschaften größter Teile der Welt „globalisiert“, auf deutsch: Fast alle Staaten der Welt hängen von einander ab. Vor allem haben die Akteure auf den globalisierten Finanzmärkten sich eine einstweilen ganz unkontrollierte Macht angeeignet.

Aber zugleich – und fast unbemerkt – hat sich die Menschheit explosionsartig auf 7 Milliarden Menschen vermehrt. Als ich geboren wurde, waren es gerade mal 2 Milliarden gewesen. Alle diese enormen Veränderungen haben gewaltige Auswirkungen auf die Völker Europas, auf ihre Staaten und auf ihren Wohlstand!

Andererseits überaltern alle europäischen Nationen – und überall schrumpfen die Zahlen ihrer Bürger. In der Mitte dieses 21. Jahrhunderts werden vermutlich sogar 9 Milliarden Menschen gleichzeitig auf der Erde leben, während dann die europäischen Nationen zusammen nur noch ganze 7 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen. 7 Prozent von 9 Milliarden! Bis an das Jahr 1950 waren die Europäer über zwei Jahrhunderte lang über 20 Prozent der Weltbevölkerung gewesen. Aber seit 50 Jahren schrumpfen wir Europäer – nicht nur in absoluten Zahlen sondern vor allem in Relation zu Asien, zu Afrika und Lateinamerika. Ebenso schrumpft der Anteil der Europäer am globalen Sozialprodukt, d.h. an der Wertschöpfung der ganzen Menschheit. Er wird bis 2050 auf etwa 10 Prozent absinken; 1950 hatte er noch bei 30 Prozent gelegen.

Jede einzelne der europäischen Nationen wird 2050 nur noch einen Bruchteil von 1 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen. Das heißt: Wenn wir die Hoffnung haben wollen, dass wir Europäer eine Bedeutung für die Welt haben, dann können wir das nur gemeinsam. Denn als einzelne Staaten – ob Frankreich, Italien, Deutschland oder ob Polen, Holland oder Dänemark oder Griechenland – kann man uns am Ende nicht mehr in Prozentzahlen, sondern nur noch in Promillezahlen messen.

Daraus ergibt sich das langfristige strategische Interesse der europäischen Nationalstaaten an ihrem integrierenden Zusammenschluss. Dieses strategische Interesse an der europäischen Integration wird zunehmend an Bedeutung gewinnen. Es ist bisher den Nationen weitestgehend noch nicht bewusst. Es wird ihnen durch ihre Regierungen auch nicht bewusst gemacht.

Falls jedoch die Europäische Union im Laufe der kommenden Jahrzehnte nicht zu einer – wenn auch begrenzten – gemeinsamen Handlungsfähigkeit gelangen sollte, so ist eine selbstverursachte Marginalisierung der einzelnen europäischen Staaten und der europäischen Zivilisation nicht auszuschließen. Ebenso wenig kann in solchem Falle das Wiederaufleben von Konkurrenz- und Prestigekämpfen zwischen den Staaten Europas ausgeschlossen werden. In solchem Falle könnte

die Einbindung Deutschlands kaum noch funktionieren. Das alte Spiel zwischen Zentrum und Peripherie könnte abermals Wirklichkeit werden.

Der Prozess der weltweiten Aufklärung, der Ausbreitung der Rechte des einzelnen Menschen und seiner Würde, der rechtsstaatlichen Verfassung und der Demokratisierung würde aus Europa keine wirksamen Impulse mehr erhalten. Unter diesen Aspekten wird die europäische Gemeinschaft zu einer Lebensnotwendigkeit für die Nationalstaaten unseres alten Kontinents. Diese Notwendigkeit reicht über die Motive Churchills und de Gaulles. Sie reicht aber auch über die Motive Monnets und über die Motive Adenauers hinaus. Sie überwölbt heute auch die Motive Ernst Reuters, Fritz Erlers, Willy Brandts und ebenso Helmut Kohls.

Ich füge hinzu: Gewiss aber geht es dabei auch immer noch um die Einbindung Deutschlands. Deshalb müssen wir Deutschen uns Klarheit verschaffen über unsere eigene Aufgabe, unsere eigene Rolle im Rahmen der europäischen Integration. (...)

Die ökonomische Entwicklung und die gleichzeitige Krise der Handlungsfähigkeit der Organe der Europäischen Union haben Deutschland abermals in eine zentrale Rolle gedrängt. Gemeinsam mit dem französischen Staatspräsidenten hat die Kanzlerin diese Rolle willig akzeptiert. Aber es gibt in vielen europäischen Hauptstädten und ebenso in den Medien mancher unserer Nachbarstaaten abermals eine wachsende Besorgnis vor deutscher Dominanz. Dieses Mal handelt es sich nicht um eine militärisch und politisch überstarke Zentralmacht, wohl aber um ein ökonomisch überstarkes Zentrum!

An dieser Stelle ist eine ernste, sorgfältig abgewogene Mahnung an die deutschen Politiker, an die Medien und an unsere öffentliche Meinung notwendig.

Wenn wir Deutschen uns verführen ließen, gestützt auf unsere ökonomische Stärke, eine politische Führungsrolle in Europa zu beanspruchen oder doch wenigstens den Primus inter pares zu spielen, so würde eine zunehmende Mehrheit unserer Nachbarn sich wirksam dagegen wehren. Die Besorgnis der Peripherie vor einem allzu starken Zentrum Europas würde ganz schnell zurückkehren. Die wahrscheinlichen Konsequenzen solcher Entwicklung wären für die EU verkrüppelnd. Und Deutschland würde in Isolierung fallen.

Die sehr große und sehr leistungsfähige Bundesrepublik Deutschland braucht – auch zum Schutze vor uns selbst! – die Einbettung in die europäische Integration. Deshalb verpflichtet seit Helmut Kohls Zeiten, seit 1992 der Artikel 23 des Grundgesetzes uns zur Mitwirkung „... bei der Entwicklung der Europäischen Union“. Der Art. 23 verpflichtet uns für diese Mitwirkung auch zu dem „Grundsatz der Subsidiarität...“. Die gegenwärtige Krise der Handlungsfähigkeit der Organe der EU ändert nichts an diesen Grundsätzen.

Unsere geopolitische Zentrallage, dazu unsere unglückliche Rolle im Verlaufe der europäischen Geschichte bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts, dazu unsere heutige Leistungsfähigkeit, all dies zusammen verlangt von jeder deutschen Regierung ein sehr hohes Maß an Einfühlungsvermögen in die Interessen unserer EU-Partner. Und unsere Hilfsbereitschaft ist unerlässlich.

Wir Deutschen haben doch unsere große Wiederaufbau-Leistung der letzten sechs Jahrzehnte auch nicht allein und nur aus eigener Kraft zustande gebracht. Sondern sie wäre nicht möglich

gewesen ohne die Hilfen der westlichen Siegermächte, nicht ohne unsere Einbettung in die europäische Gemeinschaft und in das atlantische Bündnis, nicht ohne die Hilfen durch unsere Nachbarn, nicht ohne den politischen Aufbruch im Osten Mitteleuropas und nicht ohne das Ende der kommunistischen Diktatur. Wir Deutschen haben Grund zur Dankbarkeit. Und zugleich haben wir die Pflicht, uns der empfangenen Solidarität würdig zu erweisen durch unsere eigene Solidarität mit unseren Nachbarn!

Dagegen wäre ein Streben nach einer eigenen Rolle in der Weltpolitik und das Streben nach weltpolitischem Prestige ziemlich unnützlich, wahrscheinlich sogar schädlich. Jedenfalls bleibt die enge Zusammenarbeit mit Frankreich und mit Polen unerlässlich, mit allen unseren Nachbarn und Partnern in Europa.

Nach meiner Überzeugung liegt es im kardinalen, langfristigen-strategischen Interesse Deutschlands, sich nicht zu isolieren und sich nicht isolieren zu lassen. Eine Isolation innerhalb des Westens wäre gefährlich. Eine Isolation innerhalb der Europäischen Union oder des Euro-Raumes wäre hoch gefährlich. Für mich rangiert dieses Interesse Deutschlands eindeutig höher als jedwedes taktische Interesse aller politischen Parteien.

Die deutschen Politiker und die deutschen Medien haben die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, diese Einsicht nachhaltig in der öffentlichen Meinung zu vertreten.

Wenn aber jemand zu verstehen gibt, heute und künftig werde in Europa Deutsch gesprochen; wenn ein deutscher Außenminister meint, fernseh-geeignete Auftritte in Tripolis, in Kairo oder in Kabul seien wichtiger als politische Kontakte mit Lissabon, mit Madrid, mit Warschau oder Prag, mit Dublin, Den Haag, Kopenhagen oder Helsinki; wenn ein anderer meint, eine europäische „Transfer-Union“ verhüten zu müssen – dann ist das alles bloß schädliche Kraftmeierei.

Tatsächlich ist Deutschland doch über lange Jahrzehnte ein Nettozahler gewesen! Wir konnten das leisten und haben es seit Adenauers Zeiten getan. Und natürlich waren Griechenland, Portugal oder Irland immer Netto-Empfänger.

Diese Solidarität mag heute der deutschen politischen Klasse nicht ausreichend bewusst sein. Aber bisher war sie selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich - und außerdem seit Lissabon vertraglich vorgeschrieben - ist das Prinzip der Subsidiarität: Das, was ein Staat nicht selbst regeln oder bewältigen kann, das muss die Europäische Union übernehmen.

Konrad Adenauer ist seit dem Schuman-Plan, aus richtigem politischen Instinkt und gegen den Widerstand sowohl Kurt Schumachers als später auch gegen den Widerstand Ludwig Erhards auf die französischen Offerten eingegangen. Adenauer hat das langfristige-strategische deutsche Interesse – trotz anhaltender Teilung Deutschlands! – richtig beurteilt. Alle Nachfolger – so auch Brandt, Schmidt, Kohl und Schröder - haben die Integrationspolitik Adenauers fortgesetzt.

Alle tagespolitische, alle innenpolitische, alle außenpolitische Taktik hat nie das langfristige-strategische Interesse der Deutschen in Frage gestellt. Deshalb konnten alle unsere Nachbarn und Partner sich jahrzehntelang auf die Stetigkeit der deutschen Europapolitik verlassen – und zwar unabhängig von allen Regierungswechseln. Diese Kontinuität bleibt auch in Zukunft geboten. (...)

An meine Freunde

Zum Schluss, liebe Freunde! Eigentlich muss man nicht so sehr den Sozialdemokraten internationale Solidarität predigen. Denn die deutsche Sozialdemokratie ist seit anderthalb Jahrhunderten internationalistisch gesonnen – in viel höherem Maße als Generationen von Liberalen, von Konservativen oder von Deutsch-Nationalen. Wir Sozialdemokraten haben zugleich an der Freiheit und an der Würde jedes einzelnen Menschen festgehalten. Wir haben zugleich festgehalten an der repräsentativen, der parlamentarischen Demokratie. Diese Grundwerte verpflichten uns heute zur europäischen Solidarität.

Gewiss wird Europa auch im 21. Jahrhundert aus Nationalstaaten bestehen, jeder mit seiner eigenen Sprache und mit seiner eigenen Geschichte. Deshalb wird aus Europa gewiss kein Bundesstaat werden. Aber die Europäische Union darf auch nicht zu einem bloßen Staatenbund verkommen. Die Europäische Union muss ein dynamisch sich entwickelnder Verbund bleiben. Es gibt dafür in der ganzen Menschheitsgeschichte kein Beispiel. Wir Sozialdemokraten müssen zur schrittweisen Entfaltung dieses Verbundes beitragen.

Je älter man wird, desto mehr denkt man in langen Zeiträumen. Auch als alter Mann halte ich immer noch fest an den drei Grundwerten des Godesberger Programms: Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität. Dabei denke ich übrigens, dass heute die Gerechtigkeit vor allem auch Chancengleichheit für Kinder, für Schüler und für junge Leute insgesamt verlangt.

Wenn ich zurückschaue auf das Jahr 1945 oder zurückschauen kann auf das Jahr 1933 – damals war ich gerade 14 Jahre alt geworden -, so will mir der Fortschritt, den wir bis heute erreicht haben, als fast unglaublich erscheinen. Der Fortschritt, den die Europäer seit dem Marshall-Plan 1948, seit dem Schuman-Plan 1950, den wir dank Lech Walesa und Solidarnosz, dank Vaclav Havel und der Charta 77, den wir dank jener Deutschen in Leipzig und Ostberlin seit der großen Wende 1989/91 heute erreicht haben.

Wenn heute der größte Teil Europas sich der Menschenrechte und des Friedens erfreut, dann hatten wir uns das weder 1918 noch 1933 noch 1945 vorstellen können. Lasst uns deshalb dafür arbeiten und kämpfen, dass die historisch einmalige Europäische Union aus ihrer gegenwärtigen Schwäche standfest und selbstbewusst hervorgeht!“

[Rede am 4. Dezember 2011, Quelle: http://www.spd.de/aktuelles/Pressemitteilungen/21498/2011204_rede_helmut_schmidt.html]

Dokument 35

2011 Frank-Walter Steinmeier, Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Rede beim Bundesparteitag

„(...) Aber in Wahrheit sind die Zeiten, in denen unser Parteitag jetzt stattfindet, alles andere als normal. Alle reden von Euro-Rettung. Aber Helmut Schmidt hat es uns heute Morgen gesagt: Es geht um deutlich mehr als um Geld und Wohlstand. Mehr als ein halbes Jahrhundert europäische Integration, das steht jetzt auf dem Spiel.

Was wir zurzeit erleben, das ist eine Eruption. Sie kann ähnlich folgenreich sein wie die nach 1989: das Ende des Kalten Krieges, der Zusammenbruch des Ostblocks. Eine Eruption, die gleichzeitig aber ganz anders ist als die von 1989, viel weniger spektakulär, dafür lautloser, schleichender und bedrohlicher.

Das Komische ist: Im Alltag hier bei uns in Deutschland merkt man noch wenig davon. (...) Das Leben geht den gewohnten Gang. Aber was man doch spürt (...): Unter der Oberfläche brodelt es mittlerweile auch bei uns. Die Menschen fragen sich: Wie sicher ist mein Arbeitsplatz? Wie stabil ist der Euro? Ist Europa eigentlich noch unsere Zukunft?

Hinter diesen Fragen taucht noch viel Grundsätzlicheres auf: Wie steht es eigentlich um die Zukunft der Demokratie in diesem Teil der Welt? Ist diese Demokratie stark genug, um Gier und Spekulation wirklich zu stoppen? Garantiert diese Demokratie noch Wohlstand und Arbeitsplätze?

Liebe Genossinnen und Genossen, auf all diese Fragen gibt eine schwarz-gelbe Regierung keine Antworten.

Sie lässt die Menschen allein mit ihren Fragen und Zweifeln. Frau Merkel findet weder Worte, um die Krise zu beschreiben, noch Antworten, um sie zu lösen. Stattdessen bringt sie selbst die wohlmeinendsten Nachbarn gegen uns auf die Zinne durch diese penetrante und auch noch doppelzüngige Schulmeisterei. Aber wer Lehrmeister sein will, wer andere zum Sparen auffordert, der sollte erst einmal sein eigenes Haus in Ordnung bringen.

Man kann doch nicht den Rest der Welt zum Sparen und zum Schuldenabbau auffordern und dann im eigenen Land die Neuverschuldung erhöhen! Darüber redet jetzt ganz Europa und nennt es, was es ist, liebe Genossinnen und Genossen: Heuchelei!

Von unseren Freunden und europäischen Nachbarn hören wir auch einiges: Fragen und Aufforderungen, die sich an uns Sozialdemokraten richten. Leute, die sagen, Europa braucht ein starkes, aber doch bitte ein europäisches Deutschland. Wir brauchen eine politische Kraft in Deutschland, die vorangeht, die einem verunsicherten Europa wieder Hoffnung und Richtung gibt. Am häufigsten habe ich von unseren europäischen Nachbarn die Aufforderung gehört: Auf euch deutsche Sozialdemokraten kommt es an. Wir zählen auf euch.

(...) Ich will, dass von diesem Parteitag eine klare Botschaft an unsere Freunde in Frankreich, in Polen, in Spanien, in Griechenland und überall in Europa ausgeht. Diese Botschaft muss lauten:

Auf die Sozialdemokratie in Deutschland ist Verlass. Wir sind die deutsche Europapartei, liebe Genossinnen und Genossen.

(...) „Nichts kommt von selbst, und wenig ist von Dauer.“ Ein großer Satz von Willy Brandt, den ihr alle kennt. Gemeint hat er damals Freiheit und Demokratie, auch wenn sie erkämpft, glaubt nicht, dass sie für ewig gesichert sind. Beides bleibt nicht, nicht die Demokratie und nicht die Freiheit, wenn sie nicht im Heute gelebt und verteidigt werden. Ich bin mir sicher, heute würde Willy Brandt dasselbe über Europa sagen. Er würde sagen: Das bleibt nicht, wenn nationale Engstirnigkeit und Egoismus wieder um sich greifen. Heute würde er uns anschauen und mit ruhiger Stimme in diesem Saal sagen: Geht sorgsam um mit Europa. Liebe Genossinnen und Genossen, genau das wollen wir tun und hier auf dem Parteitag miteinander zeigen.

Viele sagen heute, Europa braucht eine neue Erzählung. So wahr das ist, was heißt das eigentlich? Heißt das, dass die alte Erzählung aufgebraucht, heißt das, dass sie erledigt ist? Ist unser Gedächtnis wirklich so kurz? Ich finde, manchmal tun wir so, als seien wir Fernsehzuschauer, die bei der 72. Wiederholung von „Frühstück bei Tiffany“ einfach wegzappen. Wir sind aber keine Zuschauer, wir dürfen uns nicht gelangweilt abwenden. Europa ist unsere Geschichte. Nicht irgendjemand, sondern wir entscheiden, wie diese Geschichte weitergeht.

Aber was sagt sie uns, diese Geschichte, heute? Jeder hat da so seine eigenen Zugänge. Peer spricht immer von den Gefallenentafeln in den Kirchen, die ihn beeindruckt haben. Mir selbst hat sich etwas anderes eingebrannt, an das ich immer denke. Ein Gespräch mit Jean-Claude Juncker, ein Satz, vielleicht sogar nur ein Nebensatz, gefallen am Rande einer der viel zu vielen europäischen Krisen in einer Situation, als nichts mehr weiterging nach Mitternacht, wenn dann der Ärger über die störrischen Nachbarn steigt und man den Sinn des Ganzen in Frage stellt. Da sagte Juncker so ganz nebenbei: Weißt du, Frank, wenn dich jemand nach dem Grund oder dem Sinn für Europa fragt, nimm ihn an die Hand und gehe mit ihm über eine halbe Stunde über einen europäischen Soldatenfriedhof! Ich habe das übrigens gemacht, liebe Genossinnen und Genossen, und mehr als einmal. Da sind Abertausende von Kreuzen, die daran erinnern: Europa war die Antwort - Helmut Schmidt hat es heute Morgen gesagt - auf Jahrhunderte von Krieg und Bürgerkrieg in Europa, die Antwort auf mehr als 60 Millionen Opfer allein im Zweiten Weltkrieg. Die Losung „Nie wieder Krieg!“ war die Antwort auf erlebtes Grauen. Unsere politischen Väter und Mütter kannten den Abgrund, aus dem Europa entstanden ist. Sie waren es, die sich am Ende die Hand gereicht haben über den Gräbern von Millionen von Ermordeten, zu Tode Gefolterten und Gefallenen hinweg. (...)

Als Helmut Schmidt heute Morgen redete, ist mir klar geworden, was das eigentlich heißt, wenn ich in der zweiten Hälfte der Fünfziger, in der ich mittlerweile bin, von mir sagen kann: Ich bin ein Nachkriegskind. - Wisst ihr, was das heißt? Wir sind die erste Generation in Europa, die ein ganzes Leben lang nur Frieden und keinen Krieg erlebt.

Ich bin geboren im Jahr vor dem Zusammenschluss der europäischen Länder zur EWG. Ich habe in meiner Jugend gesehen, wie Schlagbäume gefallen sind und Grenzen mehr und mehr durchlässig wurden. Ich habe profitiert, meine Generation hat davon profitiert, dass mit und durch Europa bescheidender Wohlstand schon gut ein Jahrzehnt nach Kriegsende wieder in unser Land einzog. Meine Generation ist es, für die Harz und Schwarzwald schöne Mittelgebirge geblieben sind, für die der Horizont aber weiter geworden ist. Europa war unsere Welt wenigstens in den Sommerfe-

rien. Als Junge der deutschen Provinz habe ich dann an der Universität erlebt, wie sehr Europa Herz und Hirn öffnet, wie mir im akademischen Austausch plötzlich ganz neue Räume aufgeschlossen wurden. Ich habe die Wiedervereinigung Deutschlands erlebt, die es ohne Europa nicht gegeben hätte, dazu die Erweiterung Europas nach Polen, Tschechien und anderen osteuropäischen Staaten, die Versöhnung des Kontinents gut 45 Jahre nach Kriegsende.

Was ich euch damit sagen will: Europa ist ein Geschenk, von dem wir täglich zehren. Ohne das würde unser aller Leben anders, weniger glücklich, verlaufen sein. Da bin ich mir sicher. Deshalb ist das eben keine alte Erzählung aus uralten Zeiten. Im Gegenteil: Diese Erzählung gilt, und sie ist Vermächtnis und Verpflichtung für die SPD zugleich. Verpflichtung, liebe Genossinnen und Genossen, nicht einfach aufzugeben, was uns überantwortet ist, uns zu wehren, wenn in Europa Freiheit und Demokratie bedroht werden, wenn sie drohen unter die Räder zu kommen.

Liebe Genossinnen und Genossen, genau das ist Aufgabe der Sozialdemokratie in ganz Europa und erst recht Aufgabe der SPD.

Und, liebe Genossinnen und Genossen: Lasst uns diese Verantwortung auch in der Zukunft annehmen!

Tun wir jetzt doch bitte nicht so, als sei dies alles kein Thema mehr in diesen Zeiten der Finanzkrise! Ich sage: Im Gegenteil sogar, jetzt zeigt sich doch, wie viel dumpfer Nationalismus noch unterwegs ist. Ich rede gar nicht von den grausamen Taten in Utoya. Ich rede noch gar nicht von dem mörderischen rechten Terror hier in Deutschland. Worüber ich rede, sind ganz besorgniserregende, schlimme Grundströmungen in den europäischen Bevölkerungen. Schaut euch doch nur die jüngsten Wahlergebnisse in der europäischen Nachbarschaft an! Überall in den europäischen Parlamenten gewinnen die Kräfte von Chauvinismus, von Populismus an Boden. Denkt an Geert Wilders in den Niederlanden! Denkt an die „Wahren Finnen“! Denkt an die ungarischen Jobbik-Nationalisten, die in schwarzer Uniform durch Budapest marschieren! Das für sich ist schlimm genug. Was mich noch mehr besorgt: Wir finden nicht die Kraft, das zu einem wirklichen Thema in Europa zu machen. Wir lassen es gewähren und mischen uns nicht ein.

Wir mischen uns nicht genügend ein, aber wir müssen uns einmischen, wenn Demokratie selbst unter Druck gerät. Dabei rede ich nicht nur über andere und nicht nur über die Nachbarschaft. Wenn man genau hinschaut, dann gibt es auch einen neuen Ton bei uns im Lande, einen Ton, der antieuropäische Untertöne aufweist. Das macht sich doch bis in die politische Mitte dieser Gesellschaft breit. Die FDP hält doch in Wahrheit ihre national-konservativen Tendenzen nur noch mit Mühe unter Kontrolle. Die CSU und Herr Dobrindt lassen keine Gelegenheit aus, dumpfe Ressentiments gegen Europa und angeblich faule Südeuropäer zu schüren. Und jetzt versucht sogar die CDU, auch noch ein wenig abzufischen, wenn Kauder im schnarrenden Casino-Ton erklärt „In Europa spricht man jetzt deutsch“. Das genau ist das Problem, das Helmut Schmidt heute Morgen angesprochen hat!

(...) Wir haben als Europäer über lange Zeit, zu lange, wie ich finde, in einer Scheinrealität gelebt, in nostalgischer Erinnerung an unsere frühere Wichtigkeit. Und wir haben übersehen oder unterschätzt, was sich anderswo tut, in Asien und Lateinamerika. Wir werden nicht unwichtig, aber wir werden weniger bedeutend sein.

Das ist die Voraussetzung dafür, dass ich sage: Wenn wir dennoch Einfluss nehmen wollen, zum Beispiel bei den Regeln für Klima oder bei den Regeln für die Finanzmärkte oder für den Handel, glaubt ihr, die anderen rufen in Zukunft immer noch alle 27 von uns einzeln in Europa an? Die Antwort auf diese Frage ist einfach: Entweder haben wir dann eine gemeinsame Meinung in Europa oder wir haben keine und fallen hinten runter.

Eines ist klar in dieser neuen Weltordnung: 27 Einzelmeinungen werden in wenigen Jahren im großen Weltrauschen einfach untergehen, nicht mehr wahrgenommen werden. Das können wir nicht wollen - unseretwegen nicht und weil wir Verantwortung über unseren Kontinent hinaus tragen. Ich sage immer: Der europäische Traum einer friedlichen und gerechten Gesellschaft ist eben nicht nur der Traum der Europäer, sondern viele andere Menschen überall auf der Welt träumen ihn mit.

Sie wollen, dass wir ihn verwirklichen - hier in Europa - als Vorbild für viele andere. Das ist unsere Aufgabe. Auch deshalb dürfen wir jetzt den Kopf nicht einziehen, und darum müssen wir weiterkämpfen, gerade auch, wenn es schwierig wird, gerade wir.

So, Freunde, viele werden jetzt sagen: Gut, soweit folge ich dir. Ich weiß, dass Europa wichtig ist - für uns, für die Welt von morgen -, und ich glaube auch, dass es kein Zurück in die alte Welt der Nationalstaaten von früher gibt. – Der eine oder andere wird auch sagen: Ich frage dich - Europa brennt, das hast du selbst gesagt -: Was ist jetzt zu tun? Wie kommen wir raus aus der Krise? Meine erste Antwort darauf lautet: Jedenfalls nicht so wie Frau Merkel.

(...) Ich will jetzt gar nicht in die Einzelheiten gehen; ich habe das an anderer Stelle oft genug erwähnt. Ich will auch nicht über diese Haltungslosigkeit reden, die ich darin sehe. Wenn man sich in Brüssel, wenn die Kameras laufen, als große Europäerin gibt, und wenn man dann anderenorts, tief im Sauerland, wenn man glaubt, keine Kamera und kein Mikrofon sind dabei, über faule Südländer schimpft: Das geht nicht. Das ist keine Haltung.

Ich will auch nicht über das ständige Macht- und Koalitions kalkül reden. Liebe Genossinnen und Genossen, schaut einmal auf die letzten 18 Monate der Krise in Europa zurück. Da ist doch nichts entschieden worden, was entweder europäisch oder ökonomisch notwendig war, sondern entschieden worden ist immer nur das, was mit dieser dahinsiechenden FDP in der Koalition gerade noch über die Rampe ging, und das ist zu wenig, liebe Genossinnen und Genossen.

Ich will auch gar nicht über die Halbwertzeiten von Botschaften dieser Regierung reden. Das haben wir an anderer Stelle auch getan. Versprechen, rote Linien, unumstößliche Tabus: alles, was nach drei Monaten von dieser Regierung, von Merkel, immer wieder eingesammelt worden ist. Daran verzweifeln doch die Menschen im Grunde genommen. Nur eine Geschichte – zu all den anderen Sachen will ich nichts erzählen - muss ich erzählen, weil das das dreisteste Stück ist, was je auf der Bühne der europäischen Politik tatsächlich gespielt worden ist.

Jetzt, nachdem die Europäer immer tiefer in die Krise rutschen und Italien, Spanien und Frankreich – alle - zu kämpfen haben, da hat Frau Merkel eine neue Zauberformel parat. Diese Zauberformel heißt: Vertragsänderung.

Ich habe gar nichts dagegen, dass man über die Zukunft der Verträge nachdenkt. Natürlich muss man das in einer solchen Situation. Ich habe nur etwas dagegen, wenn man unter dieser Über-

schrift so tut, als sei ausgerechnet diese Regierung diejenige, die andere Mores zu lehren hätte, und als wäre ausgerechnet diese Regierung diejenige, die so etwas wie automatische Sanktionen bei der Verletzung von Haushaltsdisziplin erfunden hätte.

Liebe Genossinnen und Genossen, ich weiß nicht, ob ihr euch erinnert: Die Wahrheit ist eine ganz andere. Vor mehr als einem Jahr, im September vergangenen Jahres, 2010, lag ein Vorschlag der Kommission, präsentiert von Kommissionspräsident Barroso, auf dem Tisch. Und was stand da wohl drin? Genau! Da stand drin: Automatische Sanktionen für Defizitsünder. Die wollte die Europäische Kommission einführen. Man mag davon ja halten, was man will, aber damals war die Krise eben gerade erst ein halbes Jahr alt. Damals wäre diese Regel vielleicht gerade noch rechtzeitig gekommen. Damals hätte man die Erosion von Vertrauen in die Europäer noch stoppen können.

Und jetzt fragt euch bitte: Was hat die deutsche Bundeskanzlerin wohl in dieser Situation getan? Hat sie ihren Freund Barroso unterstützt vor einem Jahr, endlich mehr Haushaltsdisziplin in Europa durchzusetzen? Die Antwort ist Nein. Sie hat ihn nicht unterstützt, sondern sie hat sich mit Präsident Sarkozy am Strand von Deauville getroffen. Eine Stunde später war die Kommission düpiert und der Vorschlag im Handstreich beseitigt. Automatische Sanktionen wollen wir nicht: Das war die Weisheit von Deauville. Heute, ein Jahr später, nachdem alle Glaubwürdigkeit ruiniert ist, ist dann auf einmal das Gegenteil richtig. Was soll man davon eigentlich halten? Da ist keine Spur von Überzeugung. Was gestern noch ehernes Gesetz war, wird heute in die Tonne getreten. So kann man vielleicht in einer Koalition herumfuhrwerken, in der es keine Selbstachtung mehr gibt, aber so kann man nicht gegenüber einem Parlament und einer politischen Öffentlichkeit handeln. Das schadet dem Ansehen der Demokratie.

Es fehlt aus meiner Sicht auch an Ehrlichkeit. Da wird von Merkel seit anderthalb Jahren gebetsmühlenartig wiederholt, sie sei gegen die Vergemeinschaftung von Schulden. Das kann man ja sagen. Aber schaut man genau hin, dann haben doch Merkel und Sarkozy das Schwungrad erst richtig in Gang gebracht. Als die europäischen Regierungen mitten in der Krise wegtauchten und die Krise sich weiterfraß, da gab es doch nur einen einzigen europäischen Akteur, der funktionierte, und das war die Europäische Zentralbank. Wer denn sonst? Die hat Tag für Tag Feuerwehr gespielt - vielleicht rechtlich in einer Grauzone. Aber weil keine Kommission, kein Europäischer Rat, weil niemand auf der Brücke zu sehen war, musste diese Europäische Zentralbank doch handeln, und ich vermute, sie war es, die die Kernschmelze der Währungsunion bisher verhindert hat. Deshalb war das richtig, liebe Genossinnen und Genossen.

Aber die Folge davon ist: Sie haben jetzt gut 200 Milliarden Euro in ihrer Bilanz, und sie werden auch noch die 300 Milliarden Euro erreichen. Ich frage nur: Was ist denn das, um Gottes Willen, anderes als eine Vergemeinschaftung von Schulden, die die Kanzlerin doch angeblich täglich verhindert? Mit solchen Sätzen wird die ganze deutsche Öffentlichkeit hinter die Fichte geführt. Und wer, bitte, soll dann eigentlich noch der Politik vertrauen? Das schadet der Glaubwürdigkeit nicht nur der Regierung, sondern der Politik insgesamt, und deshalb ist das schädlich, liebe Genossinnen und Genossen.

(...) Wir müssen die Rolle der EZB miteinander diskutieren, und ich kenne die Haltung vieler in meiner Fraktion. Ich vermute, auch hier im Saale sind einige dabei. Die sagen dann: Die Lösung liegt darin, dass wir der EZB die Kompetenzen geben, die auch andere Notenbanken außerhalb

haben. Ich sage euch offen: Ich persönlich zweifle etwas, ob wir aus dieser unverzichtbaren Nothilfe, die die EZB in den letzten zurückliegenden anderthalb Jahren geleistet hat – die war notwendig -, wirklich den Königsweg für die Finanzpolitik in Europa machen sollten. Alle, die hier sagen: Macht endlich aus der altmodischen EZB eine moderne Notenbank, macht sie zur Federal Reserve, denen sage ich: Schaut doch vielleicht zunächst einmal, bevor ihr die Empfehlung so überzeugend findet, auf die Unterschiede.

Die amerikanische Federal Reserve, die schweizer, die britische Notenbank sind allesamt zuständig für ein homogenes Währungsgebiet. Die EZB ist eine Zentralbank für 17 Mitglieder der Währungsunion – alle selbstständig, alle mit einer eigenen Regierung, alle mit einem eigenen Parlament und vor allen Dingen mit national ganz unterschiedlichen Sensibilitäten in der Geldpolitik.

Deshalb habe ich Zweifel, ob die Übertragung von Modellen anderer Länder nach Europa wirklich so geht, wie sich das einige vorstellen. Wenn ich von diesen Zweifeln rede, dann habe ich noch gar nicht darüber geredet, ob die Politik der Federal Reserve in den USA eigentlich langfristig erfolgversprechend ist. Ich könnte es auch anders und deutlicher sagen: Dass wir in Europa zurzeit in der Grüte sitzen mit unserer europäischen Finanzpolitik, beweist ja noch nicht, dass die völlige Außerachtlassung von Schuldengrenzen in den USA funktioniert. Ich befürchte, dort ist das Desaster nur vertagt. Ich befürchte, es wird auch da kommen.

Ganz nebenbei: Wenn wir darüber reden, sollten wir bei alledem auch bedenken, was eigentlich die Verselbstständigung einer politisch so aufgeladenen EZB mit der Demokratie macht. Wenn man genau hinschaut, dann ist die Zentralbank im Grunde genommen doch schon jetzt so etwas wie eine informelle Wirtschaftsregierung in Europa. Da entscheiden Experten der Bank, ob Staatsanleihen gekauft werden, und bestimmen so das Schicksal von Regierungen. Mitten in der Krise, wenn die Vergemeinschaftung von Schulden unumgänglich wird, geht der Weg - wir haben das gesehen - über die EZB, aber ohne Öffentlichkeit und ohne demokratische Kontrolle. Das sollten wir im Sinn haben, bevor wir leichtfertige Empfehlungen geben: Demokratie, demokratische Kontrolle ist das jedenfalls nicht. Das muss uns bewusst sein. (...)

Europa steht am Scheideweg. Aber an dieser Weggabelung stehen Menschen nicht zum ersten Mal. Es gab einmal eine Gruppe von Staaten, die nicht nur eine Krise, sondern einen blutigen Bürgerkrieg hinter sich hatte. Dieser wurde gewonnen, aber die Staaten waren hoffnungslos verschuldet, und jeder für sich stand vor dem Ruin. Es gab auch damals Stimmen, die sagten „Soll doch jeder sehen, wie er mit dem Schlamassel fertig wird“, während andere - Klügere, wie ich finde -, sagten: Das Problem muss unser gemeinsames Problem sein, und nur wenn wir es gemeinsam lösen, wird nach dem Krieg auch der Frieden zu gewinnen sein. Damals haben sich die Klügeren durchgesetzt, und es begann eine Erfolgsgeschichte, die bis heute nicht zu Ende ist. Die Staaten hießen Virginia, New Jersey, Vermont, North Carolina - dreizehn waren es insgesamt. Die Solidarität in der Not, das war der Anfang der Vereinigten Staaten von Amerika. Das zeigt uns, dass es doch immer zwei Wege aus der Krise gibt. Wir dürfen aber nicht den falschen nehmen, liebe Genossinnen und Genossen.

Was lehrt uns diese Geschichte? Wir können sagen „Schotten runter, Portemonnaie geschlossen, seht zu, wie jeder für sich klarkommt!“, oder wir können unseren Weg gehen und sagen: Diese Krise muss ein Signal für einen Neuaufbruch sein. Erlaubt mir - ich weiß, ihr traut es mir nicht zu - etwas Pathos: Den Bund, den unsere Mütter und Väter nach dem Grauen des Krieges geschlossen

haben, den müssen wir jetzt in der Stunde der wirtschaftlichen Not erneuern und befestigen. Genau das ist die Aufgabe der nächsten Jahre. Das alte Europa reicht ohne Zweifel nicht mehr aus. Wir brauchen ein starkes Bündnis zur Erneuerung Europas, ein gegenseitiges Versprechen, wie wir diese Krise gemeinsam durchstehen - verbindlich, verlässlich. So kann neues Vertrauen entstehen. Dieses „Bündnis zur Erneuerung Europas“ muss ein Aufbruchssignal sein, dass spätestens jetzt alle den Ernst der Lage verstanden haben und dass jeder weiß: Keiner schafft das allein. Alle müssen über ihren Schatten springen.

(...) Sieben mutige Schritte, sieben europäische Übereinkünfte und Verpflichtungen, bilden aus meiner Sicht das erneuerte Bündnis, den europäischen Bund, den wir jetzt brauchen.

Wir brauchen ein gemeinsames klares Bekenntnis zur europäischen Solidarität. Klar muss auch das Prinzip bleiben: Wem geholfen wird, der kommt an eigener Anstrengung nicht vorbei. Aber entscheidend ist, dass wir sagen: Wir europäischen Völker lassen uns von den Märkten nicht auseinanderreiben. Einer für alle, alle für einen.

Aber wir dürfen eben auch nicht in Überschriften stecken bleiben. Deshalb muss ich euch um Nachsicht bitten, wenn ich etwas ins Konkrete muss. Das ist gleichzeitig die Begründung für den Initiativantrag, den ihr mittlerweile auch auf dem Tisch haben müsst.

Als erster von diesen Schritten müssen die Staats- und Regierungschefs erklären, dass sie der Spekulation mit allen Mitteln entgegentreten werden, dass sie bereit sind, den vorläufigen Rettungsschirm effektiv zu nutzen, notfalls aufzustocken, und dass sie dann den permanenten Stabilitätsmechanismus, ESM genannt, zeitlich so weit wie möglich nach vorne ziehen. Dieser ESM muss der Nukleus eines Europäischen Währungsfonds werden; den brauchen wir nämlich.

Wir brauchen zweitens ein umfassendes europäisches Aufbauprogramm - auch darauf hat Helmut Schmidt hingewiesen -, weil wir schon jetzt den Kampf gegen die drohende Rezession aufnehmen müssen. Wenn Europa jetzt nicht handelt, dann wird das die gesamte Weltwirtschaft in den Abwärtsstrudel ziehen. Und das heißt: Investitionen in die Realwirtschaft müssen Vorrang haben. Wir brauchen eine neue europäische Industriepolitik. Und wir sagen auch ganz klar: Der Weg der reinen Finanzökonomie der zurückliegenden Jahre, der Weg der Entkopplung der Finanzmärkte von der Realwirtschaft - das war ein Fehler. Europa muss sich auf seine Stärken besinnen, auf ein nachhaltiges Wachstumsmodell, eines, das Ressourcen schont, Innovationen schafft und hochwertige Arbeitsplätze erhält, die wir in dieser Region brauchen.

Und wir brauchen drittens eine große gemeinsame Anstrengung zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit. Wenn in Spanien 40 Prozent, wenn in Süditalien die Hälfte der Jugendlichen arbeitslos sind, dann ist das nichts anderes als eine Schande für Europa. Das zerreißt Gesellschaften, es zerstört jedes eigene Leben aus eigener Kraft.

Wenn wir aber beides hinkriegen wollen, dann gibt es das nicht „for free“, sondern dann brauchen wir dazu auch finanzielle Ressourcen. Woher sollen die denn kommen? Sollen wir wieder mit dem Hut durch die Hauptstädte gehen? Ich sage euch, das wird nicht funktionieren. Deshalb brauchen wir - daran geht kein Weg vorbei - endlich die Besteuerung der Finanzmärkte.

Eigentlich sind wir schon weit gekommen. Wir haben immerhin Schäuble, Merkel, die EU-Kommission auf diesen Weg gezwungen. Mittlerweile können sie „Finanzmarkttransaktionssteuer“ auch schon fehlerfrei aussprechen. Aber sprechen reicht eben nicht. Wir wollen Taten sehen statt Worte, und zwar bald.

Vierter Baustein: Wir müssen Regeln zur Finanzpolitik verbindlich festlegen. Das ist der erste notwendige Schritt, um die Konstruktionsfehler der alten Währungsunion zu beheben. Das heißt: verbindliche Verschuldungsobergrenzen, Sanktionen - das muss sein -, vertraglich abgesichert, nie ohne parlamentarische Kontrolle - fügen wir hinzu – und, wo nötig, auch mit Übertragung von Hoheitsrechten.

Aber das wird nicht reichen. Auch gemeinsame europäische Anleihen, von denen ich sicher bin, dass sie kommen werden, sind nur ein Instrument, aber keine Lösung. Eine echte Finanz-, Währungs- und Wirtschaftsunion, die wir brauchen, geht weit darüber hinaus. Die umfasst auch den Kampf gegen Steuerdumping, für gemeinsame Bemessungsgrundlagen, etwa bei Unternehmenssteuern, und auch für eine Regulierung der Finanzmärkte, die diesen Namen wirklich verdient. Die brauchen wir.

Ist euch eigentlich mal aufgefallen, dass wir alle - mittlerweile auch wir selbst – nur noch von der europäischen Verschuldungskrise reden, aber nicht mehr davon, dass diese Krise ihren Ausgang in der Finanzmarktkrise genommen hat? - Schwarz-Gelb will davon nichts wissen. Ich habe Peer Steinbrück gebeten, bis zum nächsten Jahr gemeinsam mit den Kollegen in meiner Fraktion einen Katalog zu erarbeiten, wie wir wieder Ordnung in die Finanzmärkte zurückbringen. Wenn wir uns der Sache nicht annehmen, dann tut es keiner! Deshalb ist das unsere Pflicht.

Jetzt zum Herzstück, das wir aus meiner Sicht dringend brauchen, denn sonst wird alles nicht funktionieren. Ich habe die Voraussetzungen genannt, um überhaupt den Kopf über Wasser zu halten. Aber ich sage euch: Wir haben von vornherein keine Chance, wenn wir nicht einen vernünftigen, intelligenten Umgang mit den Altschulden finden. Belassen wir es bei dem derzeitigen Stand, dann strangulieren sich die Staaten in den Notlagensituationen selbst. Das Fallbeispiel Griechenland gebe ich nur zu bedenken. Ihr seht genau, wohin das führt: Die haben Haushaltsdisziplin, die sparen inzwischen konsequent, aber der Schuldenstand erhöht sich laufend. Wenn aber die Schulden erdrosseln, dann kann es doch daraus nur einen einzigen Schluss geben, dann werden wir doch nur erfolgreich sein, wenn die Schulden runterkommen. Und wie kommen sie runter? Vielleicht durch Schuldenschnitt. Aber auch da haben wir inzwischen unsere Erfahrungen gemacht. Das kann man nicht häufig genug wiederholen - die Folgen sind bekannt.

Ich habe mich bei der Vorbereitung unseres Antrags und auf meine heutige Rede gefragt: Warum nutzen wir eigentlich nicht etwas von unseren eigenen Erfahrungen? Vielleicht ist ja die Lage nicht in jeder Hinsicht vergleichbar, aber wir hatten ganz ähnliche Problemlagen bei der Wiedervereinigung. Wir haben damals einen Erblastentilgungsfonds eingerichtet, um mit mancher finanzieller Last der Vergangenheit umzugehen. Das ist ein Anknüpfungspunkt. Ich habe gesehen, die Wirtschaftsweisen haben für die europäischen Altschulden im Prinzip einen ähnlichen und, wie ich finde, sehr klugen Vorschlag gemacht haben. Sie nennen das europäischen Schuldentilgungsfonds.

Ich bin fest davon überzeugt: Alles wird nicht funktionieren, wenn wir nicht den Mut und die Kraft haben, uns einem solchen Instrument zu öffnen. Nur das wird den Stillstand oder gar den Rückschritt in der Europäischen Währungsunion auflösen.

Dieser Vorschlag der Wirtschaftsweisen ist so etwas wie die bewusste Abkehr von der bisherigen Praxis, Schulden nur durch immer höhere Schulden abzusichern. Und die Idee besteht eben darin, aufgelaufene Schulden der Euroländer aus der Vergangenheit, soweit sie oberhalb von 60 Prozent des BIP liegen, in einen gemeinsamen Tilgungsfonds mit gemeinschaftlicher Haftung hineinzulegen. Dann wird für jedes Land ein Konsolidierungspfad festgelegt. Und dann wird für jedes Land festgelegt, wie diese Schulden innerhalb von 20 bis 25 Jahren zurückgezahlt werden. Der Pfiff ist eben – und deshalb empfehle ich, dass dieses Modell ein sozialdemokratisches Modell wird -: Durch die gemeinschaftliche Haftung in der Tilgungsphase entsteht den hoch verschuldeten Ländern ein Zinsvorteil, mit dem sie gleichzeitig einen Teil der Altschuld tilgen können. Deshalb ist das ein guter Vorschlag. Deshalb empfehle ich euch, dieser Resolution zuzustimmen, liebe Genossinnen und Genossen.

(...) Jetzt komme ich zur Ziffer 6 und sage: Wir brauchen auch die Möglichkeit, dass in Zukunft in Europa eine Kerngruppe bei der gemeinsamen Harmonisierung der Steuer- und Fiskalpolitik vorangeht. Der Kern - das ist wichtig zu wissen – schließt niemanden aus, aber wir brauchen so etwas wie ein Gravitationszentrum in Europa. Das hören nicht alle gerne, ich weiß das. Aber ich sage mit aller Klarheit: Europa wird scheitern, wenn wir zulassen, dass der Langsamste das Tempo bestimmt. Das geht eben nicht! Wir wollen alle mitnehmen, aber wir brauchen einen Gravitationspunkt.

Natürlich gehören auch Staaten wie Polen dazu. Ich kann mir sogar vorstellen, dass das Weimarer Dreieck – Deutschland, Frankreich, Polen - da vorangeht.

Wir brauchen 7. – das ist der letzte Punkt, den ich erwähnen will - aus meiner Sicht so etwas wie eine Bekräftigung der Subsidiarität in Europa. Warum sage ich das? Weil ich erlebe – und ihr erlebt es auch in den Ortsvereinen, auf den Straßen -, was viele Menschen gegen Europa aufbringt – manchmal auch unsere eigenen Leute -, nämlich dass Steuerdumping auf der einen Seite ungestraft bleibt, dass Regulierung der Finanzmärkte nicht vorankommt, aber dass auf der anderen Seite bei Kleinigkeiten manchmal eine Regelungswut herrscht, die kafkaeske Züge hat. Mir geht es gar nicht um den Krümmungsgrad der Gurke, mir geht es auch nicht um das Schulfrühstück, um das sich die Europäische Union neuerdings auch kümmern will, sondern es geht um Dinge wie unsere kommunale Daseinsvorsorge, es geht um Sparkassen, es geht um Personennahverkehr.

(...) Ich komme zum Schluss und sage: Wir hören oft, Politik sei die Getriebene der Märkte. Als ich den Satz aufschrieb, dachte ich mir: Ist das nicht eigentlich inzwischen sogar viel dramatischer? – Die Märkte treiben doch in Wahrheit die Politik nicht mehr nur vor sich her. Sie verachten sie, weil die Politik ihnen entweder zu emotional oder zu langsam oder zu schmutzig oder zu kompliziert ist. Weniger Demokratie ist besser für die Märkte – das ist ein Satz, den hört man inzwischen nicht nur in den Vorstandsetagen von Hedgefonds. Da werden neuerdings die kürzeren Entscheidungswege und Umsetzungszeiten in China präsentiert. Auch ein solches Gerede wird doch aber auch in der Politik immer salonfähiger. Die Welt titelte vor Kurzem: „Kann Demokratie mit Geld umgehen?“ (...)

Liebe Genossinnen und Genossen, das hier ist die Zeit für ein klares Bekenntnis. In diesen Wochen entscheidet sich, welchen Weg Europa geht, entweder zurück zu Klein- und zu Großstaaterei oder nach vorn zu einer wirklich friedlichen Ordnung von Kooperation und Solidarität. Entweder ein besseres Europa - das steht zur Alternative - oder das Ende Europas, wie wir es kennen.

Auch in diesen Tagen geht es für uns als Opposition um mehr. Es geht um mehr als Merkel und Schwarz-Gelb. Es geht auch um mehr als machttaktische Winkelzüge. Es geht nicht um mehr, aber auch nicht um weniger als die Wiedergewinnung von Politik als Ort, wo Regeln gesetzt werden. Das müssen wir zurückerobern. Das ist eine anspruchsvolle Aufgabe.

Das ist eine große Aufgabe. Die ist so groß, dass wir sie einfach anderen nicht überlassen können. Wir haben keine Angst vor dieser Aufgabe, obwohl die Zeiten schwierig sind. (...)

[Rede beim Bundesparteitag in Berlin am 4. Dezember 2011]

Dokument 36

2011 Ein Bündnis zur Erneuerung Europas

Resolution des SPD-Bundesparteitages

„Europa befindet sich in seiner schwersten Krise. Was als Finanzmarktkrise begann, sich als Schuldenkrise in einzelnen EU-Staaten fortsetzte, ist zu einer Vertrauenskrise geworden, die die Europäische Union in ihrem Kern bedroht. Schon längst geht es nicht mehr um das Schuldenproblem von Ländern an der europäischen Peripherie. Die Geburtsfehler der Währungsunion werden offenbar. Das gesamte institutionelle Gefüge der Europäischen Union steht auf dem Prüfstand. Wir müssen jetzt die Währungsunion weiter entwickeln zu einer echten Finanz-, Währungs- und Wirtschaftsunion. Andernfalls droht Europa Rückabwicklung und Zerfall.

Wir deutschen Sozialdemokraten stehen zur europäischen Verantwortung Deutschlands. Wir wissen, dass nur Europa unseren Frieden und unseren Wohlstand sichern kann. Wir wollen gemeinsam mit unseren europäischen Freunden und Partnern ein demokratisches und gerechtes Europa bauen. Mit uns gibt es kein Zurück in das Zeitalter der Nationalstaaten. Wir wollen, dass aus dieser Krise ein neues, ein stärkeres, ein sozialeres Europa entsteht!

Die mehrheitlich konservativ-liberalen Staats- und Regierungschefs haben gezeigt, dass sie nicht auf der Höhe der Herausforderung sind. Innenpolitisches Kalkül hat entschlossenes und zeitgerechtes europäisches Handeln verhindert. Vor allem in Deutschland haben innere Koalitionskonflikte die Handlungsfähigkeit nach außen blockiert. Ohne Kompass, ständig schwankend zwischen Ressentiment und europäischer Einsicht, wurde rechtzeitiges Eingreifen mehrfach verpasst. Wechselnde Botschaften, rote Linien, Ankündigungen und Dementis haben die Phantasie der Finanzmärkte eher beflügelt und die Krise sich weiter ausbreiten lassen. Angesichts des Versagens der Politik wurde die Europäische Zentralbank in die Rolle des politischen Akteurs gezwungen. Aber ohne ihr Eingreifen zur Stabilisierung der Währungsunion stünde Europa heute vor dem Ruin. Sie wird auch weiterhin eine zentrale Verantwortung haben.

Nur durch ein mutiges politisches Aufbruchssignal kommt Europa aus dieser Sackgasse heraus. Die von der deutschen Bundesregierung vorgeschlagene Vertragsanpassung wird nicht allein ausreichen, um die drängenden Probleme zu lösen. Jetzt ist schnelles Handeln erforderlich. Nötig ist ein „Bündnis zur Erneuerung Europas“. Ein solches politisches Aufbruchssignal wird gebraucht, um Europa Orientierung zu geben und das Vertrauen in seine Handlungsfähigkeit wieder herzustellen. Ein solches Bündnis muss das europäische Solidaritätsversprechen erneuern und alle Staaten in die Pflicht nehmen. Dieses Bündnis muss eine roadmap formulieren, die Europa in den nächsten fünf Jahren zu erledigen hat.

In sieben Bereichen sind klare Festlegungen und konkretes Handeln zwingend erforderlich, damit Europa gestärkt aus der Krise hervorgeht:

1. Wir brauchen ein klares Signal an die Märkte, dass Europa sich nicht auseinandertreiben lässt. Dabei gilt der Grundsatz, dass Solidarität keine Einbahnstraße ist. Der vorläufige Rettungsschirm muss effektiv genutzt und der permanente Stabilitätsmechanismus zeitlich so weit wie möglich nach vorn gezogen werden. Der ESM (Europäischer Stabilitätsmechanismus) muss der Nukleus eines Europäischen Währungsfonds sein.
2. Wir brauchen jetzt ein Europäisches Aufbauprogramm mit dem klaren Vorrang von Investitionen in die Realwirtschaft. Die einseitige Fixierung auf den Finanzdienstleistungssektor muss aufhören. Wir brauchen in Europa eine Re-Industrialisierung mit dem Aufbau neuer Wertschöpfungsketten in den Leitmärkten der Zukunft. Wir brauchen eine europäische Initiative zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.
3. Wir brauchen die Besteuerung der Finanzmärkte. Die Verursacher der Krise müssen bei ihrer Bewältigung mithelfen. Wenn es im Europa der 27 nicht möglich ist, muss die Euro-Gruppe vorgehen.
4. Wir brauchen verbindliche Regeln für die Finanzpolitik. Dazu gehören verbindliche Regeln für Verschuldungsobergrenzen und Sanktionen, deren parlamentarische Kontrolle gewährleistet sein muss. Die Übertragung von Hoheitsrechten darf kein Tabu sein. Zu einer europäischen Finanzverfassung, die jetzt entstehen muss, gehören auch eine bessere Regulierung der Finanzmärkte, der Kampf gegen Steuerdumping und gemeinsame Bemessungsgrundlagen für Steuern wie die Unternehmenssteuer.
5. Wir brauchen eine intelligente Regelung für die Altschulden nach dem Vorbild des von den Wirtschaftsweisen vorgeschlagenen europäischen Schuldentilgungsfonds.
6. Wir brauchen die Möglichkeit, dass eine Kerngruppe bei der weiteren Harmonisierung ihrer Steuer- und Finanzpolitik vorgehen kann. Der Langsamste darf nicht das Tempo bestimmen.
7. Wir brauchen eine Neudefinition von Subsidiarität. Die Binnenmarktlogik darf kein Vorwand sein, um immer wieder bewährte Instrumente der Daseinsvorsorge in Frage zu stellen.
8. Wir brauchen einen Abbau der wirtschaftlichen Ungleichgewichte in Europa. Kein Land darf über und kein Land darf unter seinen Verhältnissen leben. Die gegenwärtige Krise hat zudem die Defizite der europäischen politischen Ordnung offenbart. Die von den europäischen Staats- und Regierungschefs wesentlich bestimmten politischen Reaktionen auf die gegenwärtige

Krise drohen die Gemeinschaftsinstitutionen zu schwächen. Um Europa eine neue Zukunftsperspektive zu geben, müssen wir auf längere Sicht einen neuen Anlauf für institutionelle Reformen nehmen:

Die Aufspaltung von Rats- und Kommissionspräsident hat sich als unpraktikabel erwiesen. Die beiden Positionen sollten daher zu einem Präsidenten der EU zusammengelegt werden, der durch das Europäische Parlament gewählt und abgewählt werden kann. Ein solcher „Präsident der Europäischen Union“ wäre damit der europäische Regierungschef. Das Europäische Parlament muss zum vollwertigen europäischen Gesetzgeber werden, mit vollem Haushaltsrecht und eigenem Gesetzesinitiativrecht. Es wählt in freier und geheimer Wahl die EU-Kommission und bestimmt die Besetzung der Kommissionsmitglieder. Die EU-Kommission, die verkleinert werden muss, wird zur europäischen Regierung. Dabei gilt der Grundsatz: Die Krise darf keine Rechtfertigung zur Beschneidung demokratischer Rechte sein. Europa kann nur als Europa der Bürgerinnen und Bürger erfolgreich sein. Europa muss den Mut zu einer gemeinsamen Lösung der Krise haben, die mehr ist als nur der Versuch, das Schlimmste zu verhindern, sondern die Chance eröffnet, das europäische Einigungsprojekt in schwieriger Zeit neu zu begründen.

[Resolution der SPD, 04.12.2011; Quelle: http://www.spd.de/aktuelles/Pressemitteilungen/21554/2011204_resolution_europa.html]

Anmerkung

Sämtliche Autoren bzw. Verfasser werden ohne Namenszusätze geführt.

Abkürzungen

ADAV	Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein	ISK	Internationaler Sozialistischer Kampfbund
EG	Europäische Gemeinschaft	MSEUE	Movement socialiste européen pour l'unification de l'Europe
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl	MSPD	Mehrheits-Sozialdemokratische Partei Deutschlands
EU	Europäische Union	SAI	Sozialistische Arbeiterinternationale
EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft	SAP	Sozialistische Arbeiterpartei
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft	SI	Sozialistische Internationale
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft	SOPADE	Sozialdemokratische Partei Deutschlands (im Exil)
EWS	Europäisches Währungssystem	USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
IAA	Internationale Arbeiterassoziation	WWU	Wirtschafts- und Währungsunion